

# 2. Kommunalpolitischer Kongreß

der

## Landsmannschaft Ostpreußen

in Verbindung mit dem

## Bund der Vertriebenen



### Deutsch-Polnischer Brückenschlag

Die Arbeit der deutschen Vertriebenenorganisationen  
als wichtiger Baustein  
im europäischen Integrationsprozeß

**19. – 21. Oktober 2001**  
**in Elbing**

## **2. Kommunalpolitischer Kongreß**

der  
**Landsmannschaft Ostpreußen e.V.**

vom 19. bis 21. Oktober 2001  
in Elbing / Westpreußen

Leitung

**Bernd Hinz**

Stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Herausgeber:       Landsmannschaft Ostpreußen e.V.  
                          Parkallee 84-86, 20144 Hamburg

Redaktion:         Bernhard Knapstein  
                          Peter Wenzel M. A.

Übersetzungen:    Doris Goralczyk, Vereidigte Dolmetscherin  
                          (Grußwort A. Kwasnieski)

Bilder:             Bernhard Knapstein

# Inhaltsverzeichnis

<b>Dr. Hans-Henning Becker-Birck</b> Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages	Grußwort ..... 4
<b>Henryk Slonina</b> Oberbürgermeister der Stadt Elbing	Begrüßung ..... 6 Przemówienie powitalne ..... 8
<b>Bernd Hinz</b> Stellv. Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen	Begrüßung und Einführung in den Kongreß ..... 10 Przemówienie powitalne ..... 12
<b>Aleksander Kwasniewski</b> Präsident der Republik Polen	Grußwort des Präsidenten der Republik Polen Vorgetragen von Czesława Ostrowska, Direktorin der Präsidialverwaltung ..... 14
<b>Dr. Gisbert von Abercron</b> Geschäftsführender Bundesvorstand des Lazarus-Hilfswerkes in Deutsch- land e.V.	Die Sozialstationen des LAZARUS-HILFSWERKES unter Mitwirkung der Vertriebenenverbände als Teil des deutsch-polnischen Verständigungsprozesses ..... 17  Działalność ośrodków opieki społecznej STOWARZYSZENIA NIESIENIA POMOCY św. ŁAZARZA w warunkach współdziałania związków wypędzonych jako część niemiecko-polskiego procesu porozumienia ..... 20
<b>Dr. Andreas von Block-Schlesier</b> Generalbevollmächtigter der Johanni- ter bei der Europäischen Union und Generalsekretär von Johanniter International	Die soziale Arbeit der Johanniter im Gebiet der Republik Polen unter besonderer Berücksichtigung der Sozialstationen in Ostpreußen ..... 23  Działalność społeczna Zakonu Johannitów na terenie Rzeczypospolitej Polski ze szczególnym uwzględnieniem ośrodków pomocy społecznej w Prusach Wschodnich ..... 30
<b>Henryk Slonina</b>	Aktuelle kommunalpolitische Aufgaben, Proble- me und Erfolge, dargestellt am Beispiel der Stadt Elbing ..... 37  Aktuelne zadania komunalno-polityczne, pro- blemy i sukcesy przedstawione na przykładzie miasta Elbląg ..... 42
<b>Hans-Jürgen Schuch</b> Stellvertretender Bundessprecher der Landsmannschaft Westpreußen	Die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Treue zur Heimat ..... 46  Niemcy wypędzeni z ojczyzny i ich wierność oj- czyźnie ..... 53
<b>Witold Gintowt-Dziwiltowski</b> Abgeordneter des polnischen Parla- ments, Stellvertreter der parlamenta- rischen Kommission für territoriale Selbstverwaltung und Regionalpolitik	Die Bedeutung der deutsch-polnischen Bezie- hungen für die EU-Osterweiterung ..... 60  Niemiecko-polskie znaczenie dla rozszerzenia EU-Wschodniej ..... 62
<b>Henryk Slonina</b>	Gedenkakt auf dem Elbinger Lapidarium ..... 64 Teilnehmerliste ..... 66

# **Dr. Hans-Henning Becker-Birck**

## **Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages Przewodniczący i członek prezydialnej Rady Powiatowej w Niemczech**

### **Grußwort**

Als Geschäftsführendes Präsidialmitglied eines der drei bundesweit agierenden kommunalen Spitzenverbände der Bundesrepublik Deutschland, des Deutschen Landkreistages, wünsche ich dem Kommunalpolitischen Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen vom 19. bis 21.10.2001 in Elbing ein gutes Gelingen und hoffe, dass er ein Beitrag zur Aussöhnung des deutschen und polnischen Volkes leistet und deutlich machen kann, dass die deutsche Vergangenheit und die polnische Zukunft in einer Region dazu führen möge, die Besinnung auf ein gemeinsames europäisches Erbe beider Völker zu verstärken.

Wie bereits an der Nachkriegsgeschichte zwischen Deutschland und Frankreich nachgewiesen, waren es gerade die kommunalen Gebietskörperschaften, die den Hauptbeitrag zur Aussöhnung beider Völker geleistet haben. Hunderte von kommunalen Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Städten und Gemeinden sowie französischen Departments und deutschen Kreisen haben dazu beigetragen, dass ein enges Freundschaftsgeflecht zwischen den Menschen hüben und drüben entstanden ist, das kriegerische Auseinandersetzungen wie in der Vergangenheit unvorstellbar erscheinen lässt.

Die Einführung der kommunalen Selbstverwaltung – zunächst auf der gemeindlichen Ebene – später auch bei den neu geschaffenen Kreisen und Wojewodschaften in Polen hat die Grundlage dafür geschaffen, dass es auch zwischen deutschen und polnischen Kreisen und Gemeinden zu sinnvollen kommunalen Partnerschaften kommen kann. Insbesondere die Wiedereinführung der Kreisebene in Polen im Jahre 1999 hat dazu geführt, dass es bereits nach kurzer Zeit zu einem engen Geflecht von partnerschaftlichen Beziehungen zwischen polnischen und deutschen Kreisen gekommen ist. Dabei war es das Ziel des Deutschen Landkreistages und seiner Mitgliedsverbände, im Wege bilateraler Beziehung zwischen deutschen und polnischen Kreisen einen möglichst großen Erfahrungsaustausch zu organisieren, um es den neuen polnischen Kreisen leichter zu machen, ihre neuen Verwaltungsstrukturen aufzubauen. Nach nur drei bis vier Monaten nach der Einführung der Kreisebene in Polen konnten schon über 70 solcher partnerschaftlichen Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Kreisen vermittelt werden. Viele von ihnen sind zwischenzeitlich in offizielle Kreispartnerschaften umgewandelt worden, die sich gerade bei der kürzlich zurückliegenden Flutkatastrophe im Süden Polens zum Teil, wie mir berichtet wurde, sehr gut bewährt haben.

Bei dem heutigen Kongress handelt es sich um einen Kommunalpolitischen Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen. Ich selber bin in Ostpreußen geboren und habe dort meine ersten Lebensjahre verbracht. Das Schicksal der Heimatvertriebenen ist mir deshalb nicht fremd, und ich verstehe, dass es viele unter uns gibt, denen das Schicksal ihrer ehemaligen Heimat nicht gleichgültig ist. Eine beträchtliche Zahl deutscher Kreise, die Beziehungen zu den neuen polnischen Kreisen gesucht haben, haben deshalb zunächst einmal die immer noch bestehenden Beziehungen der Heimatvertriebenen zu den neuen Kreisen in ihrer alten Heimat genutzt, um dort partnerschaftliche Beziehungen anzuknüpfen, mit denen die gemeinsame Geschichte beider Bevölkerungen aus diesem Raum gepflegt werden können.

Polen wird vermutlich schon in Kürze ein vollwertiges Mitglied der Europäischen Union sein. Mehr als in allen anderen Staaten Mittel- und Osteuropas, die den Zugang zur Europäischen Union suchen, hat Polen durch seine große Verwaltungsreform im Jahre 1998 die inneren Voraussetzungen für den Beitritt zur EU geschaffen. Die Verwaltungsreform führte zu einer fast revolutionär zu nennenden Umgestaltung des polnischen Staatswesens. Das bisherige zentralistische System ist in einen dezentralen, weitgehend von Selbstverwaltung geprägten Staatsaufbau verwandelt worden. Es ist damit

gelungen, an eine lange Tradition in Polen anzuknüpfen, die die Kreise und Wojewodschaften als Selbstverwaltungskörperschaften schon kannten. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass bereits im März 1872 im damaligen Hause der Abgeordneten Preußens der Entwurf einer Kreisordnung für die Provinzen Preußen (Ostpreußen), Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen behandelt wurde. Der Berichterstatter, der Abgeordnete Friedenthal, hat in seiner Einführungsrede auf die Grundideen für die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene hingewiesen. Es handelte sich um die Überwindung des vorher immer fingierten Dualismus zwischen staatlicher Obrigkeitsverwaltung und kommunalen Angelegenheiten vor Ort, die es eigentlich so nicht gibt. Besonders wichtig hielt er die Einbeziehung des Ehrenamtes als Grundvoraussetzung für eine funktionierende Selbstverwaltung. Ich darf insofern zitieren:

„Erst dadurch, meine Herren, wird die moralische, die großartige Wirkung der Selbstverwaltung erreicht, dass das gesamte Volk in den Dienst des Staates tritt. Es wird das Gefühl, das in Zeiten des Absolutismus sich in den Gemütern eingepflanzt hat, aufhören, dass der Staat eigentlich ein ganz böses, dem Einzelnen feindlich gegenüberstehendes Ding sei, dass die Beamten als solche eine schlimm geartete Kategorie von Menschen sei, deren Bestimmung darin bestehe, den Einzelnen zu bedrücken. Das, meine Herren, ist eine Auffassung, die das Staatswesen untergräbt, die staatliche Ordnung vollkommen zersetzt.“

Er führt dann später weiter fort: „Die wahre Volkssouveränität besteht darin, dass das Volk in den Dienst des Staates tritt, das gesamte Volk, denn wer den Dingen dient, lernt sie zu beherrschen, und wer die Dinge beherrscht, ist der wahrhaft Bestimmende, nicht derjenige, der die äußerliche Befugnis hat, zu bestimmen.“

Mir scheinen diese Worte, obwohl vor fast 130 Jahren ausgesprochen, gerade hier in Elbing noch heute hochaktuell zu sein. Für das Gelingen der Verwaltungsreform in Polen kann es deshalb aus unserer Sicht keine Alternative geben. Ich gehe davon aus, dass gerade die Landsmannschaften in Deutschland dazu geeignet sind, diese Entwicklung zu unterstützen. Sie haben ein Interesse daran, dass auch ihre ehemalige Heimat zu blühenden Landschaften entwickelt wird. Und enge Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Kreisen und Gemeinden sind eine Garantie dafür, dass dies gelingen kann. Hierfür ist das Engagement der landsmannschaftlichen Vereinigungen gefragt.



*Kongreßteilnehmer am runden Tisch*

# Henryk Stonina

## Oberbürgermeister der Stadt Elbing - Prezes miasta Elbląg

### Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich begrüße Sie recht herzlich zum zweiten Kommunalpolitischen Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen.

Wir sind sehr froh, dass dieser Kongress in unserer Stadt stattfindet. Wir nehmen das als Auszeichnung und zugleich als Ausdruck einer Anerkennung für die Umwandlungen und Leistungen auf, die in Elbing herausgearbeitet wurden.

Besonders herzlich begrüße ich Frau Czesława Ostrowska, Bürodirektorin in der Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen. Ich freue mich auch darüber, dass die Herren: Bernd Hinz, Gisbert von Abercron, Andreas von Block-Schlesier, Hans-Jürgen Schuch unseren Kongress mit ihrer Gegenwart beehren.

Der jetzt anlaufende Kongress soll eine Art Brücke sein, die der Annäherung unserer Staaten und Völker sowie der Integration und Vertiefung des Dialoges dienen soll. Er soll auch zu einem Diskussionsforum im Vorbereitungsprozess der Erweiterung der Europäischen Union werden.

Die Geschichte hat es so gefügt, dass die älteren Bewohner der sogenannten wiedergewonnenen Gebiete die Übersiedler aus den Gebieten hinter dem Fluss Bug und aus vielen Regionen Polens aus der Nachkriegszeit sind.

Dagegen sind die Mitglieder der Vereinigungen ehemaliger Bewohner dieser Gebiete die Übersiedler, die nach Westen gezogen sind. Uns alle verbindet das Bewusstsein der Unumkehrbarkeit der eingetretenen geopolitischen Umwandlungen und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer Zusammenarbeit für das Wohl und die Entwicklung dieser Gebiete.

Das größte Interesse für die Probleme der Stadt Elbing in der Nachkriegszeit haben gezeigt und zeigen ihre ehemaligen Bewohner, die in der Vereinigung Truso organisiert sind.

Unter vielen Initiativen der Vereinigung ist besonders hervorzuheben die Hilfe bei der Gewinnung der Mittel des Polnisch-Deutschen Fonds für den Wiederaufbau des Domes, den Wiederaufbau der altstädtischen Häuser - in denen unsere Begegnung stattfindet - für die wirkungsvolle Vermittlung beim Einkauf in Mainz von 19 Straßenbahnwagen für die städtischen Verkehrsbetriebe Elbing - zu sehr günstigen finanziellen Konditionen – sowie bei der Dotierung für Instandsetzungsarbeiten an dem historischen Markttor in der Altstadt. Es sei am Rande erwähnt, dass der Stifter der Uhr auf dem Tor der Oberbürgermeister Hamburgs Herr Ortwin Runde ist, der im Jahre 1941 in Elbing, nicht weit von hier, in der Garncarskastraße geboren wurde.

Unsere gemeinsame Leistung, d.h., die der Vereinigung Truso, die des Herrn Jürgen Schuch und die des Stadtamtes, ist der kürzlich veröffentlichte Stadtplan von Elbing mit einer Topographie aus dem Jahre 1945 und von heute sowie mit früheren und jetzigen Straßenbezeichnungen in polnischer und deutscher Sprache. Das ist die einzige Veröffentlichung dieser Art in Polen.

Wir wissen auch die Zusammenarbeit mit Herrn Günther Schrock-Opitz aus Leer sehr hoch zu schätzen. Seine Kontakte zu Elbing wurden mit der Unterzeichnung eines Übereinkommens über die Partnerschaft zwischen Leer und Elbing gekrönt. Diese Partnerschaft wird unter den Jugendlichen der beiden Städte besonders intensiv genutzt, indem Schülergruppen und Kulturvereine ausgetauscht sowie Berufspraktika durchgeführt werden. In Anerkennung der Verdienste von Herrn Hans Günther Schrock-Opitz für die Festigung der Bindung zwischen Leer und Elbing hat ihm der Stadtrat am 12. Juni 1997 den Ehrenbürgertitel der Stadt verliehen.

Eine weitere Person, die in unserer Stadt viel Sympathie genießt, ist der in der Umgebung von Elbing geborene Herr Erich Brost. Er stand im engen Kontakt mit den Kulturanstalten in Elbing, die er aus eigenen Mitteln finanziell unterstützte. Er wirkte auch aktiv an der Friedrich-Ebert-Stiftung mit. Mit dem nach seinem Namen genannten Preis wurde eine Architektengruppe – Autoren des Projekts für heutige Bebauung unserer Altstadt – geehrt. Im Jahre 1998 hat man am Elbinger Museum, das sich in der Schloßnähe befindet, eine ihm gewidmete Gedächtnistafel enthüllt.

In der letzten Zeit wurde eine Initiative ergriffen, Friedrich Schichau, den Schöpfer der gewerblichen Macht von Elbing, gebührend zu verewigen.

Wir haben große Achtung vor der 760-jährigen reichen Geschichte Elbings und vor den Generationen, die sie gestaltet haben. Mit großer Sorgfalt bauen wir unsere reizende Altstadt, die im Krieg zerstört wurde, wieder auf. Wir tun das bedacht. Zuerst lassen wir die Archäologen auf Kosten der Stadt den unterirdischen Teil, das Fundament der Stadt, das jedes Hauses und jedes Hofes gründlich untersuchen. Das Ergebnis dieser Untersuchungen, das schon hunderttausend Exponate zählt, kommt keinem in Europa gleich. Es ist zum Objekt des heimlichen Neides aller Archäologen geworden, die die Vergangenheit ehemaliger Hansestädte erforschen.

Eine Bestätigung unserer Achtung für diese Generationen, deren Gebeine in unserer Stadt ruhen, ist das Anbringen zweisprachiger Gedenktafeln an den Plätzen ehemaliger Friedhöfe. Ein weiterer Beweis dafür ist die Eröffnung eines Lapidariums, an dem Sie teilnehmen werden.

Zu Problemen und Aufgaben, die die Entwicklung der Selbstverwaltung betreffen, werde ich mich, am Beispiel unserer Stadt, ausführlicher am Nachmittag in unserem Kongress äußern. Ich werde auch die Charakteristik Elbings darstellen.

Zum Abschluss meiner Begrüßungsrede möchte ich zum Ausdruck bringen, dass unsere größte Sorge ausschließlich das Wohl Elbings ist. Ich bin tief davon überzeugt, dass das Ergebnis des jetzt anlufenden 2. Kommunalpolitischen Kongresses ein immer enger werdendes Zusammenwirken zugunsten unserer Städte, Staaten und des gemeinsamen Europas sein wird. Ich wünsche daher allen Teilnehmern dieses Treffens förderliche Beratungen und viel Vergnügen bei dem Aufenthalt in Elbing.

Ich wünsche mir, dass Sie unsere Stadt öfters besuchen. Ich lade Sie dazu ein. Sie werden hier immer herzlich begrüßt.



*Elbings OB Henryk Slonina (2. v. l.), in der Mitte Czeslawa Ostrowska, 1. v. r. Stellv. LO-Sprecher und Tagungsleiter Bernd Hinz*

# Przemówienie powitalne

Szanowni Państwo!

Witam serdecznie na drugim Kongresie Polityków Samorządowych Regionalnego Zespołu Prus Wschodnich .

Jesteśmy bardzo radzi, że Kongres odbywa się w naszym mieście. Przyjmujemy to jako wyróżnienie, a zarazem wyraz uznania dla przemian i dokonań, jakie w Elblągu zostały wypracowane.

Szpecially serdecznie witam Panią Czesławę Ostrowską Dyrektora Biura w Kancelarii Prezydenta RP. Cieszę się również, że nasz Kongres zaszczytlił Panowie: Bernd Hinz, Albert Rotacher, Gizberd von Aberkron, Andreas von Blok Schlieser i Jürgen Schuch.

Rozpoczynamy właśnie Kongres ma stanowić swego rodzaju most służący zbliżaniu państw i narodów, intergracji i pogłębianiu dialogu. Ma też stanowić dyskusyjne forum w przygotowawczym procesie poszerzenia Unii Europejskiej.

Zarządzeniem historii starsi wiekiem mieszkańcy tak zwanych Ziem Odzyskanych, to przesiedleńcy zza Buga i z wielu regionów powojennej Polski.

Natomiast członkowie Stowarzyszeń byłych mieszkańców tych ziem, to powojenni przesiedleńcy z tych terenów za Zachód.

Wszystkich nas łączy świadomość nieodwracalności zaistniałych przemian geopolitycznych i wpływającej z tego konieczności współdziałania dla dobra i rozwoju tych terenów.

Szanowni Państwo! Największe zainteresowanie problemami powojennego Elbląga wykazywali i wykazują byli jego mieszkańcy zorganizowani w Stowarzyszeniu Truso.

Spośród wielu inicjatyw Stowarzyszenia na szczególnie podkreślenie zasługuje pomoc w uzyskaniu środków z Funduszu Polsko – Niemieckiego na odbudowę Katedry i odbudowę staromiejskich kamieniczek w których odbywamy nasze spotkanie, a także skuteczne pośrednictwo w zakupie w Moguncji na bardzo dogodnych warunkach finansowych aż 19 tramwajów dla komunikacji miejskiej Elbląga oraz dofinansowaniu remontu historycznej Bramy Targowej na Starym Mieście. A na marginesie chciałbym dodać, że fundatorem zegara na tej Bramie jest nadburmistrz Hamburga pan Ortwin Runde urodzony w Elblągu w roku 1941, niedaleko stąd, bo przy ul. Garncarskiej.

Naszym wspólnym natomiast dokonaniem, tzn. Stowarzyszenia Truso, pana Jürgena Schucha i Urzędu Miejskiego, jest niedawne wydanie planu Elbląga, prezentującego jego topografię w roku 1945 i obecnie, z dawnym i obecnym nazewnictwem ulic, w wersjach językowych polskiej i niemieckiej. Jest to jedyne tego rodzaju wydawnictwo w Polsce.

Bardzo wysoko sobie cenimy także współdziałanie z nami pana Hansa Günthera Schrock-Opitza z Lerr. Jego kontakty z Elblągiem zostały uwieńczone podpisaniem porozumienia o partnerstwie pomiędzy Lerr i Elblągiem. Partnerstwo to jest szczególnie intensywnie rozwijane pomiędzy młodzieżą obu tych miast, poprzez systematyczną wymianę grup uczniów, zespołów kulturalnych oraz odbywanie praktyk zawodowych.

W uznaniu zasług pana Hansa Günthera Schrock –Opitza dla utrwalenia więzi pomiędzy Lerr i Elblągiem, Rada Miejska nadała mu 12 czerwca 1997 roku tytuł Honorowego Obywatela Miasta. Kolejną osobą otaczaną w naszym mieście sympatią jest urodzony w okolicach Elbląga pan Erich Brost. Utrzymał bliskie więzi z placówkami kulturalnymi Elbląga, wspierając je także finansowo ze swoich prywatnych środków. Aktywny działacz Fundacji Friedricha Elberta. Nagrodą jego imienia uhonorowano zespół architektów – autorów projektu obecnej zabudowy naszego Starego Miasta. W roku 1998 na Podzamczu polskiego Muzeum Elbląskiego odsłonięto tablicę poświęconą jego pamięci. W ostatnim czasie podjęta została inicjatywa godnego upamiętnienia Fryderyka Schichau'a – twórcy przemysłowej potęgi Elbląga. Szanowni Państwo! Mając głęboki szacunek dla ponad 760 – letniej bogatej historii Elbląga i pokoleń, które je tworzyły, z wielką starannością odbudujemy ze zniszczeń wojennych nasze urokliwe Stare Miasto. Czynimy to powoli, najpierw bowiem poddajemy



gruntownym badaniom archeologicznym na koszt miasta część podziemną, fundamentową, każdej dawnej kamieniczki i każde podwórko. Plon tych badań, liczony już w setkach tysięcy eksponatów nie ma sobie równych w Europie. Jest przedmiotem nieukrywanej zazdrości ze strony dosłownie wszystkich badaczy przeszłości dawnych miast hanzeatyckich. Potwierdzam naszego szacunku dla pokoleń tych, których prochy spoczywają w naszym mieście, jest natomiast umieszczenie pamiątkowych, dwujęzycznych tablic w miejscach dawnych cmentarzy. Będzie nim również otwarcie lapidarium, w którym Państwo weźmiecie udział. Szanowni Państwo! Na temat problemów i zadań warunkujących rozwój samorządności na przykładzie naszego miasta wypowiem się nieco szerzej w popołudniowej części obrad naszego kongresu. Przedstawię również charakterystykę Elbląga. Kończąc zaś to powitalne wystąpienie pragnę zapewnić Państwa, że naczelną troską w naszych działaniach jest wyłącznie dobro Elbląga. Wierząc głęboko, że efektem rozpoczynającego się II Kongresu Polityków Samorządowych będzie coraz ściślejsze nasze współdziałanie na rzecz naszych miast, państw i wspólnej Europy, życzę wszystkim uczestnikom tego spotkania owocnych obrad i satysfakcji z pobytu w Elblągu. Zapraszam także do częstych odwiedzin naszego miasta. Zawsze będziecie Państwo serdecznie witani.



*Elbings Oberbürgermeister Henryk Slonina begrüßt die Teilnehmer*

# **Bernd Hinz**

## **Stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen**

### **Begrüßung und Einführung in den Kongreß**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Verehrte Frau Ostrowska,  
Sehr geehrter Herr Slonina,

im Namen des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen begrüße ich Sie alle herzlich zum 2. Kommunalpolitischen Kongreß der Landsmannschaft Ostpreußen unter Mitwirkung des Bundes der Vertriebenen in Elbing und freue mich, daß dieser Kongreß sowohl bei den polnischen kommunalen Repräsentanten als auch bei den Heimatkreisvertretern der Vertriebenenorganisationen auf großen Zuspruch gestoßen ist. Besonders freue ich mich darüber, daß fast alle Teilnehmer des 1. Kommunalpolitischen Kongresses in Frankfurt (Oder) auch beim diesjährigen Kongreß mitwirken. Die wenigen Absagen, die uns erreichten, waren mit dem Hinweis verbunden, beim nächsten Kongreß wieder anwesend zu sein.

Mein Dank gilt der Stadt Elbing und hierbei insbesondere Herrn Stadtpräsident Slonina, der sich bereit erklärt hatte, den 2. Kommunalpolitischen Kongreß in Elbing auszurichten und dabei im Vorfeld dieser Tagung wesentliche Unterstützung zuteil werden ließ.

In diesen Dank schließe ich auch Herrn Ossowski mit ein, der in engem Zusammenwirken mit den Vertretern der Landsmannschaft Ostpreußen unverzichtbare Organisationshilfe hier vor Ort geleistet hat.

Ich freue mich, daß wir den 2. Kommunalpolitischen Kongreß in der alten Ordens- und Hansestadt Elbing, in einer historisch bedeutsamen Stadt, durchführen können, die neben Lübeck und Hamburg im Mittelalter eine der wichtigsten Hansestädte war und eine große europäische Ausstrahlungs- und Wirtschaftskraft bereits in dieser Zeitepoche besaß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe nun die ehrenvolle Aufgabe, als Ehrengast Frau Ostrowska begrüßen zu können, die im Namen des Präsidenten der Republik Polen, Herrn Aleksander Kwasniewski, ein Grußwort des Präsidenten verlesen wird.

Verehrte Frau Ostrowska, wir empfinden dies als eine sehr bemerkenswerte Geste des polnischen Staatspräsidenten als obersten Repräsentanten der Republik Polen, die eine bedeutende Wertschätzung gegenüber dem Kommunalpolitischen Kongreß mit dem engen Zusammenwirken von führenden polnischen kommunalen Repräsentanten und führenden Vertretern der deutschen Heimatvertriebenen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße im europäischen Geist zum Ausdruck bringt.

Desweiteren gilt ein herzlicher Willkommensgruß den Referenten des Kongresses und zwar den Herren Dr. Gisbert von Abercron, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Lazarus-Hilfswerkes in Deutschland, sowie Dr. Andreas von Block-Schlesier, Generalbevollmächtigter der Johanniter-Unfallhilfe in Brüssel.

Beide Herren widmen sich der humanitär-sozialen Arbeit ihrer Organisationen im Zusammenwirken mit den Vertriebenenverbänden in der Republik Polen.

Zu einem kommunalpolitischen Thema in der klassischen Form nimmt Stadtpräsident Henryk Slonina, Stellung, der über aktuelle kommunalpolitische Aufgaben, Probleme und Erfolge am Beispiel der Großstadt Elbing spricht.

Hans-Jürgen Schuch, stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Westpreußen und Heimatkreisvertreter der Stadtgemeinschaft Elbing, hat in seiner Heimatstadt das vertriebenenpolitische Thema übernommen. Er referiert über die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Treue zur Heimat.

Morgen werden der Marschall der Wojewodschaft Ermland und Masuren, Herr Andrzej Rynski zum Thema: „Die Aufgaben des Verwaltungsvorstandes in der Wojewodschaft Ermland und Masuren“ sowie Herr Gintowt-Dziewaltowski, Mitglied des Sejms der Republik Polen und Vorsitzender der Kommission für Administration und kommunale Angelegenheiten zum Thema: „Die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen für die EU-Osterweiterung“ sprechen.

Aufbauend auf den erfolgreichen Verlauf des 1. Kommunalpolitischen Kongresses in Frankfurt an der Oder wünsche ich uns einen fruchtbaren Meinungs- und Erfahrungsaustausch, der der Erörterung, Weiterentwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit sowie der gemeinsamen Zukunftsgestaltung in einem zusammenwachsenden Europa Rechnung trägt.

In diesem Zusammenhang weise ich auf die Festrede des Präsidenten der Republik Polen zum Tag der Deutschen Einheit in Mainz am 03.10.2001 hin, der u.a. folgendes sagte: „Man muß jetzt neue Unternehmungen starten, um die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen intensiver zu gestalten.“ In diesem Sinne wünsche ich uns allen viel Erfolg und ein persönliches Näherkommen beim gemütlichen Zusammensein.



*Bernd Hinz, Stellv. Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, wird von TV Polonia 1 und 3 interviewt*

## Przemówienie powitalne

W imieniu Zarządu Federalnego Ziomkostwa Prusy Wschodnie witam Państwa serdecznie na 2. Kongresie Polityków Samorządowych Ziomkostwa Prusy Wschodnie, zorganizowanym przy współudziale Związku Wypędzonych w Elblągu. Cieszę się, że kongres ten spotkał się z dużym zainteresowaniem zarówno ze strony reprezentantów polskich instytucji samorządowych jak i ze strony regionalnych reprezentantów organizacji wypędzonych. Szczególnie cieszy mnie fakt, że niemal wszyscy uczestnicy 1. Kongresu Polityków Samorządowych, który się odbył we Frankfurcie nad Odrą, współuczestniczą także i w tegorocznym kongresie. Nieliczne osoby, które udzieliły odpowiedzi odmownej zapowiadały, że na następnym kongresie znowu będą obecne.

Bardzo dziękuję władzom Miasta Elbląga, a w szczególności Panu Prezydentowi Miasta Słoninie, który wyraził gotowość zorganizowania 2. Kongresu Polityków Samorządowych w Elblągu oraz udzielił znacznego wsparcia podczas przygotowywania tych obrad.

Podziękowania kieruję także do Pana Ossowskiego, który, w ścisłej współpracy z przedstawicielami Ziomkostwa Prus Wschodnich, pospieszył, tu na miejscu, z niezbędną pomocą organizacyjną.



*Bernd Hinz, stellvertretender LO-Sprecher, dankt der Direktorin des Präsidialbüros des polnischen Staatspräsidenten Kwasniewski, Czesława Ostrowska, für das Grußwort des polnischen Staatspräsidenten.*

Jestem rad, że 2. Kongres Polityków Samorządowych możemy przeprowadzić w starym mieście zakonu i Hanzzy Elblągu, w mieście ważnym z punktu widzenia historii, które obok Lubeki i Hamburga było w średniowieczu jednym z najważniejszych miast hanzeatyckich, i które już w tamtej epoce posiadało ogromną siłę promieniowania i siłę gospodarczą.

Szanowni Państwo, przypadło mi w udziale zaszczytne zadanie powitania, jako gościa honorowego, Panią Ostrowską, która w imieniu Prezydenta Rzeczypospolitej Polski, Pana Aleksandra Kwaśniewskiego, przekáže od niego pozdrowienia.

Szanowna Pani Ostrowska, jest to dla nas niezwykle znaczący gest ze strony polskiego prezydenta, jako najwyższego reprezentanta Rzeczypospolitej Polski, który w duchu europejskim wyraża ważną ocenę wartości w stosunku do Kongresu Polityków Samorządowych. Politycy ci ściśle współdziałają z czołowymi polskimi reprezentantami władz samorządowych i czołowymi przedstawicielami niemieckich wypędzonych z terenów położonych na Wschód od Odry i Nysy.

Serdeczne słowa powitania kieruję także do referentów występujących na Kongresie, a mianowicie Panów dr Gisberta von Abercron, członka Zarządu Akcji Niesienia Pomocy św. Łazarza w Niemczech oraz dr Andreasa von Block-Schlesiera, Generalnego Pełnomocnika Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów w Brukseli.

Obydwa panowie zajmują się pracą humanitarno-społeczną swoich organizacji, we współpracy z organizacjami wypędzonych w Polsce.

Na temat polityki samorządowej w jej klasycznej formie wypowie się Prezydent Miasta, Henryk Słonina, który na przykładzie dużego miasta, jakim jest Elbląg, będzie mówił o aktualnych zadaniach, problemach i sukcesach w tej dziedzinie.

Hans Jürgen Schuch, zastępca rzecznika Ziomkostwa Prus Zachodnich i przedstawiciel regionu Wspólnoty Miejskiej Elbląga, zajął się w swoim rodzinnym mieście tematem, dotyczącym polityki związanej z wypędzonymi. Wygłosi on referat na temat wypędzonych i ich wierności ojczyźnie.

Jutro zabiorą głos Marszałek Województwa Warmii i Mazur, Pan Andrzej Ryński na temat: „Zadania Zarządu Administracji w Województwie Warmińsko-Mazurskim” oraz Pan Gintowt- Dziewałtowski, poseł na Sejm Rzeczypospolitej Polski i przewodniczący Komisji Administracji i Spraw Komunalnych, na temat: „Znaczenie kontaktów niemiecko-polskich dla procesu rozszerzania Wspólnoty Europejskiej na Wschód”.

Stawiając sobie za wzór przebieg 1. Kongresu Polityków Samorządowych we Frankfurcie nad Odrą życzę nam wszystkim owocnej wymiany poglądów i doświadczeń, która przyczyni się do wyjaśniania interesujących nas spraw, dalszego rozwoju i pogłębiania współpracy, jak i wspólnego dalszego kształtowania przyszłości w jednoczącej się Europie.

W tym aspekcie chciałbym nawiązać do uroczystego przemówienia Prezydenta Rzeczypospolitej Polski, wygłoszonego z okazji obchodów rocznicy Jedności Niemieckiej w Moguncji w dniu 03.10.2001 r., który m.in. powiedział:

„Należy teraz podejmować nowe przedsięwzięcia, aby jeszcze intensywniej kształtować współpracę polityczną, gospodarczą i kulturalną między Polską a Niemcami”.

W związku z powyższym życzę nam wszystkim wielu sukcesów i bliższego wzajemnego poznawania się w trakcie wspólnie spędzanego tu czasu.

# Präsident der Republik Polen

Warschau, den 19. Oktober 2001

An die Teilnehmer und Organisatoren  
des 2. Kommunalpolitischen Kongresses  
in Elbing

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Zufriedenheit habe ich zur Kenntnis genommen, daß in Elbing der 2. Kommunalpolitische Kongreß stattfindet. Diese Tatsache, die eine Fortsetzung der Verbindungen zwischen den jetzigen und den ehemaligen Bewohnern in Elbing und anderen Gebieten Polens mit ähnlicher Vergangenheit ist, stellt einen der glaubwürdigsten und authentischen Beweise für die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen und der fortschreitenden europäischen Integration dar.

Der seit über 30 Jahren andauernde Annäherungsprozeß in den deutsch-polnischen Beziehungen hat in den letzten Jahren an außergewöhnlicher Geschwindigkeit gewonnen. Im Juni dieses Jahres hatte ich die erfreuliche Gelegenheit, in Danzig den Deutschen Bundespräsidenten Johannes Rau als Gast zu empfangen. Das Treffen hat zum wiederholten Mal die Gelegenheit gegeben, die Gemeinsamkeiten und die Ähnlichkeiten der Politik unserer Staaten festzustellen.

Mit Zufriedenheit stelle ich fest, daß das heutige Treffen ebenso wie auch Ihre täglichen Kontakte beweisen, daß nicht nur leere Erklärungen sondern wahre und zielgerichtete Absichten sind. Eine besondere Bedeutung gewinnen sie hier – auf den Gebieten mit komplizierter Vergangenheit. Durch Ihre Aktivitäten zeigen Sie, wie man auf Grundlage des gemeinsamen Erbes der vergangenen Generationen – der Deutschen und der Polen – eine konstruktive Zusammenarbeit gestalten kann.

Im August hatte ich die Gelegenheit, Elbing kurz zu besuchen. Ich sah, mit welcher großen Hingabe die Altstadt restauriert wird. Man hat mich darüber unterrichtet, dass sich an diesem Werk auch die ehemaligen Bewohner von Elbing und deren Organisationen beteiligen. Ähnliche Beispiele der Zusammenarbeit beobachten wir auch in anderen Regionen unseres Landes. Die gemeinsame Sorge um die Bewahrung von Symbolen unserer Vorfahren und die Pflege des historischen Erbes ist die beste Grundlage für die Normalisierung und Integration, und ist ein nachweisbarer Beweis unserer Europareife.

Lassen Sie das heutige Treffen zu einem weiteren Schritt des gegenseitigen Verständnisses und der Annäherung unserer Nationen werden. Bauen Sie dabei die solideste Brücke auf, die unsere Staatsbürger, unsere Gesellschaften und unsere Staaten verbindet. Ich wünsche allen Teilnehmern viel Erfolg und fruchtbare Beratungen.

Aleksander Kwasniewski



Prezydent  
Rzeczypospolitej Polskiej

Warszawa, 19 października 2001 roku

Do uczestników i organizatorów  
II Kongresu Polityków Samorządowych  
Elbląg

Szanowni Państwo,

Z prawdziwym zadowoleniem przyjąłem informację o odbywającym się w Elblągu II Kongresie Polityków Samorządowych. Fakt ten stanowiący kontynuację więzi między obecnymi i byłymi mieszkańcami Elbląga i innych terenów Polski z podobną przeszłością jest najbardziej wiarygodnym i autentycznym dowodem normalizacji stosunków polsko-niemieckich i postępującej integracji europejskiej.

Trwający od ponad trzydziestu lat proces zbliżenia w stosunkach polsko-niemieckich nabrał w ostatnich latach wyjątkowego przyspieszenia. W czerwcu bieżącego roku miałem przyjemność gościć w Gdańsku Prezydenta Niemiec Pana Johannes'a Rau'a. To kolejne spotkanie stworzyło nam okazję do potwierdzenia wspólnoty i zbieżności polityki naszych Państw.

Z zadowoleniem stwierdzam, że dzisiejsze spotkanie, a także codzienne Państwa kontakty dowodzą, że nie były to kurtuazyjne, gołosłowne oświadczenia a prawdziwe i trafne deklaracje. Szczególnego znaczenia nabierają one tutaj - na ziemiach o skomplikowanej historii. Waszymi działaniami pokazujecie Państwo jak w oparciu o wspólny dorobek i dziedzictwo minionych pokoleń - Niemców i Polaków - można konstruktywnie współpracować.

W sierpniu miałem możliwość na krótko odwiedzić Elbląg. Widziałem z jak wielkim pietyzmem restaurowana jest starówka. Poinformowano mnie, że swój udział w tym dziele mają byli mieszkańcy Elbląga i ich organizacje. Podobne przykłady współdziałania obserwujemy również w innych regionach naszego kraju. Ta wspólna troska o zachowanie symboli przodków, kultywowanie trwałego dorobku historii, to najlepsza forma normalizacji i integracji, to czytelny dowód naszej europejskości.

Niech dzisiejsze spotkanie będzie kolejnym krokiem ku wzajemnemu zrozumieniu i zbliżeniu naszych narodów. Budujecie najsolidniejszy most łączący naszych obywateli, społeczeństwa i państwa. Życzę wszystkim uczestnikom powodzenia i owocnych obrad.

Aleksander Kwaśniewski

Aleksander Kwaśniewski



*Czesława Ostrowska, die Direktorin des polnischen Präsidialbüros, verliest das Grußwort des Präsidenten der Republik Polen*



## **Dr. Gisbert von Abercron**

**Geschäftsführender Bundesvorstand des Lazarus-Hilfswerkes in Deutschland e.V.  
Przewodniczący Zarządu Federalnego Lazarus-Hilfswerks w Niemczech e.V.**

### **Die Sozialstationen des LAZARUS-HILFSWERKES unter Mitwirkung der Vertriebenenverbände als Teil des deutsch-polnischen Verständigungsprozesses**

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,  
Sehr geehrter Herr Hinz,  
Meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Hinz, herzlich für die freundliche Einladung zu dieser Veranstaltung bedanken. Wir nehmen die Gelegenheit wahr, über die Arbeit unserer Organisation in Polen, besonders hier in der Region Ermland-Masuren, zu berichten, unter Würdigung der engen Zusammenarbeit mit den verschiedenen Vertriebenenverbänden.

Die Behandlung des Themas haben wir in zwei Bereiche aufgeteilt. Herr Pavel Troszynski, Präsident des Lazarus Woiwodschaftsvereins wird Ihnen über die Organisation und die konkrete Arbeit der insgesamt bisher bestehenden sechs Krankenpflegeeinrichtungen in dieser Region berichten.

Ich möchte Ihnen zuvor kurz unsere Organisation vorstellen.

Das Lazarus-Hilfswerk in Deutschland wurde im Jahre 1971 von deutschen Ordensrittern des internationalen Lazarusordens gegründet, der auf eine über 900-jährige Tradition zurückblickt.

Die Gründungsmitglieder des LHW hatten die Idee, die altherwürdigen Ziele dieses christlichen Ritterordens, der auch als ältester Krankenpflegeorden bezeichnet wird, in einer der heutigen Zeit angepassten Form neu zu beleben. Jungen Menschen sollte die Möglichkeit gegeben werden, ritterliche Tugenden zu praktizieren und sich im LHW auf dem Gebiet der wachsenden sozialen Aufgaben zugunsten der Schwächsten der Schwachen zu engagieren. Diese ritterlichen Tugenden werden durch das achtspitziige Lazaruskreuz symbolisiert und stellen auch heute noch Werte dar, für die wir eintreten: Glaube, Hoffnung, Liebe, Barmherzigkeit, Tapferkeit, Gerechtigkeit, Weisheit und Mäßigung.

Der Orden des heiligen Lazarus von Jerusalem als einziger ökumenischer Orden und das LHW sind offen für alle Menschen, der unterschiedlichen christlichen Kirchen, die bereit sind, den ritterlichen Idealen und Zielen des Ordens zu dienen. Weltweit befasst sich der Orden und seine verschiedenen Hilfsorganisationen nach wie vor mit der Hilfe und Unterstützung von Leprakranken. Er hat im Verlaufe der Jahre seine Hilfe ausgedehnt auf die alten, behinderten und kranken Menschen. In den Ländern der Welt in denen der Orden vertreten ist, werden unterschiedliche Projekte verfolgt.

Unterstützung von Hospitälern, Angebote von medizinischer Versorgung (mobiler Zahnarztendienst, Versorgung und Betreuung von Straßenkindern, Obdachlosen und Armen, Kranken- und Behindertenhilfe, Betrieb von Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Beteiligung an Nothilfe- und Katastrophenprojekten in aller Welt, Schulung und Unterstützung von Helfern in den genannten Gebieten usw.

Lassen Sie mich nun Ihr Augenmerk auf die langjährige Entwicklung der intensiven Hilfe des LHW und des Ordens in Polen richten.

Mit den ersten Hilfeleistungen unserer Organisation für die polnische Bevölkerung wurde im Jahre 1981 begonnen. In der Zeit von 1981 bis 1986 wurden weit über 300 Transporte mit zwei eigenen 20-Tonnen-LKW mit Lebensmitteln und Medikamenten hauptsächlich nach Schlesien, aber auch Warschau und Danzig durchgeführt. In dieser Zeit fuhren unsere Lastwagen fast wöchentlich nach Polen. Nach 1986 wurden hauptsächlich hochwertige Medikamente und Pflegematerialien geliefert und über die katholische Kirche und die Armenapotheken an die bedürftigen Menschen in diesem Lande verteilt.

Die langjährige Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche, mit anderen tätigen Hilfsorganisationen und mit hilfsbereiten Menschen führte zu Freundschaften zwischen den Menschen und schaffte ein tiefes Vertrauensverhältnis untereinander. Wir alle durften die wertvolle Erfahrung machen, daß gerade in der heutigen Zeit, die geprägt ist von einem sich verstärkenden Individualismus, verbunden mit zunehmender Kontaktarmut unter den Menschen, es wichtig und notwendig ist, aufeinander zuzugehen und einander zu helfen. Wir versuchen durch die Hilfeleistungen besonders für die notleidenden Menschen in Osteuropa einen Beitrag zu leisten für die Völkerverständigung. Wir sind davon überzeugt, daß durch die selbstlose Hilfe für den Nächsten das Verständnis für die Kultur, die Religionen die Eigenarten und Besonderheiten eines Landes wächst und das Aufeinanderzugehen unterstützt und verstärkt wird.

Unsere Arbeit soll auch dazu beitragen, daß die Ausdehnung der Europäisierung auf Osteuropa von den Menschen gespürt wird. Diejenigen, die nicht mehr in der Lage sind, sich selber zu helfen, müssen im Rahmen unserer Hilfe die Erfahrung machen können, daß sie nicht alleine gelassen werden, sondern daß sie durch die Solidargemeinschaft der Völker in Europa Unterstützung, Zuneigung, Akzeptanz erfahren.

Wir wollen mit unserem Engagement nicht nur dazu beitragen, daß die größte Not der bedürftigen Menschen gelindert wird, sondern wir möchten darüber hinaus helfen, daß die Menschen in die Lage versetzt werden, sich selbst zu helfen. Dazu bedarf es der Hilfe aller Beteiligten, die anderen Menschen helfen können.

Hierbei denken wir auch besonders an die öffentlichen Einrichtungen, die zunächst durch die Bereitstellung dieser Pflegeeinrichtungen in die Lage versetzt werden, arbeiten zu können. Die Weiterentwicklung, und damit sehr eng verbunden die Finanzierung der Dienste, kann nur gesichert werden, wenn die öffentliche Hand Hilfestellung leistet. Bei einigen Stationen ist das bereits in vorbildlicher Weise geschehen, für die übrigen wünschen wir uns eine ähnliche Unterstützung.

Unter diesem Gesichtspunkt war es für uns nur logisch und zwingend notwendig, unsere Arbeit fortzusetzen. Mit der Errichtung der ersten ambulanten Pflegestation in Kattowitz im Jahre 1996, gefördert durch die Bundesregierung und heutiger Finanzierung durch die Stadt Kattowitz, gelang uns der Einstieg in die Strukturhilfe in diesem Lande.

Im Jahre 1997 konnten wir als anerkannter Vertragspartner der Europäischen Union eine zweite Station in Kattowitz errichten. Diese Einrichtung wurde über einen Zeitraum von 2 Jahren durch die Europäische Union mit einem Gesamtbetrag von 200.000 Euro finanziert. Mit diesem Schritt konnten wir unser erstes europäisches Projekt in Polen in Betrieb nehmen. Es wurde eine Krankenpflegestation mit integrierter Tagespflegeeinrichtung sowie einer angeschlossenen Schulungseinrichtung für soziale Dienste eingerichtet.

Die Entwicklung der Strukturhilfe in Polen konnte im folgenden Jahr durch entstehende neue Kontakte zu der Bischof-Kaller Stiftung vorangetrieben werden. Mit der Förderung durch die Kaller-Stiftung wurde in Bischofsburg die erste Krankenpflegestation in Ostpreußen unter dem grünen Kreuz errichtet.

Im gleichen Jahr lernten wir Herrn Hinz kennen, der sich für die Errichtung einer Pflegestation in Preussisch Holland einsetzte. Auch dieses Vorhaben gelang. Die Station wird auch heute noch durch die Kreisgemeinschaft unterstützt.

Diese erfreuliche Entwicklung wurde in den folgenden beiden Jahren von anderen Kreisverbänden interessiert registriert und so konnten wir in den Jahren 1999 und 2000 mit Unterstützung der jeweiligen Stadt- oder Gemeindeverwaltungen aus Mitteln der Bundesregierung Stationen in Ortelsburg, Elbing Stadt und Elbing Land sowie Kleeberg errichten.

Ohne das Engagement und die Mitarbeit der Vertreter der deutschen Minderheiten wäre der Aufbau der bestehenden Stationen sehr schwierig geworden. Teilweise werden die tätigen Krankenschwestern aus Mitteln der Kreisgemeinschaften bezahlt. In anderen Fällen hat sich die Stadt bereit erklärt, die Kosten vollständig zu übernehmen. Es werden auch von der katholischen Kirche und verschiedenen Gemeinden kostenlos entsprechende Räumlichkeiten für die Arbeit der Schwestern zur Verfügung gestellt.

Jede Art von Unterstützung hilft uns und damit den Menschen, denen wir helfen wollen. Die Entwicklung der Stationen besonders hier in dieser Region wird fortgeführt. Zusammen mit den Vertretern der deutschen Minderheit werden wir in Rastenburg noch in diesem Jahr mit dem Betrieb einer weiteren Station beginnen. Gestern haben wir von der Bundesregierung die offizielle Zusage über die Bereitstellung der Finanzmittel erhalten und können beginnen.

\* \* \*



*Dr. Gisbert von Abercron stellt die Arbeit des Lazarus-Hilfswerks in den Oder-Neiße-Gebieten vor*

# **Działalność ośrodków opieki społecznej STOWARZYSZENIA NIESIENIA POMOCY św. ŁAZARZA w warunkach współdziałania związków wypędzonych jako część niemiecko-polskiego procesu porozumienia**

Wielce szanowny Panie Prezydencie Miasta,  
wielce szanowny Panie Hinz,  
moi Państwo,

przede wszystkim chciałbym serdecznie podziękować Panu, wielce szanowny Panie Hinz, za zaproszenie mnie na to spotkanie. Chętnie skorzystamy z tej okazji i poinformujemy Państwa o działalności naszej organizacji w Polsce, szczególnie tutaj w rejonie Warmii i Mazur, ze szczególnym podkreśleniem faktu ścisłej współpracy z różnymi związkami wypędzonych.

Prezentację tematu podzieliliśmy na dwie części. Pan Paweł Troszyński, Prezydent WOJEWÓDZKIEGO STOWARZYSZENIA NIESIENIA POMOCY św. ŁAZARZA poinformuje Państwa o organizacji pracy i konkretnych zadaniach, jakie stoją przed wszystkimi istniejącymi obecnie i działającymi w tym rejonie sześcioma ośrodkami opieki nad osobami chorymi.

Przedtem jednak chciałbym krótko przedstawić Państwu naszą organizację. Stowarzyszenie Niesienia Pomocy św. Łazarza w Niemczech zostało założone w roku 1971 przez niemieckich Rycerzy Zakonu św. Łazarza, który to zakon szczeni się już ponad 900-letnią tradycją.

Członkowie-założyciele Stowarzyszenia podchwycili pomysł, aby w formie stosownej dla naszych czasów, przywrócić szczytne cele tego chrześcijańskiego zakonu rycerskiego, o którym się także mówi jako o najstarszym zakonie zajmującym się opieką nad chorymi. Młodym ludziom należałoby stworzyć możliwość praktykowania cnót rycerskich oraz angażowania się w pracach Stowarzyszenia w dziedzinie rosnących zadań społecznych na rzecz tych najsłabszych ze słabych. Owe cnoty rycerskie symbolizuje ośmioramienny krzyż św. Łazarza. Także i w dzisiejszych czasach są to te wartości, za którymi się opowiadamy, czyli za:

wiarą, nadzieją, miłością, miłosierdziem, męstwem, sprawiedliwością, mądrością i umiarem.

Zakon św. Łazarza z Jerozolimy, jako jedyny zakon ekumeniczny, oraz Stowarzyszenie są otwarte dla wszystkich ludzi, którzy reprezentują różne Kościoły chrześcijańskie, i którzy są gotowi służyć ideałom rycerskim i celom Zakonu. Na całym świecie Zakon i jego różnorodne organizacje pomocnicze nadal zajmują się niesieniem pomocy i wspieraniem ludzi chorych na trąd. W trakcie wielu lat swojej działalności rozszerzył on swoją działalność o pomoc na rzecz ludzi starych i chorych. W tych krajach, w których Zakon jest reprezentowany, podejmowane są najprzeróżniejsze projekty. Można wymienić wśród nich takie, jak: udzielanie wsparcia przytulkom dla starców, oferowanie różnych form opieki medycznej, jak np. ruchoma opieka dentystryczna, opieka nad dziećmi z ulicy, bezdomnymi i biednymi, pomoc dla chorych i niepełnosprawnych, prowadzenie szpitali, domów starców i domów opieki, udział w akcjach ratunkowych i akcjach niesienia pomocy ofiarom katastrof na całym świecie, szkolenie i wspieranie ratowników, którzy są zaangażowani w wymienionych wyżej projektach itd.

A teraz pozwólcie Państwo, że zajmę Waszą uwagę zagadnieniem związanym z długoletnim rozwojem akcji niesienia intensywnej pomocy przez Stowarzyszenie i Zakon na terytorium Polski.

Pierwsze akcje niesienia pomocy przez naszą organizację na rzecz społeczeństwa polskiego miały miejsce w roku 1981. W okresie od 1981 do 1986 roku ponad 300 razy przewoziliśmy naszymi dwoma

20-tonowymi samochodami ciężarowymi artykuły żywnościowe i lekarstwa, głównie na Śląsk, ale także do Warszawy i Gdańska. W tym czasie nasze ciężarówki jeździły do Polski niemal co tydzień. Po roku 1986 dostarczaliśmy głównie drogie lekarstwa i materiały. Ich rozdziałem dla potrzebujących w tym kraju zajęły się Kościół katolicki oraz apteki dla ubogich.

Długoletnia współpraca z Kościołem katolickim, z innymi czynnie działającymi organizacjami zajmującymi się niesieniem pomocy oraz ludźmi gotowymi spieszyć z pomocą, doprowadziła do zawiązania się przyjaźni między ludźmi i przyczyniła się do powstania głębokich więzów zaufania. Wszystkim nam dane było doświadczyć, że oto w dzisiejszych czasach, charakteryzujących się zwiększającym się coraz bardziej indywidualizmem, który jest z kolei powiązany z coraz większym ubóstwem w nawiązywaniu kontaktów między ludźmi, jest rzeczą ważną i konieczną, aby zbliżać się do siebie i nawzajem sobie pomagać. Dzięki akcjom pomocy skierowanym dla tych ludzi w Europie Wschodniej, którzy cierpią biedę, staramy się wносить wkład na rzecz porozumienia między narodami. Jesteśmy przekonani, że, dzięki bezinteresownej pomocy świadczonej bliźniemu, wzrasta zrozumienie dla kultury, religii, odrębności i specyfiki danego kraju oraz że działanie to służy wspieraniu i umacnianiu wzajemnych kontaktów.

Nasza praca powinna się przyczynić także do tego, aby ludzie mogli odczuwać efekty rozszerzenia procesu europeizacji na obszary Europy Wschodniej. Ci, którzy nie są już w stanie pomóc sobie sami, muszą mieć przeświadczenie, że nie zostaną pozostawieni samemu sobie, lecz, że dzięki solidarności narodów w Europie, doświadczą wsparcia, sympatii i akceptacji.

Naszym zaangażowaniem chcemy przyczynić się nie tylko do tego, aby złagodzić wielkie cierpienie ludzi znajdujących się w potrzebie, lecz także chcielibyśmy dać tym ludziom możliwość pomagania samym sobie. Aby zrealizować ten cel niezbędna jest pomoc wszystkich tych zainteresowanych, którzy mogą pospieszyć z pomocą innym.

W szczególności mamy tu na myśli instytucje użyteczności publicznej, które, dzięki oddaniu do użytku ośrodków opieki społecznej, znajdują się w takiej sytuacji, że będą mogły dalej pracować. Dalszy rozwój i ściśle z nim związane finansowanie służb, można zapewnić tylko wówczas, gdy pomoc będzie świadczona przez sferę publiczną. W przypadku niektórych ośrodków niesienia pomocy sprawa ta zakończyła się już sukcesem, w pozostałych przypadkach życzylibyśmy sobie podobnego wsparcia.

Z tego punktu widzenia było dla nas rzeczą logiczną i konieczną, aby nasza praca była kontynuowana. Wraz z wybudowaniem w roku 1996 w Katowicach pierwszego ambulatoryjnego ośrodka opieki społecznej, przy wsparciu udzielonym przez rząd Republiki Federalnej Niemiec oraz dzięki bieżącemu finansowaniu przez Miasto Katowice, udało nam się znaleźć swoje miejsce w strukturze instytucji świadczących pomoc w tym kraju.

W roku 1997, będąc już uznanym partnerem Unii Europejskiej, zdołaliśmy wybudować kolejny ośrodek w Katowicach. Był on finansowany przez okres 2 lat przez Unię Europejską, w kwocie ogólnej wynoszącej 200.000 Euro. Tym samym udało nam się uruchomić nasz pierwszy projekt europejski w Polsce. Urządziliśmy ośrodek opieki chorych ze zintegrowanym oddziałem opieki dziennej oraz połączonym obiektem szkoleniowym dla służb socjalnych.

Rzeczony rozwój pomocy strukturalnej w Polsce był kontynuowany w następnym roku, dzięki nawiązywaniu nowych kontaktów z fundacją biskupa Kallera. Dzięki wsparciu ze strony tej fundacji zbudowano w Biskupcu (Bischofburg) pierwszy w Prusach Wschodnich ośrodek opieki nad chorymi pod znakiem Zielonego Krzyża.

W tym samym roku poznaliśmy Pana Hinza, który był zaangażowany w budowę ośrodka opieki społecznej w Pasłęku (Preußisch Holland). Również i to zamierzenie się powiodło. Ośrodek do dzisiaj jest wspierany przez wspólnotę powiatową.

Ten pomyślny rozwój z zainteresowaniem został odnotowany w dwu kolejnych latach przez inne związki powiatowe, i dzięki temu w latach 1999 i 2000, przy wsparciu bądź to władz każdego z miast bądź władz powiatowych, udało nam się zbudować ze środków rządu federalnego ośrodki opieki społecznej w (Ortelburg), Mieście Elblągu (Elbing-Stadt), Powiecie Elbląg (Elbing Land) i (Kleberg). Bez zaangażowania i współpracy przedstawicieli mniejszości niemieckiej budowa istniejących obecnie ośrodków byłaby bardzo trudna. Zatrudnione tam pielęgniarki są opłacane częściowo ze środków wspólnot powiatowych. W innych przypadkach władze miejskie zgłaszały gotowość całkowitego ponoszenia kosztów. Kościół katolicki i szereg gminy przekazały bezpłatnie do dyspozycji siostr odpowiednie pomieszczenia.

Każdy rodzaj wsparcia oznacza dla nas pomoc, a tym samym pomoc dla ludzi, którym chcemy pomagać. Prace związane ze wznoszeniem ośrodków, szczególnie w tym regionie, są kontynuowane. Wraz z przedstawicielami mniejszości niemieckiej jeszcze w tym roku uruchomimy w (Rastenburg) kolejny ośrodek. Wczoraj otrzymaliśmy od rządu federalnego oficjalną obietnicę dotyczącą przeznaczenia odpowiednich środków finansowych, dzięki czemu możemy zaczynać.



*Experten zum Thema Sozialstationen in Ostpreußen (v. l.) Bernd Hinz, Pawel Troszynski, Dr. Gisbert v. Abercron, Dr. Andreas v. Block-Schlesier*

# **Dr. Andreas v. Block-Schlesier**

**Generalbevollmächtigter der Johanniter bei der Europäischen Union  
und Generalsekretär von Johanniter International  
Pełnomocnik Generalny Zakonu Johannitów przy Unii Europejskiej  
i Sekretarz Generalny Międzynarodowego Zakonu Johannitów**

## **Die soziale Arbeit der Johanniter im Gebiet der Republik Polen unter besonderer Berücksichtigung der Sozialstationen in Ostpreußen**

Meine Damen und Herren,

die Landsmannschaft Ostpreußen hatte den ehrenamtlichen Präsidenten der Johanniter-Unfall-Hilfe, Wilhelm Graf Schwerin, zu diesem Vortrag eingeladen. Er hat mich dann gebeten, diesen Auftrag zu übernehmen, und Sie haben zugestimmt, daß ich hier vor Ihnen berichten möge. Ich danke für diese Gelegenheit und die fürsorgliche technische Betreuung sehr herzlich!

Das Thema lautet gemäß Programm: „Die Arbeit der Johanniter-Sozialstationen unter Mitwirkung deutscher Vertriebenenverbände auf dem Gebiet der Republik Polen“. Ich darf mir erlauben, über die sozialen Aktivitäten der Johanniter in Polen zu berichten, insbesondere natürlich hier in Elbing über die Sozialstationen in Ostpreußen, gleichzeitig auch über Zukunftsperspektiven für diese Arbeit aus deutscher und europäischer Sicht. Was ich nicht im einzelnen übersehe, ist die Mitwirkung der Vertriebenenverbände an diesen Johanniter-Aktivitäten. Diese Mitwirkung kennen Sie besser als ich, denn es besteht zweifellos eine hohe Identität zwischen den hier in Ostpreußen aktiv gewordenen Johannitern und den Mitgliedern der Landsmannschaft, ohne das ich diese Verzahnung im einzelnen kenne. Ich gehe davon aus, daß sehr viele der engagierten Johanniter zugleich der Landsmannschaft angehören, andererseits sind junge Menschen beteiligt, die zuvor keinerlei persönliche oder familiäre Kontakte nach Ostpreußen hatten.

Zu meiner Person darf ich Ihnen kurz erläutern, weshalb der Vortrag mir zugefallen ist, obwohl ich viel weniger als andere in der aktiven Sozialarbeit hier in Ostpreußen gestanden habe. Ich habe mein gesamtes Berufsleben im Dienste von sozialen Organisationen verbracht, über zehn Jahre in Führungsfunktionen des Deutschen Roten Kreuzes, national und international, danach 13 Jahre als Bundesgeschäftsführer und Bundesvorstand der Johanniter-Unfall-Hilfe und seit über einem Jahr bin ich nun als Generalbevollmächtigter für den Johanniterorden und die Johanniter-Unfall-Hilfe nach Brüssel entsandt worden. Dort hatte ich u.a. auch den Auftrag, die in einer Reihe europäischer Staaten befindlichen Johanniter-Hilfswerke unter einem Dach zu organisieren, was inzwischen auch gelungen ist. Es gibt seit Mai 2001 einen europäischen Zusammenschluß mit den Namen „Johanniter International“, abgekürzt: JOIN, der aus Mitgliedern aus zehn Staaten besteht. Mein fachlicher Hintergrund ist in erster Linie eine Juristenausbildung, ich bin Rechtsanwalt mit einer Spezialisierung auf das humanitäre Völkerrecht, und habe im übrigen noch ein paar nützliche Dinge gelernt und abgeschlossen. Dem Johanniterorden habe ich bereits während meiner Tätigkeit für das Rote Kreuz angehört, und zwar der Pommerschen Genossenschaft, deren Konvent, also Vorstand, ich seit vielen Jahren angehöre.

Daß ich hier heute in Elbing stehen kann, verdanke ich, wie wir alle, dem Geschenk der Wende vor über einem Jahrzehnt. Ich war damals, wie gesagt, Bundesgeschäftsführer der Johanniter-Unfall-Hilfe mit Sitz in Bonn und zunächst mit allen verfügbaren Kräften damit befaßt, nach der Wende und noch vor der Wiedervereinigung die soziale Arbeit der Johanniter-Unfall-Hilfe auf dem Gebiet der damaligen DDR zu verankern. Dies ist uns mit großem Erfolg gelungen. Die Johanniter konnten in den neuen Bundesländern Strukturen errichten, die dem Volumen im ehemaligen Westdeutschland entsprechen, ja diese sogar übertreffen.

Ich erinnere mich an eine denkwürdige Veranstaltung in Schwerin im Jahre 1991. Ich habe mich damals als JUH-Bundesgeschäftsführer über den Stand unserer Aufbauarbeit in Mecklenburg-Vorpommern informiert. Zu unseren Vorstellungen gehörte es, das westdeutsche System der ambulanten medizinischen und pflegerischen Betreuung bedürftiger Menschen nach dorthin zu übertragen, konkret: Sozialstationen der Johanniter-Unfall-Hilfe zu errichten. Diese Aufbauarbeit erfolgte nach einem System der Patenschaften durch westdeutsche Verbände für die neuen Länder. Für Mecklenburg-Vorpommern hatte der JUH-Landesverband Schleswig-Holstein unter seinem damaligen Landesgeschäftsführer Wolf-Friedrich Graf Finckenstein übernommen. Dieser hatte für die Sozialstationen in Mecklenburg-Vorpommern Frau Ingeborg Wandhoff fachlich berufen. Mit diesen beiden Persönlichkeiten führte ich damals das Gespräch über die Möglichkeit, Sozialstationen dieser Art, wenigstens eine oder zwei, auch in Ostpreußen einzurichten, nach dem die uns allen in Erinnerung befindliche große Hilfsbedürftigkeit insbesondere verbliebener Deutscher dort schlagartig neu ins Bewußtsein gedungen war und nun erstmalig seit 1945 neue Hilfeleistungsmöglichkeiten aufgrund des politischen Wandels denkbar erschienen. Unsere damaligen Überlegungen und die Kooperation mit der preußischen Genossenschaft des Johanniterordens führten zur ersten Sozialstation in Sensburg. Ich darf die damals eingetretene Zäsur in der Möglichkeit Hilfe zu leisten, noch einmal deutlich machen:

Sie alle hier im Raum wissen höchstwahrscheinlich besser als ich von der unendlich mühsamen und großzügigen Hilfe, die aus Deutschland bis dahin in die ehemaligen deutschen Ostgebiete geleistet worden war. Die Johanniter hatten daran einen erheblichen Anteil. Wenn ich sage, „die Johanniter“, so muß ich dies präzisieren: Es waren Männer und Frauen die mit einem unvergleichlichen Engagement Hilfen in die ehemaligen deutschen Ostgebiete gebracht haben und die, soweit sie dem Johanniterorden oder Johanniter-Unfall-Hilfe angehörten, dafür auch die Möglichkeiten der Johanniter genutzt haben, also deren Transportkapazitäten, deren „Know-how“ in der humanitären Hilfe, deren engagierte ältere und junge Helfer. Es ist kein Zufall, daß engagierte Menschen häufig auch mehreren Organisationen angehören und das die Hilfe geleistet wurde über die verschiedensten Kanäle der Johanniter, des Roten Kreuzes, der Malteser, des Lazarus-Hilfswerks, natürlich der Kirchen, in Verbindung mit oder neben den gewaltigen Leistungen der Vertriebenenverbände.

So ist es auch ganz müßig zu unterscheiden, welche Organisation was geleistet hat. Aber wenn es, was ich nicht weiß, ein Buch über diese bewundernswürdige menschliche Arbeit noch nicht gibt, so sollte es geschrieben werden oder spätestens dann geschrieben sein, wenn Polen ein Mitglied der Europäischen Union ist und wenn damit innerhalb unserer europäischen Gesellschaft der Schlußstrich unter das Problem des sozialen Gefälles zwischen Polen und Deutschland gezogen werden kann. Ich würde mich persönlich sehr freuen, wenn ich in meiner heutigen Funktion in Brüssel noch dazu beitragen könnte, daß Mittel für die soziale Angleichung des Beitrittsgebiets Polen, insbesondere für diejenigen Anliegen zur Verfügung gestellt könnten, über die ich hier heute spreche. Die Entwicklungen geben Grund zur Hoffnung, ob hier in Ostpreußen oder in anderen Teilen Polens oder in den Staaten des Baltikums oder in Tschechien. Ich glaube, wir sind alle von der Hoffnung beseelt, daß die historische Vision Europa ein Erfolg wird. Und wenn wir die neueste Entwicklung in unserer Welt betrachten, erscheint es um so wichtiger, daß wir ein gemeinsames freies, soziales, abendländisches, wehrhaftes Europa wiedergewinnen, wie es dies in früherer Geschichte gegeben haben soll. Welch ein Gewinn ist es bereits, daß Polen und Deutsche in Zeiten des Weltterrorismus bereits seit geraumer Zeit NATO-Partner sind.



Ich hatte auf eine gewisse Zweispurigkeit der sozialen Aktivitäten der Johanniter hingewiesen. Die vier Genossenschaften des Johanniterordens aus den deutschen ehemaligen Ostgebieten konnten nach der Wende erstmalig beginnen, fest angesiedelte soziale Aktivitäten in Polen zu betreiben. Diese Aktivitäten deckten sich dann sehr stark mit den Aufgaben aus dem Spektrum der Johanniter-Unfall-Hilfe als deutsche Hilfsorganisation. So wurde die JUH daher von den Genossenschaften verstärkt mit Durchführungen befaßt und darüber hinaus auch direkt und selbständig tätig. Dies soll Sie nicht verwirren, denn es gibt nur einen Johanniterorden, aber dieser hat eben verschiedene Werke. Eins davon ist die JUH, andere sind die Krankenhäuser, die sie kennen, weitere die Johanniter-Schwesternschaft und die Johanniter-Hilfsgemeinschaften, die auch vor der Wende aktiv in die Hilfe für Polen eingebunden waren.

Mitte der 90er Jahre wurde deutlich, daß das neue Gesellschaftssystem in Polen, auch auf der uns bekannten Basis von Subsidiarität und Pluralität, den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, den Hilfsorganisationen, ja all denjenigen, die man heute auf Englisch als NGOs („non-governmental organizations“) bezeichnet, Tätigkeitsfelder zugestehen würde. Viele Organisationen haben diese Chance genutzt, um sich in Polen anzusiedeln bzw., so müßte man besser sagen, haben polnische Bürger gefunden, die den vielfältigen unterschiedlichen weltanschaulichen Ansätzen aus dem Spektrum unserer Pluralität auch in Polen zum Durchbruch verhelfen wollten. Pluralität bedeutet weltanschauliche Vielfalt: christlich, karitativ, sozial, auf der Basis privater Initiative. Subsidiarität bedeutet nach unserem deutschen Verständnis als ungeschriebenes Verfassungsprinzip, daß die private Initiative Vorrang hat vor dem staatlichen Eingriff. So gibt es heute in Polen Malteser und Johanniter und natürlich die christlichen Verbände, auch aus dem evangelischen Bereich ein polnisches Diakonisches Werk beispielsweise. Es gibt Aktivitäten des Arbeiter-Samariter-Bunds und vieler anderer und manche sind in ihren rechtlichen Strukturen bereits weiter entwickelt als die Johanniter, jedenfalls in den Organisationsformen, nicht unbedingt im Engagement, denn dieses ist doch für eine relativ kleine Organisation wie den deutschen Johanniterorden ganz enorm, und davon möchte ich nun ganz konkret berichten:

Ich darf Ihnen zunächst einmal einen Überblick über die bestehenden Johanniter-Stationen geben und werde dann auf einige Grundsatzfragen und Zukunftsüberlegungen zurück kommen. Heute, im Oktober 2001, sind in Polen 19 Johanniter-Sozialstationen aktiv. Darüber hinaus gibt es weitere von diesem System abweichende soziale Aktivitäten. Die größte Anzahl von Sozialstationen, nämlich zehn, befinden sich in Ost- und Westpreußen, in den Heimatgebieten der Preußischen Genossenschaft und der Genossenschaft Posen-Westpreußen des Johanniterordens, und zwar in den Orten Angerburg, Deutsch Eylau, Heilsberg, Hohenstein, Johannsburg, Lötzen, Mohrungen, Osterode, Sensburg und Marienburg.

Wie ich von Graf Eulenburg noch Ende September erfuhr, wird eine elfte Sozialstation soeben von der Posen-Westpreußischen Genossenschaft in Marienwerder/Kwidzyn eröffnet; diese Genossenschaft unterhält auch noch eine Sozialstation in Lodz. Die JUH betreut diese Stationen in Kooperation mit den Genossenschaften. Die Betreuung durch die JUH erfolgt durch deren Landesverband Nord in Kiel, dort wiederum durch den Kreisverband in Eutin. Lodz wird vom Landesverband Baden-Württemberg der JUH betreut. Vertragspartner auf polnischer Seite sind im Regelfall die Stadt und der Deutsche Verein vor Ort. Die jährlichen wiederkehrenden Kosten dieser Sozialstationen in Höhe von ca. DM 180.000,— werden durch Zuschüsse der genannten Genossenschaften und der Heimatkreisorganisationen getragen. Den Rest, mit über 50%, trägt die JUH. Nicht berücksichtigt sind dabei Reisekosten und die Kosten die bei den JUH-Dienststellen in Deutschland entstehen. Die gesamte Projektbetreuung aller genannten Stationen mit der gesamten dazugehörigen Logistik wird, wie erwähnt, bis auf Lodz, durchgeführt durch den Regionalverband Schleswig Holstein Süd/Ost in Eutin. Dort wird auch ein Zentrallager im Umfang von 1.300qm für diese Zwecke vorgehalten. Zum Sortieren und Palletieren arbeiten dort ständig zwei bis drei Hilfskräfte, um die regelmäßige und termingerechte Versorgung der Stationen sicherzustellen.

Ich nenne Ihnen sogleich – als Beispiele – einige Eckdaten der ersten und der zuletzt gegründeten Sozialstation. Zuvor möchte ich noch erwähnen, daß die beiden genannten Genossenschaften aus Gründen der Steuer- und Zollbestimmungen im März 1998 in Warschau die „Johanniter-Stiftung in Polen“ gegründet haben, deren Satzung mir Graf Eulenburg übersandte, falls dazu später Fragen bestehen. Insofern gibt es auch schon eine juristische Person. Welche Rechtsform für die Zukunft als Dach nötig und geeignet sein wird, ist von den Johannitern noch nicht abschließend entschieden. Ich hatte 1995 die Vereinsform empfohlen.

Erste Sozialstation war die in Sensburg, die am 12. November 1993 ihre Tätigkeit begann. Am 30. September 1995 fand übrigens dort der erste Rittertag, also die Versammlung der Mitglieder der Preußischen Genossenschaft des Johanniterordens, nach 1945 statt, und ich hatte die Ehre, den damaligen Herrenmeister des Johanniterordens, Wilhelm-Karl Prinz v. Preußen, mit dem Pkw dorthin fahren zu dürfen. Er hatte diesen Teil der Heimat nach über 50 Jahren erstmals wieder betreten. Seine Ansprache damals war für mich einzigartiges Erlebnis. Die Station heißt Johanniterstation Sensburg/Stacji Johannitow Mragowo. Sie existiert auf der Rechtsgrundlage eines in deutscher und polnischer Sprache ausgefertigten Vertrags, dessen Vertragspartner die deutsche JUH und der Deutsche Verein „Bärenlatze“ sowie die Gemeinde Sensburg sind. Träger ist die Stadt Sensburg. Die Personalausstattung besteht aus 1,5 Pflegekräften, die als freie Schwestern für die Johanniter tätig sind, einem zeitweilig tätigen Arzt, einem ehrenamtlich tätigen Ansprechpartner und einer weiteren Hilfskraft in Pauschalvergütung. Die Räumlichkeiten wurden mietfrei vom Johanniterorden zur Verfügung gestellt, die laufenden Betriebskosten trägt die JUH, diese hat auch die Einrichtung und einen Pkw zur Verfügung gestellt. Die Erstausrüstung wurde vom Bundesministerium des Innern getragen. Es erfolgen regelmäßige Kontrollen der Arbeit sowohl durch den deutschen Verein und einen Arzt des Sozialamts der Stadt, aber auch in der Folge der regelmäßigen Besuche durch den Patenverband in Deutschland. Jährlich sind ca. acht Versorgungsfahrten per Lkw mit Anhänger mit einem Ladegewicht von 10t erforderlich, die von JUH-Helfern aus Eutin durchgeführt werden.

Soweit Sensburg als erste Gründung von 1993 – und nun die letzte Station in Heilsberg mit dem Namen Johanniter-Station Heilsberg/Stacji Johannitow Lidsbark Warminski, die ihre Tätigkeit Ende Oktober 1998 aufgenommen hat. Die Rechtsgrundlage entspricht der in Sensburg, Träger ist die Stadt Heilsberg. Die Räumlichkeiten sind in diesem Fall mietfrei von der Stadt zur Verfügung gestellt und die laufenden Betriebskosten trägt ebenfalls die Stadt. Die JUH hat die Ersteinrichtung und einen Pkw gestellt, alles andere ist wie in Sensburg geregelt.

Meine Damen und Herren, falls zu den übrigen Sozialstationen in Ostpreußen bzw. Westpreußen Fragen bestehen, ich habe die Einzelheiten bei mir. Wenn der Landesverband Nord der JUH mir mitteilt, daß im letzten halben Jahr über 1.000 Dauer-Pflegepatienten betreut wurden, daß acht Material-Großtransporte stattfanden, daß Spendenmittel im Werte von DM 800.000,— und Co-Finanzierungsmittel in Höhe von DM 237.000,— erforderlich waren – dies nur für die bisher genannten Stationen – so können Sie sich die Leistungen über die Jahre hochrechnen, von den Personenleistungen haupt- und ehrenamtlich ganz zu schweigen.

Jeweils vier weitere Sozialstationen befinden sich in Pommern und Schlesien. In Pommern in den Orten Tychow, Cammin, Bad Polzin und Stolp, in Betreuung durch den Landesverband Nordrhein-Westfalen der JUH, und Unterstützung durch die Pommersche Genossenschaft. Beeindruckend sind die Zahlen, die mir Herr von Kleist-Retzow zu diesen Stationen übermittelte: Diese vier Stationen führten unter anderem im Jahr 2000 13.120 Hausbesuche und 6.676 registrierte Stationsbehandlungen durch. Weitere Details kann ich auf Wunsch mitteilen.

In Schlesien bestehen vier Sozialstationen in den Orten Breslau, Groß-Wartenberg, Waldenburg und Krummhübel, in Regie der Schlesischen Genossenschaft. Um auf Unterschiede hinzuweisen, darf ich einmal erwähnen, daß z.B. in Breslau der Vertrag, der die Rechtsgrundlage der Sozialstation bildet,

zwischen der Schlesischen Genossenschaft des Johanniterordens und der Breslauer Diözese der Evangelisch-Augsburgischen Kirche geschlossen worden ist, daß deswegen diese Sozialstation auch Stacji Diakoni Johannitow heißt – sie kennen ja auch neben der Bezeichnung Sozialstation die Bezeichnung Diakoniestation beim Diakonischen Werk. So ist es auch bei den anderen Sozialstationen der Schlesischen Genossenschaft geregelt. In die Schlesische Genossenschaft wurden inzwischen auch polnische Staatsbürger als Mitglieder aufgenommen, so daß nun auch polnische Mitglieder des deutschen Johanniterordens in Polen Führungsfunktionen als Johanniter übernehmen können.

Es ist sicherlich nicht allen von Ihnen bewußt, daß der deutsche Johanniterorden in Europa und sogar in Übersee verbreitet ist mit Mitgliedern, die zum deutschen Johanniterorden gehören. Z.B. gibt es eine Finnische Genossenschaft, eine Ungarische Genossenschaft usw. Polnische Mitglieder des deutschen Johanniterordens sind historisch neu. Ich erinnere mich noch daran, als ich den ersten polnischen Botschafter nach der Wende in der polnischen Botschaft in Köln Anfang der 90er Jahre besuchte und mir die Mitarbeiter dort die Frage stellten, was das Johanniterkreuz eigentlich für ein Symbol sei, ob es das gleiche Kreuz des Deutschen Ordens sei, der ja bekanntlich zum historischen polnischen Feindbild gehört, oder ob es sich um das Zeichen handele, welches auf den Flugzeugen der Luftwaffe und auf den Panzern der Wehrmacht angebracht gewesen sei.

Nachdem ich den katholischen Gesprächspartnern erläutern konnte, daß es sich dabei um das identische Zeichen der Malteser handele und das die heutigen Johanniter und Malteser aus dem gleichen 900 Jahre alten Krankenpflegeorden entstanden sind, waren meine Gesprächspartner schon damals der Auffassung, daß Johanniter in Polen willkommen seien, nicht zuletzt angesichts der tief verwurzelten christlich-abendländlicher Traditionen in Polen.

Neben den Sozialstationen gibt es weitere Johanniter-Aktivitäten, die ich nicht unerwähnt lassen möchte, z.B. in der Trägerschaft der Preußischen Genossenschaft sowie des Krankenhauses Osterode eine Palliativstation im Hause dieses Krankenhauses seit 1998 auf der Basis rein ehrenamtlicher Tätigkeit. Das Krankenhaus hat die Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung gestellt, die Station wurde von der Genossenschaft eingerichtet und mit einem Pkw ausgestattet. Es erfolgt ehrenamtliche Betreuung aus Deutschland. In Allenstein ist im übrigen vor einem Jahr – im Oktober 2000 – mit Unterstützung des Ordens eine Reha-Klinik, ein Neubau mit 32 stationären und zehn Tagespflegebetten entstanden, die auch ohne Unterstützung der deutschen Johanniter nicht existieren würde. Die Schlesische Genossenschaft unterhält in Breslau auch noch eine Hilfsstation für den Verleih von Pflegehilfsmitteln, die ebenfalls ohne die ehrenamtliche Unterstützung und Spenden aus Deutschland nicht existieren würde.

Ich möchte insgesamt für alle Einrichtungen an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, daß die Johanniter der Bundesregierung zu großem Dank verpflichtet sind, da in nahezu allen Fällen auf Antrag der JUH die Anschubfinanzierung von dort erfolgte. Wie segensreich könnte im sozialen Bereich gearbeitet werden, wenn es weitere Finanzierungsquellen gäbe, die solche Anschubfinanzierung zur Verfügung stellen würden. Anschubfinanzierungen in Höhe von DM 50, – oder DM 100.000, – können langjährige Aktivitäten auf den Weg bringen im Sinne der berühmten Formel von der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Und wenn der Weg von der Hilfe zur Selbsthilfe von Erfolg gekrönt ist, dann wird er auch für alle Zeiten ein Beitrag zur Völkerfreundschaft gewesen sein.

Meine Damen und Herren, es geht sicherlich nicht nur mir so, sondern vielen Bürgern, daß man bei Berichten über unglaubliche Verschwendungen in Deutschland daran denkt, was mit diesem Geld segensreiches hätte gemacht werden können. Vermutlich wird das so bleiben, nur werde ich mich nie daran gewöhnen können, da ich in meinem gesamten Berufsleben ständig bemüht war, Sponsoren für soziale Zwecke zu finden. Wenn man dann den Bericht des Bundes der Steuerzahler über Verschwendungen oder über sonstige Aufwendungen der Spaßgesellschaft liest, dann erschüttert mich das durchaus, wenn ich an den Bedarf an Hilfe denke.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu dem letzten Teil dieses Vortrags und möchte mich mit einigen Zukunftsüberlegungen befassen. Europa ist unsere Zukunft, und wenn es uns nicht gelingt, dieses Europa wie es gedacht ist auch zu realisieren – manches ist ja bereits in hervorragender Weise gelungen – dann wird es schwierig, Optimismus zu erhalten. Ich freue mich deswegen immer ganz besonders, wenn Zusammenarbeit von Kindern, Jugendlichen, Schülern und Studenten gefördert wird und möchte Ihnen auch berichten, daß im Mai diesen Jahres in Stolp die Helferguppe der Johanniter-Unfall-Hilfe einen Erste-Hilfe-Wettkampf veranstaltet hat, und daß es schon Gruppen der Johanniter-Jugend gibt. Andere Gruppen, z.B. aus Danzig, Köslin und auch aus Allenstein, haben teilgenommen wie z.B. Malteser oder Rot-Kreuz-Gruppen, und der Regionalverband Minden/Ravensberg der JUH als betreuender Verband hat zeitgleich einen Hilfsgütertransport nach Stolp geschickt. In diesem Transport waren auch die Materialtransporte für den Wettkampf, und Helfer haben geholfen, Verletztendarsteller zu schminken um realistische Verletzungen für den Wettkampf simulieren zu können. Die Stadt Stolp hat die Veranstaltung der Johanniter-Helferguppe unterstützt. Es gibt sicherlich noch viele ihnen auch bekannte Beispiele dieser Art. Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, daß es ja schließlich auch das Deutsch-Polnische Jugendwerk gibt, dessen Generalsekretär auch ein Johanniter ist.

Ich darf mich nun von diesen Einzelheiten etwas lösen und Sie drauf hinweisen, daß sich Polen ja im Zuge seiner Beitrittsvereinbarungen mit der Europäischen Union in einer Phase befindet, die in allen Bereichen zwingend Fortschritte in Polen erforderlich macht. So wurde auch mit einer Gesundheitsreform begonnen und alle Systeme, die wir insoweit in den europäischen Staaten haben, werden überprüft und übernommen oder angepaßt. Ich möchte diese Bereiche aus der Sicht einer Hilfsorganisation nur einmal kurz ansprechen.

Der Rettungsdienst ist darin enthalten, die Notfallrettung, der Krankentransport, die Luftrettung, der Katastrophenschutz und Zivilschutz, Bereiche die natürlich nach dem 11. September 2001 einen ganz neuen Stellenwert erhalten haben. Ich darf hier einmal erwähnen, daß ich mich mit der Frage des Zivilschutzes im Sinne der Genfer Abkommen auf der Ebene der deutschen Politik wie aber auch der europäischen im Zustand der Entmutigung befunden habe und als Rufer in der Wüste seit vielen Jahren, da wir ja permanent, unter welcher Regierung auch immer, die völlig normalen Schutzvorkehrungen seit der Wende reduziert hatten. Jetzt ist eine neue Wende eingetreten.

Jetzt, seit dem 11. September 2001, ist natürlich jeder klug, und jetzt sollen wieder mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Selbstverständlich brauchen wir einen staatenübergreifenden Bevölkerungsschutz in Europa, selbstverständlich brauchen wir viel mehr Mittel und Personal um unsere Zivilbevölkerung gegen technische Unfälle, gegen Naturkatastrophen und wie wir endlich begriffen haben, gegen Terrorismus nachhaltiger zu schützen als in der Vergangenheit. Aber ich nenne auch die Ausbildung in der Ersten Hilfe, oder die Altenpflege, ich nenne die sozialen Dienste, die ambulante Pflege oder den Hausnotrufdienst, die stationäre Pflege und auch die Krankenhäuser. Auch ist sehr interessant, wie sich die juristischen Grundlagen all dieser Dinge entwickeln werden, soweit private Träger tätig sind. Wird man das Vereinsrecht anwenden? Wird man das GmbH-Recht anwenden? Wie werden die steuerrechtlichen Verhältnisse in Polen sein, wird es so etwas geben wie die deutsche Gemeinnützigkeit nach der Abgabenordnung? Was wird kompatibel sein? Alles muß sich in vernünftiger Form entwickeln, damit es kein Gefälle gibt.

Aber ist es nicht auch ein Grund für Dankbarkeit, daß in äußerst lobenswerter Weise polnische Frauen in Deutschland Krankenpflegeaufgaben in Privathaushalten übernommen haben, für die sich deutsches Personal leider Gottes nicht findet? Statt diese Entwicklung unter dem hier ganz untergeordneten Gesichtspunkt des Arbeitsrechts zu kritisieren, wie dies einige tun, würde ich eher Ehrungen für solche dienstbereiten und aufopferungsvollen Menschen aus Polen vorschlagen, die in Deutschland für ein Gehalt pflegerische Arbeiten tun, für die man in Deutschland niemanden bekommt, obwohl eine gute Bezahlung angeboten wird. Auch in diesem Bereich muß man darüber nachdenken, wie nach der Erweiterung der Europäischen Union, wenn unbeschränkte Aufenthalts- und Arbeitser-

laubnisse möglich sein werden, diese Situation im besten Sinne für die Menschen weiterentwickelt werden kann. Wie ich höre, denkt eine große bayerische Partei bereits an die systematische Anwerbung von Pflegepersonal aus Polen.

Unter dem europäischen Aspekt ist die Frage von recht grundsätzlicher Bedeutung, ob sich das deutsche System des Vorrangs der Privatinitiative vor der des Staates durchsetzen wird, ob es erhalten werden kann, oder ob Private nicht gegenüber Regierungsorganisationen am Ende das Nachsehen haben werden. So ist vor kurzem die Forderung nach einem Europäischen Friedenskorp unterhalb der Schwelle des Militärs erhoben worden, ohne daß ich bis heute erkennen konnte, ob in diesem Zusammenhang an eine rein staatliche Einrichtung gedacht ist oder ob auch private Organisationen daran beteiligt sein sollen. Hier gilt es, für unser deutsches Selbstverständnis, auch Bundesgenossen in Polen zu finden, damit die privaten und ehrenamtlichen Kräfte ihren Stellenwert behalten. Vielleicht trägt die Entwicklung seit dem 11. September 2001 ja auch in soweit zu einem vernünftigen Nachdenken bei.

Abschließend darf ich noch mitteilen, daß ich in Kürze in Brüssel mit der beim Erweiterungskommissar Günter Verheugen für Polen zuständigen Persönlichkeit ein Gespräch darüber führen darf, wie weit die Europäische Union auch die soziale Angleichung bis zum Beitritt und ggf. auch danach im Sinne der hier geschilderten Arbeit der Johanniter fördern kann. Bei der Hochwasserkatastrophe vor wenigen Wochen in Polen konnten die Johanniter Zuschüsse für ihre Hilfeleistungen aus Mitteln der Europäischen Union aus rechtlichen Gründen leider nicht erhalten. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, bis zum Beitritt müssen noch viele Fragen geklärt werden, wie wir und unsere polnischen Freunde wissen. Möge auch dieser Kongreß zugunsten unserer guten gemeinsamen Zukunft dazu beitragen.

Herzlichen Dank für Ihr Interesse und Ihre Geduld. Alles Gute für die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen und die deutsch-polnische Freundschaft!

\* \* \*



*Dr. Andreas von Block-Schlesier: „Bis zum Beitritt Polens müssen noch viele Fragen geklärt werden.“*

# **Działalność społeczna Zakonu Johannitów na terenie Rzeczypospolitej Polski ze szczególnym uwzględnieniem ośrodków pomocy społecznej w Prusach Wschodnich**

Szanowni Państwo,

Do wygłoszenia tego wykładu Ziomkostwo Prus Wschodnich zaprosiło honorowego Prezydenta Akcji Niesienia Pomocy na rzecz Ofiar Wypadków Zakonu Johannitów, Wilhelma Graf Schwerin. Poprosił mnie on wówczas, abym przejął to zadanie, zaś Państwo wyraziliście na to zgodę. Serdecznie dziękuję za tę okoliczność i za troskliwą opiekę techniczną!

Zgodnie z programem, temat brzmi: „Działalność Ośrodka Opieki Społecznej Zakonu Johannitów na terenie Rzeczypospolitej Polski przy współdziałaniu niemieckich związków wypędzonych”. Pozwolę sobie poinformować Państwa o działalności społecznej Zakonu Johannitów w Polsce, w szczególności oczywiście tu w Elblągu, o ośrodkach pomocy społecznej w Prusach Wschodnich, a jednocześnie o perspektywach dotyczących przyszłości tej działalności z niemieckiego i europejskiego punktu widzenia. Nie będę się zajmował w szczegółach współdziałaniem związków wypędzonych w działalności Zakonu Johannitów. To współdziałanie znacie Państwo lepiej ode mnie, ponieważ bez wątpienia tutaj w Prusach Wschodnich istnieje wysoki stopień identyfikowania się aktywnej działających Johannitów i z członkami ziomkostwa. Ja nie znam w szczególności tych zagadnień. Wychodzę z założenia, że wielu zaangażowanych Johannitów należy jednocześnie do ziomkostwa, z drugiej zaś strony biorą w tym udział ludzie młodzi, którzy przedtem nie mieli jakichkolwiek powiązań osobistych lub rodzinnych z Prusami Wschodnimi.

Co do mojej osoby, pozwolę sobie Państwu krótko wyjaśnić, dlaczego ten wykład przypadł w udziale właśnie mnie, mimo że do aktywnej pracy społecznej tu w Prusach Wschodnich przyznawałem się o wiele mniej niż inni. Całe moje życie zawodowe spędziłem w służbie organizacji społecznych, ponad dziesięć lat sprawowałem funkcję kierowniczą w organizacji Niemieckiego Czerwonego Krzyża, zarówno w strukturach narodowych jak i międzynarodowych, następnie przez 13 lat byłem Dyrektorem Federalnym i członkiem Zarządu Federalnego Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów i od ponad jako pełnomocnik generalny Zakonu Johannitów oraz Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów jestem delegowany do Brukseli. Do moich zadań należało tam m.in. skoordynowanie działalności przedstawicielstw Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów funkcjonujących w wielu państwach europejskich, co też w międzyczasie się dokonało. Od maja 2001 r. istnieje europejskie zjednoczenie pod nazwą „Johanitter International”, w skrócie: JOIN, w skład którego wchodzi członkowie, pochodzący z dziesięciu państw. Mój obszar specjalizacji to w pierwszym rzędzie szkolenie prawników, jako że jestem adwokatem specjalizującym się w humanitarnym prawie narodów, a poza tym uczyłem się i ukończyłem jeszcze kilka innych pożytecznych dziedzin. Do Zakonu Johannitów należałem już podczas mojej działalności na rzecz Czerwonego Krzyża we Wspólnocie Pomorskiej. Do jej Konwentu, a więc Zarządu, należą od wielu lat.

Fakt, że mogę dzisiaj stanąć tu w Elblągu, zawdzięczam, jak i my wszyscy, prezentowi okresu przełomu sprzed ponad dziesięciu lat. Byłem wówczas, jak już wspominałem, pełnomocnikiem generalnym Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów z siedzibą w Bonn i początkowo wszystkimi dostępnymi siłami, zaraz po nastaniu przełomu a jeszcze przed ponownym zjednoczeniem Niemiec, starałem się zakotwiczyć działalność społeczną Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów na terenie ówczesnej NRD. Wysiłki te zostały uwierzczone ogromnym sukcesem. Członkom Zakonu Johannitów udało się w nowych krajach związkowych Niemiec stworzyć struktury, które swoją wielkością odpowiadały strukturalom w dawnych Niemczech Zachodnich, a nawet je przewyższyły.

Przypominam sobie pamiętne spotkanie w Schwerinie w roku 1991. Jako pełnomocnik generalny Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów zasięgałem wówczas informacji na temat stanu naszej twórczej pracy w Meklemburgii-Przedpomorzu. Jednym z naszych zadań było przeniesienie tam zachodnioniemieckiego systemu ambulatoryjnej opieki medycznej i sanitarnej dla ludzi potrzebujących pomocy, a konkretnie: stworzenie ośrodków opieki Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów. Ta twórcza praca przebiegała w oparciu o system patronatu sprawowanego przez organizacje zachodnioniemieckie w nowych krajach związkowych. Meklemburgią-Przedpomorzem zajął się Krajowy Związek Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów w Schlezwiku-Holsztynie pod kierownictwem swojego ówczesnego Dyrektora Krajowego Wolfa-Friedricha Grafa Finckensteina. Ten z kolei powołał dla ośrodków społecznych w Meklemburgii-Przedpomorzu specjalistkę, panią Ingeborg Wandhoff. Z tymi dwiema osobami przeprowadziłem wówczas rozmowę na temat możliwości wybudowania tego typu ośrodków pomocy społecznej, przynajmniej jeden lub dwa, również w Prusach Wschodnich. Miało to miejsce po tym, jak nagle utkwiała nam wszystkim w pamięci wielka potrzeba udzielenia pomocy, w szczególności zamieszkałym tam Niemcom. Po raz pierwszy od roku 1945 pojawiła się możliwość pospieszenia z pomocą, w związku z ówczesnymi zmianami politycznymi. Nasze przemyślenia i kooperacja ze Wspólnotą Pruską Zakonu Johannitów doprowadziły do powstania pierwszego ośrodka pomocy społecznej w Mrągowie (Sensburg). Niech mi będzie wolno jeszcze raz wskazać na zaistniałą wówczas cezurę w sprawie możliwości świadczenia pomocy:

Wszyscy tutaj zebrani wiedzą prawdopodobnie lepiej niż ja o tej nieskończenie mozolnej i wspaniałomyślniej pomocy, jaka nadeszła wtedy z Niemiec na byłe tereny niemieckie na Wschodzie. Johannici mieli w tym swój znaczny udział. Mówiąc „Johannici” muszę to bardziej sprecyzować: byli to zarówno mężczyźni jak i kobiety, którzy z zaangażowaniem, w sposób nie dający się z niczym porównać, nieśli pomoc na byłe niemieckie tereny na Wschodzie, którzy należeli do Zakonu Johannitów lub Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów, którzy też korzystali z możliwości, jakimi dysponował Zakon, a więc z jego środków transportowych, jego „know-how” w niesieniu pomocy humanitarnej, jego zaangażowanych starszych i młodszych ratowników. To nie jest żaden przypadek, że zaangażowani ludzie często należeli do kilku organizacji, i że pomoc ta była świadczona z wykorzystaniem najprzeróżniejszych kanałów Zakonu Johannitów, Czerwonego Krzyża, organizacji Kawalerów Maltańskich, Akcji Niesienia Pomocy św. Łazarza, oczywiście kościołów, w połączeniu z lub obok ogromnych świadczeń ze strony związków wypędzonych.

Daremną rzeczą jest także rozróżnianie, która organizacja czego dokonała. Ale jeśli, czego nie wiem, nie ma jeszcze książki o tej godnej podziwu ludzkiej pracy, to takowa powinna zostać napisana, a już na pewno najpóźniej do czasu, kiedy Polska stanie się członkiem Unii Europejskiej, i kiedy w ten sposób, w ramach naszej europejskiej wspólnoty, będzie mógł zostać rozwiązany problem różnic społecznych między Polską a Niemcami. Osobiście bardzo bym się cieszył, gdybym, pełniąc moją obecną funkcję w Brukseli, mógł się przyczynić do tego, aby środki na dostosowanie Polski w dziedzinie spraw socjalnych, mogły być udostępnione w szczególności tym, o których tu dzisiaj mówię. Rozwój wypadków daje podstawy do tego, aby patrzeć w przyszłość z nadzieją, zarówno tu w Prusach Wschodnich, jak i w innych częściach Polski a także w państwach bałtyckich i w Czechach. Sądzę, że wszyscy jesteśmy przepojeni nadzieją, że historyczna wizja Europy zostanie uwieńczona sukcesem. Przyglądając się najnowszym wydarzeniom, jakie zachodzą na tym świecie, tym ważniejszym wydaje się być zadanie, abyśmy odzyskali wspólną, wolną Europę społeczeństw, żyjącą w kulturze Zachodu i jednocześnie zdolną do obrony, tak, jak to miało być w niedawnej przeszłości. To dobrze, że w czasach terroryzmu światowego Polacy i Niemcy są od dłuższego czasu partnerami w ramach NATO.

Wskazałem na pewnego rodzaju dwutorowość w działalności społecznej Zakonu Johannitów. Cztery wspólnoty Zakonu Johannitów z byłych niemieckich terenów wschodnich, po raz pierwszy od czasów przełomu ustrojowego, uzyskały możliwość zapoczątkowania stałej działalności społecznej w Polsce.

Działalność ta pokrywała się potem w bardzo dużym zakresie z zadaniami stojącymi przed Akcją Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów, będącą niemiecką organizacją niesienia pomocy. I tak Akcja Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów, wzmocniona przez wspólnoty, zajęła się realizacją swoich zadań, działając przy tym w sposób bezpośredni i samodzielnie. Nie powinno to Państwa mylić, ponieważ istnieje tylko jeden Zakon Johannitów, jednak ma on różne organizacje. Jedną z nich jest Akcja Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów. Inny przykład to szpitale, które Państwo znacie, kolejny to zakon sióstr Zakonu Johannitów i Wspólnota Niesienia Pomocy Zakonu Johannitów, które jeszcze przed dokonaniem się przełomu społecznego były w aktywny sposób włączone w dzieło niesienia pomocy dla Polski.

W połowie lat 90 stało się jasne, że nowy system społeczny w Polsce, w oparciu o znaną także i nam bazę subsydiowania i pluralizmu, przyznał Kościołom, organizacjom charytatywnym, organizacjom niesienia pomocy, wszystkim tym, których po angielsku określa się mianem NGOs („non-governmental organizations”), prawo do działania na określonych polach. Wiele organizacji skorzystało z tej szansy, aby osiedlić się w Polsce, względnie, aby to lepiej wyrazić, odnalazło tych obywateli polskich, którzy chcieli wspomóc zróżnicowane pod względem światopoglądowym inicjatywy, wywodzące się ze spektrum naszego pluralizmu, w celu dokonania przełomu społecznego także i w Polsce. Pluralizm oznacza różnorodność światopoglądową: pod względem chrześcijańskim, charytatywnym, społecznym, na bazie inicjatywy prywatnej. Subsydiowanie oznacza, w naszym niemieckim rozumieniu tego słowa, niepisaną zasadę konstytucyjną, że inicjatywa prywatna ma pierwszeństwo przed działaniem państwowym. I tak na przykład istnieją dzisiaj w Polsce zarówno Zakon Kawalerów Maltańskich jak i Zakon Johannitów oraz oczywiście związki chrześcijańskie, np. w Kościele ewangelickim polska Akcja Diakonów. Swoją aktywność wykazuje Związek Robotniczo-Samarytański i wiele innych, a niektóre z nich, w swoich strukturach prawnych, są już bardziej rozwinięte niż Zakon Johannitów, przynajmniej jeśli chodzi o struktury organizacyjne, niekoniecznie zaś o zaangażowanie, gdyż to w przypadku stosunkowo małych organizacji, jaką jest np. niemiecki Zakon Johannitów, jest ogromne i o tym właśnie chciałbym poinformować na konkretnych przykładach.

Pozwólcie Państwo, że najpierw dokonam przeglądu istniejących ośrodków Zakonu Johannitów a następnie zajmę się kilkoma zagadnieniami o znaczeniu podstawowym oraz zamierzeniami na przyszłość. Dzisiaj, w październiku 2001 r. działa w Polsce aktywnie 19 ośrodków opieki społecznej Zakonu Johannitów. Oprócz tego swoją aktywność społeczną wykazują inne struktury, niezależne od tego systemu. Najwięcej ośrodków opieki społecznej, a mianowicie dziesięć, znajduje się w Prusach Wschodnich i Zachodnich, na ziemi ojczystej Wspólnoty Pruskiej i Wspólnoty Poznańsko-Zachodniopruskiej Zakonu Johannitów, a mianowicie w takich miejscowościach jak (Angerburg), (Deutsch Eilau), (Heilsberg), (Hohenstein), (Johannisburg), (Lötzen), (Mohrungen), (Osterode), Mrągowo (Sensburg) i (Marienburg).

Jak dowiedziałem się pod koniec września od hrabiego Eulenburga, w Kwidzynie / Marienwerder otwierany jest właśnie przez Wspólnotę Poznańsko-Zachodniopruską jedenasty ośrodek opieki społecznej; Wspólnota prowadzi także ośrodek opieki społecznej w Łodzi. Zakon Johannitów opiekuje się tymi ośrodkami w kooperacji ze wspólnotami. Opieka ze strony Zakonu Johannitów jest realizowana poprzez Związek Krajowy Północ w Kilonii (Landesverband Nord in Kiel), a z kolei tam przez Związek Powiatowy (Kreisverband) w Eutin. Łódź jest objęta opieką przez Związek Krajowy Badenia-Wirtembergia (Landesverband Baden-Württemberg) Zakonu Johannitów. Partnerami ze strony polskiej są z reguły władze miejskie i Związek Niemiecki (Deutscher Verein), który działa na miejscu. Roczne koszty utrzymania tych ośrodków w wysokości ok. DM 180.000, — są pokrywane z subwencji, pochodzących od wymienionych wspólnot oraz regionalnych organizacji powiatowych (Heimatkreisorganisationen). Resztę, w wysokości ponad 50%, ponosi Zakon Johannitów. Nie uwzględniono przy tym kosztów podróży oraz kosztów, które są związane z funkcjonowaniem placówek Zakonu Johannitów w Niemczech. Opieka nad wszystkimi wymienionymi ośrodkami wraz ze związaną z



nimi logistyką, poza Łodzią, jest realizowana, jak wspomniano, poprzez Związek Regionalny Szlezwiku-Holsztyna Południe/Wschód w Eutin. Dla tych celów jest tam utrzymywany magazyn centralny, zajmujący powierzchnię 1300 m kwadratowych. Przy sortowaniu i paletowaniu pracują tam na stałe dwie do trzech osób, aby w ten sposób zapewnić regularne i terminowe zaopatrzenie ośrodków.

Podam Państwu teraz – jako przykłady – kilka istotnych danych dotyczących pierwszego i ostatniego założonego ośrodka pomocy społecznej. Przedtem jeszcze chciałbym nadmienić, że obydwie wymienione wspólnoty, ze względów podatkowych i celnych, na wypadek, gdyby w późniejszym czasie miały wystąpić jakieś problemy, założyły w marcu 1998 roku w Warszawie „Fundację Zakonu Johannitów w Polsce”, której statut przesłał mi hrabia Eulenburg. Forma prawna już istnieje. Zakon Johannitów nie zdecydował jeszcze w sposób ostateczny, jaka forma prawna będzie potrzebna i odpowiednia w przyszłości jako stopień nadrzędny. W roku 1995 zaproponowałem formę stowarzyszenia.

Pierwszym ośrodkiem opieki społecznej był ośrodek w Mrągowie (Sensburg), który rozpoczął swoją działalność 12 listopada 1993 roku. Nawiasem mówiąc, 30 września 1995 roku, odbył się tam pierwszy po 1945 roku zjazd Johannitów, czyli zebranie członków Wspólnoty Pruskiej Zakonu Johannitów, a ja miałem zaszczyt zawieźć tam samochodem ówczesnego Mistrza Zakonu Johannitów, Wilhelma-Karla Księcia Pruskiego. Po raz pierwszy po ponad 50 latach znalazł się on ponownie w tej części ojczyzny. Jego przemówienie było wtedy dla mnie niepowtarzalnym przeżyciem. Ośrodek nosi nazwę Stacja Johannitów Mrągowo i istnieje w oparciu o podstawy prawne umowy, sporządzonej w języku niemieckim i polskim, której stronami są niemiecki Zakon Johannitów i Związek Niemiecki „Bären-tatze”, jak również Gmina Mrągowo. Przedstawicielem jest Miasto Mrągowo. Personel składa się z 1,5 opiekunów, którymi są pracujące dla Johannitów siostry, okresowo pracującego lekarza, społecznie pracującego przedstawiciela zajmującego się utrzymywaniem kontaktów i jednej osoby do pomocy, która otrzymuje wynagrodzenie zryczałtowane. Pomieszczenia udostępnił Zakon Johannitów, nie pobierając czynszu, bieżące koszty utrzymania ponosi Akcja Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów, która udostępniła także wyposażenie i samochód osobowy. Koszty pierwotnego wyposażenia poniosło Federalne Ministerstwo Spraw Wewnętrznych. Na bieżąco są przeprowadzane kontrole działalności ośrodka, zarówno przez Związek Niemiecki i lekarza Wydziału Socjalnego Urzędu Miasta, jak i przez związek patronacki z Niemiec, w ramach regularnych wizyt. Co roku trzeba przeprowadzić ok. 8 transportów z zaopatrzeniem, wykorzystując samochody ciężarowe z przyczepą o ciężarze ładunku wynoszącym 10 ton. Wykonują je członkowie Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów z Eutin.

Mrągowo było pierwszym miastem, w którym w roku 1993 założono ośrodek pomocy, natomiast Lidzbark Warmiński jest ostatnim z nich. Tamtejszy ośrodek podjął swoją działalność pod koniec października 1998 roku. Nosi on nazwę Stacji Johannitów Lidzbark Warmiński / Johanniter Station Heilsberg. Podstawa prawna jego działalności odpowiada tej, jaka obowiązuje w Mrągowie, przedstawicielem jest Miasto Lidzbark Warmiński. Pomieszczenia udostępnił w tym przypadku Urząd Miasta, nie żądając za nie czynszu. Również Urząd Miasta ponosi bieżące koszty utrzymania. Akcja Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów dostarczyła pierwsze wyposażenie oraz samochód osobowy, wszystkie pozostałe sprawy zostały uregulowane w taki sam sposób, jak w Mrągowie.

Szanowni Państwo, jeśli jesteście zainteresowani informacjami o pozostałych ośrodkach pomocy społecznej w Prusach Wschodnich względnie w Prusach Zachodnich, to chętnie je Państwu prześlę, gdyż mam na ich temat szczegółowe dane. Jeśli powiem, powołując się na dane przekazane mi przez Związek Krajowy Północ Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów, że w ostatnim półroczu objęto opieką ponad 1.000 pacjentów wymagających stałej opieki, że wykonano osiem dużych transportów towarowych, że niezbędne były środki finansowe pochodzące ze składek,

których wartość wyniosła DM 800.00, – i środki z tytułu współfinansowania w wysokości DM 23700, – - i to wszystko tylko dla wymienionych do tej pory ośrodków – to, przemyślając to wszystko przez ilość lat, możecie sobie Państwo wyobrazić skalę tych świadczeń, nie wspominając w ogóle o świadczeniach osobowych, wykonywanych urzędowo lub społecznie.

Po cztery ośrodki opieki społecznej znajdują się na Pomorzu i na Śląsku. Na Pomorzu w miejscowościach Tychów, Kamień (Cammin), (Bad Polzin) i Słupsk (Stolp), pod pieczęcią Związku Krajowego Nadrenia-Westfalia Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów oraz przy wsparciu Wspólnoty Pomorskiej. Wrażenie robią liczby, które przekazał mi na temat tych ośrodków pan von Kleist-Retzow: w roku 2000 ich pracownicy przeprowadzili między innymi 13.120 wizyt domowych i przyjęli u siebie 6.676 zarejestrowanych osób. Dalsze szczegóły chętnie prześlę zainteresowanym.

Na Śląsku istnieją cztery ośrodki opieki społecznej w takich miastach, jak Wrocław, Syców (Groß Wartenberg), Wałbrzych (Waldenberg) i Karpacz (Krummhübel). Ośrodki te są pod zarządem Wspólnoty Śląskiej. Wskazując na różnice, chciałbym wspomnieć, że np. we Wrocławiu umowa, która stanowi podstawę prawną funkcjonowania ośrodka opieki społecznej, została zawarta między Wspólnotą Śląską Zakonu Johannitów a wrocławską diecezją Kościoła ewangelicko-augsburskiego i stąd też ośrodek ten nosi nazwę - Stacja Diakonu Johannitów – oprócz określenia „ośrodek pomocy społecznej” znane jest Państwu także określenie „Stacja Diakonu przy Akcji Pomocy Diakonu”. Podobne uregulowania obowiązują także w przypadku innych ośrodków opieki społecznej Wspólnoty Śląskiej. Do Wspólnoty Śląskiej przyjęto w międzyczasie jako członków także obywateli polskich, dzięki czemu funkcje kierownicze mogą przejmować teraz także polscy członkowie niemieckiego Zakonu Johannitów w Polsce.

Z pewnością nie wszyscy z Państwa o tym wiedzą, że niemiecki Zakon Johannitów jest rozproszony po całej Europie a nawet za Oceanem. Istnieją np.: Wspólnota Fińska, Wspólnota Węgierska itd. Z historycznego punktu widzenia polscy członkowie niemieckiego Zakonu Johannitów są członkami nowymi. Pamiętam, gdy na początku lat 90 odwiedziłem w Ambasadzie Polskiej w Kolonii pierwszego ambasadora polskiego, sprawującego swój urząd po dokonany przełomie ustrojowym, i gdy jego współpracownicy zadali mi pytanie, co w zasadzie symbolizuje krzyż Johannitów, czy jest to ten sam krzyż, co krzyż Zakonu Niemieckiego, czy też chodzi o znak, który był umieszczany na samolotach Luftwaffe i czołgach Wehrmachtu.

Po wyjaśnieniu moim katolickim rozmówcom, że w tym przypadku chodzi o znak identyczny ze znakiem Kawalerów Maltańskich, i że dzisiejsi Johannici i Kawalerowie Maltańscy pochodzą z tego samego 900-letniego zakonu, którego zadaniem jest opieka nad chorymi, stwierdzili oni, że Johannici są w Polsce mile widziani, i to nie tylko z powodu głęboko zakorzenionej w Polsce tradycji chrześcijańsko-zachodniej.

Obok ośrodków pomocy społecznej istnieją też inne rodzaje działalności Johannitów, których nie chciałbym pominąć, np. działalność przedstawicielstwa Wspólnoty Pruskiej oraz szpitala w Osterode, działalność stacji opieki paliatywnej w budynku tego szpitala od 1998 roku, w oparciu o działalność czysto społeczną. Szpital udostępnił pomieszczenia bezpłatnie, stacja została urządzona i wyposażona w samochód przez Wspólnotę. Opieka społeczna jest sprawowana z Niemiec. Nawiasem mówiąc, w Olsztynie (Allenstein) powstała przed rokiem – w październiku 2000 roku – przy wsparciu Zakonu Klinika Reha, nowy obiekt z 32 łózkami opieki stałej i dziesięcioma łózkami opieki dziennej, która nie istniałaby bez wsparcia niemieckich Johannitów. Wspólnota Śląska utrzymuje we Wrocławiu jeszcze jedną stację niesienia pomocy, zajmującą się wypożyczaniem środków pomocy, których również by nie było, gdyby nie wsparcie społeczne i datki z Niemiec.

W imieniu wszystkich tych instytucji chciałbym podkreślić fakt, że Johannici mają duży dług wdzięczności wobec Rządu Federalnego, ponieważ niemal każdy wniosek o finanse, kierowany przez Akcję Niesienia Pomocy Zakonu Johannitów, napotykał pozytywny oddźwięk. Błogosławioną byłaby sytuacja, gdyby można było pracować w sferze socjalnej, gdzie istniałyby dalsze źródła finansowania, które mogłyby przekazywać do dyspozycji tego rodzaju środki finansowe. Dofinansowania w wysokości DM 50,— lub DM 100.000,— mogą uruchomić długoletnią działalność w myśl znanej formuły o „świadczeniu pomocy po to, aby pomagać samemu sobie”. Jeśli droga od pomocy do pomagania samemu sobie jest ukoronowana sukcesem, wówczas po wszystkie czasy będzie ona stanowić istotny wkład do przyjaźni między narodami.

Szanowni Państwo, z pewnością nie tylko ja, ale i wielu innych obywateli czujemy się poruszeni, gdy dowiadujemy się o ewentualnych przypadkach niewiarygodnego marnotrawstwa w Niemczech. Zastanawiamy się wtedy nad tym, co dobrego można by było zrobić z takimi pieniędzmi. Prawdopodobnie nic się nie zmieni, lecz nigdy nie będę mógł się przyzwyczaić do takiej sytuacji, ponieważ podczas całego mojego życia zawodowego ciągle starałem się znajdować sponsorów dla celów społecznych. Gdy czyta się potem takie sprawozdanie związku podatników o marnotrawstwie lub wydatkach innych żartownisiów, wtedy czuję się tym wstrząśnięty i myślę o potrzebach związanych ze świadczeniem pomocy.

Szanowni Państwo, przechodzę do ostatniej części tego wykładu, w której chciałbym się zająć kilkoma przemyśleniami na temat przyszłości. Europa jest naszą przyszłością, i jeśli nie uda nam się urzeczywistnić tej Europy zgodnie z naszymi zamierzeniami – niektóre sprawy udało się już we wspaniały sposób zrealizować – wówczas będzie trudno zachować optymizm. Dlatego też cieszę się zawsze, szczególnie wtedy, gdy wspierana jest współpraca dzieci, młodzieży, uczniów i studentów, i chciałbym Państwa poinformować, że w maju tego roku, w Słupsku, grupa pomocników Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów urządziła zawody w udzielaniu pierwszej pomocy, i że istnieją już także grupy młodzieżowe Johannitów. W zawodach wzięły udział także inne grupy, np. z Gdańska, Koszalina, a także z Olsztyna, grupy Kawalerów Maltańskich lub Czerwonego Krzyża, a Związek Regionalny Minden/Ravensberg Akcji Niesienia Pomocy Ofiarom Wypadków Zakonu Johannitów, jako związek sprawujący opiekę, wysłał w tym samym czasie do Słupska, w ramach pomocy, transport towarów. W tym transporcie były m.in. materiały potrzebne do przeprowadzenia tych zawodów, natomiast pracownicy pomagali szminkować osoby pozorujące rannych. Miasto Słupsk udzieliło imprezie wsparcia. Jest z pewnością jeszcze wiele innych znanych Państwu przykładów tego rodzaju. Nie chciałbym też nie wspomnieć, że w końcu istnieje także Niemiecko-Polska Akcja Młodzieży, której sekretarzem generalnym jest także Johannita.

Pozwólcie Państwo, że pozostawię już te szczegóły i skieruję Państwa uwagę na to, że Polska, w trakcie dokonywania uzgodnień dotyczących przystąpienia do Unii Europejskiej, znajduje się w fazie, która wymaga, aby we wszystkich dziedzinach został koniecznie dokonany postęp. I tak np. rozpoczęto reformę służby zdrowia. Z kolei wszystkie systemy, jakie funkcjonują już w państwach europejskich, będą sprawdzone, przejęte lub dostosowane. Chciałbym nawiązać krótko do tych zagadnień z punktu widzenia organizacji niosącej pomoc.

Mieszczą się w tym służby ratunkowe, ratownictwo wypadkowe, transport chorych, ratownictwo powietrzne, służby ratownicze do działań na wypadek katastrof, obrona cywilna, dziedziny, które po 11 września 2001 roku zyskały zupełnie nowe znaczenie. Niech mi będzie wolno w tym miejscu nadmienić, że swego czasu zajmowałem się problemem obrony cywilnej w myśl Umowy Genewskiej, w odniesieniu do polityki niemieckiej, jak również europejskiej w sytuacji ogólnego zniechęcenia. Mój głos był niczym głos wołającego na pustyni od wielu lat, gdyż za każdym razem, niezależnie od tego, który rząd był u władzy, od czasu przełomu dokonywaliśmy redukcji zupełnie normalnych przedsięwzięć ochronnych. Teraz nadszedł czas na nowy zwrot.

Teraz, po 11 września 2001 roku, każdy jest oczywiście mądry, do dyspozycji ma być przekazanych więcej środków. Oczywiście potrzebujemy w Europie takiego systemu obrony społeczeństw, który będzie funkcjonował ponad granicami państw, oczywiście potrzebujemy o wiele więcej, niż w przeszłości, środków i kadr, aby w sposób trwały uchronić nasze cywilizowane społeczeństwa przed niszczącymi siłami natury i to, co wreszcie sobie uświadomiliśmy, przed terroryzmem. Chciałbym tu jednak także wspomnieć o szkoleniu w zakresie udzielania pierwszej pomocy, lub o opiece nad ludźmi starymi. Wymienię więc służby socjalne, opiekę ambulatoryjną lub pogotowie domowe na telefon, opiekę stacjonarną a także szpitale. Bardzo interesującym jest także i to, jak będą się rozwijać podstawy prawne we wszystkich tych dziedzinach, jeśli będą działać przedstawiciele prywatni. Czy będzie stosowane prawo związkowe? Czy będzie stosowane prawo spółek z ograniczoną odpowiedzialnością? Jakie będą przepisy prawno-podatkowe w Polsce, czy będzie istnieć coś na wzór niemieckiego „działania na rzecz dobra ogólnego”; zgodnie z ustawą podatkową? Co będzie kompatybilne? Wszystko musi się rozwijać w rozsądnej formie, aby nie dochodziło do żadnego zróżnicowania.

Ale czy nie jest to też powodem do wdzięczności, że w sposób nadzwyczaj godny pochwały kobiety polskie podejmują w Niemczech zadania, polegające na opiece nad osobami chorymi w ich prywatnych domach, dla których to osób, niestety, nie można znaleźć personelu niemieckiego? Zamiast krytykować ten stan rzeczy z zupełnie tu podporządkowanego punktu widzenia prawa pracy, co niektórzy czynią, proponowałbym, abyśmy raczej wyrażali szacunek dla tego typu ludzi z Polski, gotowych do służenia i pełnych poświęcenia, którzy wykonują w Niemczech pracę opiekunów i otrzymują za to wynagrodzenie. Do tej pracy w Niemczech nikogo się nie znajduje, mimo że proponowane jest dobre wynagrodzenie. Także i w tej dziedzinie należy się zastanowić nad tym, jak po rozszerzeniu Unii Europejskiej, kiedy to będą możliwe nieograniczone pozwolenia na pobyt i pracę, sytuacja ta będzie mogła być dalej rozwijana dla dobra ludzi. Zgodnie z tym, co słyszałem, jedna z dużych partii bawarskich zastanawia się już nad systematycznym pozyskiwaniem personelu opiekuńczego z Polski.

W aspekcie europejskim sprawa ta ma naprawdę podstawowe znaczenie, czy zwycięży niemiecki system pierwszeństwa inicjatywy prywatnej przed państwową, czy będzie mógł być zachowany, lub czy w końcu organizacje prywatne nie doznają zawodu w przeciwieństwie do organizacji rządowych. I tak niedawno przedstawiono żądanie utworzenia Europejskiego Korpusu Pokojowego, instytucji, która byłaby usytuowana poniżej progu wojskowego, mimo że do dzisiaj nie udało mi się dostrzec, czy w związku z tym myślano o instytucji czysto państwowej lub czy też mają w niej uczestniczyć także organizacje prywatne. Ważną rzeczą jest w tym miejscu to, aby dla naszego niemieckiego sposobu rozumowania spraw znaleźć sprzymierzeńców także w Polsce, po to, aby siły prywatne i społeczne zachowały swoje znaczenie. Być może rozwój wydarzeń po 11 września 2001 roku przyczyni się także do procesu rozsądnego myślenia.

Kończąc chciałbym jeszcze poinformować, że wkrótce w Brukseli będę miał okazję przeprowadzić rozmowę z pewną osobistością przy komisarzy do spraw rozszerzenia Unii Günterze Verheugenie, odpowiedzialną za sprawy polskie, na temat, jak daleko Unia Europejska będzie mogła wspierać opisywaną tu działalność Johannitów w aspekcie wyrównywania poziomu społecznego aż do chwili przystąpienia do Unii i ewentualnie potem. W związku z katastrofą związaną z powodzią w Polsce, jaka miała miejsce przed kilkoma tygodniami, Johannici ze względów prawnych nie mogli niestety uzyskać subwencji ze środków Unii Europejskiej na swoją działalność związaną z pomocą. Ale, szanowni Państwo, do chwili przystąpienia do Unii musi być jeszcze wyjaśnionych wiele spraw, o czym wiemy my i nasi polscy przyjaciele. Niech nasz kongres przyczyni się dla dobra naszej wspólnej pomyślnej przyszłości.

Serdecznie dziękuję za Państwa zainteresowanie i cierpliwość. Wszystkiego dobrego w działalności na rzecz Ziomkostwa Prus Wschodnich i na rzecz przyjaźni niemiecko-polskiej!

# HENRYK SLONINA

**Stadtpräsident der Stadt Elbing - Prezes miasta –Elbląg/prusy wschodnie**

## **Aktuelle kommunalpolitische Aufgaben, Probleme und Erfolge, dargestellt am Beispiel der Stadt Elbing**

Polen ist ein Land mit einer langjährigen Selbstverwaltungstradition. Im Jahre 1918, sofort nach der Unabhängigkeitswiedergewinnung, wurden die ersten territorialen Selbstverwaltungsgrundlagen gegründet und nach der Reform der 30er Jahre hatten wir schon mit einer gut organisierten Gemeinde und mit einem wirklich fachkundigen Kreis zu tun. In der Nachkriegszeit arbeitete jahrelang ein Volksrätesystem, das über eine geringe Selbständigkeit verfügte, und das aus dem damaligen politisch herrschenden System herauskam.

In der Mitte der 70er Jahre machte man Schluß mit der traditionell gemeinten Kreisteilungsidee zugunsten der Stärkung der Wojwodschaftenstelle und der Einführung der übergeordneten territorialen Staatsteilung.

Nach den Staatsformverwandlungen, die im Mai 1990 auftraten, kam es zu der Rekonstruktion der territorialen Gemeindeführung. Die Gemeinde, als das Selbstverwaltungsgrundglied, erwarb sich in den Rahmen von eigenen und beauftragten Aufgaben umfangreiche Kompetenzen, wobei sie auch die Grundlage für eine dynamischere Entwicklung der weit gemeinten Infrastruktur bildete. In der nächsten Reformetappe entstanden die Kreise und die Woiwodschaftselbstverwaltungen, was in einem Zusammenhang mit der Rückkehr zu dem dreistufigen territorialen Teilungsmodell stand. Das war auch mit der Verwandlung der bisherigen Staatsteilung und der Minderung der Woiwodschaftenzahl von 49 auf 16 verbunden. Eine der Konsequenzen der 2. Reformetappe war die Auflösung der in den 70. Jahren entstandenen Elblager (Elbinger) Woiwodschaft. Elbląg wurde zu der neu entstandenen Woiwodschaft Ermland-Masuren mit dem Sitz in Olsztyn (Allenstein) angeschlossen. Elblagers Einwohner sind mit diesem Beschluß des polnischen Parlaments nicht zufrieden. Sie fühlen sich sowohl emotionell als auch amtlich mit Gdansk (Danzig) verbunden. Es wird allgemein erwartet, dass die territoriale Angehörigkeit von Elbing verändert wird und die Stadt wird auch in die neue Woiwodschaft: Pommern territorial eingezogen.

Das heutige Modell der territorialen Selbstverwaltung ist bestimmt noch nicht perfekt. Zu seinen wesentlichen Schwächen gehört sowohl die heutige Finanzierungsweise, die eigene Initiative und die Wirklichungsmöglichkeiten der Gemeinden und der Kreise zu beschränken, als auch die immer wieder auftretenden Kompetenzbeschränkungen und die übertriebene politisch bewußte Machung der Tätigkeit, die oftmals verschiedene Unternehmen entweder schwer machte oder verlängerte. Dieses System braucht viele Abänderungen. Ich bin überzeugt, dass wenigstens einige von diesen Nachteilen noch vor den kommenden Verwaltungswahlen beseitigt werden. Es wird auch eine Kostenminderung von der Verwaltungsstrukturenfunktionierung beabsichtigt, in dem die Rats- und die Kommissionsmitgliederzahl vermindert wird.

Trotz der o.g. Systemnachteilen war die letzte Dekade die Zeit der dynamischen Entwicklung der lokalen Gemeinschaft. Unsere Stadt erreichte auch in dieser Zeit viel. Die Änderungen betreffen sowohl das Aussehen als auch die Infrastruktur der Stadt und ihre Offenheit auf die Welt. Wir können heute sagen, dass das immer schönere Elbląg Europa immer näher ist.

Die Elblager Selbstverwaltung übt eine zweifache Rolle aus, die Stadt ist sowohl eine Gemeinde als auch ein Stadtkreis. Daraus kommen sehr viele detaillierte Aufgaben, unter denen sich die eigenen Aufgaben der Gemeinde, die eigenen Aufgaben der Kreise und die gesetzlich angeordneten Aufgaben aus dem Bereich Staatsverwaltungsaufgaben befinden. Die Realisierung von allen diesen Aufgaben dient der Bedarfsbefriedigung der Stadteinwohner. Die neu entstandenen Strukturen, zu denen die Verwaltungskreise in Polen gehören, bedeuten das Profitziehen aus den besten Erfahrungen, guten Mustern und Lösungen zugunsten der Einwohner. Im Moment der Kreiseentstehung übernahmen sie nämlich die wesentliche Rolle bei dem Erwecken der lokalen Gemeinschaft zum aktiven Bau der 3. Republik Polen.

Die Elblager Selbstverwaltung ist dafür bekannt, daß sie beim Regieren einen großen Anteil an der Gemeinschaft nimmt. Die für die Stadt und ihre Einwohner wichtigen Unternehmen werden mit den Vertretern der Berufskreise, den Gewerkschaften, den Außerregierungsorganisationen und den Verbänden besprochen und zusammengearbeitet. Die Zusammenarbeit sowohl mit der Woiwodschaftsverwaltung als auch mit dem Woiwodschaftsverwaltungsparlament kann man als konstruktiv und partnerschaftsvoll bezeichnen.

Man muss auch betonen, dass Elblag die zweitgrößte Stadt in der Woiwodschaft: Ermland-Masuren ist und eine subregionale Funktion für die naheliegenden Gebiete ausübt.

Die Reform der territorialen Staatsorganisation und die gleichen Gebietskompetenzgrundänderungen der öffentlichen Verwaltungsorgane, besonders im Bereich der öffentlich-ökonomischen Entwicklung bildeten die Grundlage und den Bedarf an der Arbeit an den neuen Unterlagen der strategischen Planung, auch lokal gemeint. In diesem Fall ist sehr wichtig (beim Bau der Gemeindestrategie), das Vorbereiten der Planunterlagen im Zusammenhang mit den Forderungen, die aus dem geplanten Beitreten Polens zur Europäischen Union herauskommen.

Eine fundamentale Bedeutung für die Zukunft unserer Stadt hatte die ausgearbeitete und angenommene 1996 „Entwicklungsstrategie für die Stadt in den Jahren 2001 – 2010“. Diese Urkunde bezeichnet die Gemeindepolitik, ihre Präferenz und Investitionsplanung und sie ist auch eine Ausgangsurkunde, aufgrund deren sich die Stadt bemüht, die finanziellen Mittel aus der Staats-, der Woiwodschaftskasse und auch aus den Mitteln der EU zu bekommen. Infolge vieler Änderungen und auch äußeren Bedingungen (auch im Zusammenhang mit der Integrierung mit der EU) wurde in diesem Jahr die „Entwicklungsstrategie...“ ergänzt, indem sie auf das Jahr 2015 erweitert wurde.

In den Rahmen von diesem Programm wurden drei neue Grundziele vorgeschlagen: der ständige Zuwachs der Stadtbedeutung in der wirtschaftlichen Entwicklung des Staates und des Ostsee-Europas; das Entgegenwirken der eventuell auftretenden Prozesse der weiteren Schwärungen der Stadtstelle und der Regionstelle; die Ausgleiche des ökonomischen Entwicklungsprozesses mit der gesellschaftlichen und der ökologischen Entwicklung als die nötige Bedingung für die weitere ständige Entwicklung gemäß den Weltstandards. Die Realisierung des Grundziels in der Strategie wird sich auf das Chance- und das äußere Möglickeitsausnutzen beziehen, wobei das wesentliche wirtschaftlich-ökonomische Potential der Stadt in Rücksicht genommen wird.

Die Realisierung des Grundziels besteht aus folgenden Feinzielen: die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt, die Bearbeitung und die Entwicklung der Stadtfläche, die hochentwickelte Unternehmungsfähigkeit, das Schulwesen, die Demographieentwicklung, die Touristikentwicklung, der Umweltschutz, die Lösung der Wohnprobleme und die Wohnbauentwicklung, der Schutz und die Entwicklung des Kulturerbes.

Den größten Wert legt die lokale Selbstverwaltung auf die Realisierung der Unternehmen in der Stadt. Die Investitionskosten aufwände konzentrierten sich vor allem auf die Aufgaben aus den Be-



*Henryk Slonina stellt die gastgebende Stadt Elbing vor*

reichen des Umweltschutzes, der Kommunalwirtschaft, des Ausbaus und der Modernisierung der Verkehrswege, der Sozialhilfe und des Gesundheitswesens. Die größten finanziellen Mittel werden für die Realisierung der Infrastrukturinvestitionen ausgegeben. Eine gleichmäßige Entwicklung der Stadt bedarf eines hohen Investierungsniveaus aus eigenen Mitteln und eines wesentlichen Anteils der äußeren Mittel. Deshalb unternahm die Stadt auch mehrere Aufgaben mit dem Ziel, die finanziellen Mittel in den Rahmen von den Vorintegrierungsprogrammen aus der EU (Phare '99, Phare '2000, Phare '2001, ISPA) und auch in dem Rahmen des Woiwodschafskontakts zu bekommen.

Die genannten Planunternehmen ermöglichen die Realisierung von konkreten wichtigen Aufgaben, durch die Stadtextistierung bedingt ist.

1998 wurde in Rubno Wielkie / bei Elblag eine moderne Wiederverwertungsanlage in Betrieb gesetzt. Die neueste Wiederverwertungstechnologie verwendet das dort entstehende Biogas zur Produktion der Elektroenergie, die dann in der nahe liegenden Abwasserreinigungsanlage verwendet wird.

Einen großen Wert liegt auch die lokale Selbstverwaltung auf den Zustand der öffentlichen Verkehrswege. Jedes Jahr werden viele Wege / Straßen renoviert, wobei auch die Verkehrsampelanlagen und die Beleuchtungsanlagen nicht vergessen werden. In den Rahmen der Komplexrenovierung der Beleuchtung wurde ein energiesparsames Projekt der Beleuchtung eingeführt. Die Gesamtkosten und die Arbeiterzahl des Unternehmens bedarf einer jahrelangen Projektrealisierung, demnach auch jahrelanges Programm.

Die Elblager Selbstverwaltung gründete, um die Wohnprobleme in den Rahmen von der Wohlpolitik zu lösen, den Elblager Gesellschaftsbauverein GmbH (ETBS), der als ein Mietwohnungsverein existiert. Zu ETBS gehören 133 Mietwohnungen.

Die Reaktivierung des Seehafens in Elblag war eine wesentlich wichtige Aufgabe für Stadt. Seit dem Ende des 2. Weltkrieges bis zur Mitte 1994 wurde der Hafen in Elblag praktisch nicht benutzt. Heute bedient er die Ostseeküste-, die Waren – und die Touristikschiffahrt. Zu seinen Vorteilen gehören die geographische Lage, die guten Bedingungen für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Kaliningrad (Königsberg) – Kreis, den Ostseerepubliken und Nordeuropa bietet die Grenz- und Zollübergänge mit der Möglichkeit der Durchführung von den fitosanitären Untersuchungen. Es wurde auch die Verwaltung des Seehafens in Elblag GmbH gegründet, die dem Gesetz über Hafen gemäß über Liegenschaften, die ihr angehören, verfügt.

Eine der wichtigen Aufgaben, die in der „Entwicklungsstrategie ...“ angenommen wurde, ist das Schulwesen. In den Rahmen von dem Elblager Edukationsprogramm finanziert die Stadt die fakultativen Unterrichte für die Kinder und die Jugendlichen, unterstützt die Besorgung der Schulen mit den Computern, ermöglicht den Schülern einen besseren Zugang zu der weitgemeinten Sportbasis. Systematisch und dynamisch entwickelt sich auch in der Stadt das Hochschulwesen. Die Elblager Hochschulen bauen ihre eigene Basis aus, und die Selbstverwaltung unterstützt aktiv dieses Unternehmen. Zur Zeit kann man unter 4 Hochschulen wählen, an denen schon über 5.500 Studenten studieren. Als den neuesten Erfolg in dem Bereich in diesem Jahr kann man die Berufung des Instituts der angewandten Informatik in den Rahmen der Staatlichen Berufshochschule nennen.

Schon 1982 begann man mit dem Wiederaufbau der Altstadt. Dort werden schon jahrelang die archäologischen Ausgrabungen auf so großem Gebiet durchgeführt. Auf den Überresten der alten Häuser entstehen jetzt neue Bauten. In den Rahmen von diesem Wiederaufbau der Altstadt wurde auch die Elblager Bibliothek zu ihrer alten Form gebracht und ihre einmalige Büchersammlung kommt nach 50 Jahren aus der Universitätsbibliothek in Torun (Thorn) nach Elblag zurück. Die Stadtverwal-



tung beabsichtigt die Rekonstruktion der Altstadt zu einem vollen Ende zu bringen. Die Altstadt soll in Zukunft das kulturelle und gesellschaftliche Zentrum in Elblag werden.

Ein wirklich großes Problem macht der lokalen Verwaltung die immer zu wachsende Arbeitslosigkeit. Im Jahre 1999 erschien die schreckliche Situation auf dem Arbeitsmarkt, mehrere Arbeitsstellen wurden drastisch reduziert. Das geschah sowohl in den Bereichen, die mit einem engen Zusammenhang mit der Woiwodschaftsverwaltung standen, als auch im Handel, in der Touristik, in den Finanzanstalten und in den Produktionsbetrieben. Alle diese Elemente führten dazu, dass der Stadtrat 1999 das „Milderungsprogramm des Arbeitslosigkeitsproblems“ ausgearbeitet und angenommen hat. In diesem Programm wurden verschiedene Unternehmen genannt, die eigentlich der Verbesserung der Arbeitslosensituation dienen sollten. Sie sollten auch die Unternehmungsfähigkeit der Menschen erwecken und aktivieren. Es wurde eine für das Land ziemlich neue Probeinitiative unternommen, in der das Zentrum der Arbeit und der Hilfe gegründet wurde, mit dem Ziel, eine Integrierung aller Taten zugunsten dem erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Das Zentrum organisiert die Bedingungen für die Aktivierung der Arbeitslosen durch ein Beratungssystem, Berufskurse, das Arbeitsstellenbildern und auch durch die Hilfe für diese, die eigentlich einer Sozialhilfe bedürfen. Aus der Stadtkasse kamen die finanziellen Mittel für die aktiven Formen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit, dann entstand auch die Idee der öffentlichen Arbeiten. Als öffentliche Arbeiten wurden die Infrastruktur- und die Finanzinvestitionen mit dem Anteil von Staatskassereserven unternommen, in dem die neuen Saisonarbeitsstellen gebildet wurden. Der Stadtrat führte die Steuerbegünstigungen und –freistellungen und viele andere Präferenzen ein für diese, die die neuen Arbeitsstellen gebildet haben.

Die Stadt bemüht sich, die große äußere Aktivität zu erhalten. Zu diesem Ziel wurde am Anfang der 90er Jahre der Verein der Polnischen Städte wiederberufen – eine Organisation der Mehrheit der Städte in der Republik Polen. Aus der Initiative der Elblager Selbstverwaltung entstand auch Euroregion der Ostseegemeindenverein. Er besteht aus über 80 polnischen Gemeinden der Woiwodschaften Pommern und Ermland-Masuren und dazu gehören auch Kaliningrad und Baltijsk (Russland), Liepaja (Lettland), Klajpeda (Litauen), Blekinge-Kreis aus Schweden und eine Insel aus Dänemark – Bornholm. Das Sekretariat des Vereins befindet sich in Elblag. Die Wirksamkeit des Euroregions soll durch seine zur Zeit umgearbeitete Entwicklungsstrategie ersteigert werden. Aufgrund der verschiedenen Abkommen unterhält die Stadt auch internationale Kontakte mit 12 Partnerstädten: Leer (Deutschland), Kaliningrad und Baltijsk (Russland), Ronneby (Schweden), Nowogródek (Weissrussland), Liepaja (Lettland), Tarnopol (e. Ukraine), Towbridge (England), Coquimbo (Chile), Baoji (China), Compiègne (Frankreich). Diese Kontakte dienen der Beförderung der Stadt im Ausland, dem wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Austausch.

Die Stadtverwaltung führte in der vergangenen Zeit die Ziele, die Aufgaben und die Unternehmen durch, die in der „Entwicklungsstrategie von Elblag für die Jahre 1996–2010“ vorgenommen wurden. Das hat auch einen positiven Einfluss auf die Verbesserung des Lebensniveaus in der Stadt. Das Niveau der Aufgaben, die Originalität der angewandten Lösungen und das Ankommen in so kurzer Zeit zu den europäischen Bedingungen in einigen Gebieten des Stadtlebens bestätigen die nationalen und die internationalen Preise, die der Stadt Elblag zugeteilt wurden, u.a. Preis der EU für die Erfolge im Umweltschutz und auch die EU-Fahne.

Zum Schluß meiner Rede möchte ich mit Ihnen meine Hoffnung auf die weitere Zusammenarbeit und ihre Erweiterung teilen. Dienen gut die auf solche Weise gebaute Verständigungsbrücke der gemeinsamen Neigung zu unserer Stadt, zu ihrer Tradition und auch ihrer Zukunft! Es wird auch bestimmt – so meine ich – dieser Idee der schnelle und baldige Anschluß Polens in die Strukturen der EU dienen. Unterstützen Sie bitte unser Streben in diesem Bereich! Seien Sie auch bitte „unsere Botschafter“ in dieser Sache!

\* \* \*

# **Aktualne zadania komunalno-polityczne, problemy i sukcesy przedstawione na przykładzie miasta Elbląg**

Polska jest krajem o wieloletniej tradycji samorządowej. Natychmiast po odzyskaniu niepodległości w 1918 r. zaczęły kształtować się zręby samorządu terytorialnego, a po reformie z lat 30-tych mieliśmy już do czynienia ze sprawną gminą i mocnym kompetencyjnie powiatem. W okresie powojennym przez wiele lat funkcjonował system rad narodowych, który dysponował bardzo ograniczoną samodzielnością, wynikającą z panującego systemu politycznego.

W połowie lat 70-tych zrezygnowano z głęboko osadzonej w historii instytucji powiatu, umacniając zarazem pozycję województw i wprowadzając 2-szczeblowy podział terytorialny kraju.

Po ustrojowych przemianach, jakie zaszły w maju 1990 r. nastąpiło odtworzenie gminnego samorządu terytorialnego. Gmina, jako podstawowe ogniwo samorządowe, uzyskała w ramach zadań własnych i zleconych rozległe kompetencje stwarzające podstawę do bardziej dynamicznego rozwoju szeroko rozumianej infrastruktury. W kolejnym etapie reformy powstały powiaty i samorządy wojewódzkie, co wiązało się z powrotem do modelu 3-stopniowego podziału terytorialnego. Wiązało się to także z przeobrażeniami dotychczasowego podziału kraju i zmniejszeniem liczby województw z 49 do 16. Jedną z konsekwencji II etapu reformy była likwidacja powstałego w połowie lat 70-tych województwa elbląskiego. Elbląg znalazł się w granicach nowo powstałego Województwa Warmińsko-Mazurskiego z siedzibą w Olsztynie. Mieszkańcy Elbląga nie są zadowoleni z takiej decyzji Parlamentu, czując się zarówno emocjonalnie jak i funkcjonalnie bardziej związani z Gdańskiem. Powszechnie jest oczekiwanie zmiany przynależności terytorialnej Elbląga i włączenie go w skład Województwa Pomorskiego.

Dzisiejszy model samorządu terytorialnego nie jest na pewno jeszcze w pełni doskonały. Do jego istotnych słabości należą obowiązujące obecnie zasady finansowania ograniczające inicjatywność i możliwości realizacyjne gmin i powiatów, występujące nadal różnego rodzaju kompetencyjne ograniczenia, zbytne upolitycznienie działalności – niejednokrotnie utrudniające i opóźniające realizację niektórych przedsięwzięć. System ten wymaga dalszych modyfikacji. Jestem przekonany, że przynajmniej część tych wad zostanie usunięta przed zbliżającymi się kolejnymi wyborami samorządowymi. Zamierza się także ograniczyć koszty funkcjonowania struktur samorządowych poprzez zmniejszenie liczby radnych i członków komisji.

Mimo wspomnianych wyżej wad systemowych okres ostatniej dekady był czasem dynamicznego rozwoju lokalnych społeczności. Nasze miasto również odnotowało w tym czasie cały szereg osiągnięć. Dotyczyły one zarówno zmian w wyglądzie i infrastrukturze miasta jak i jego otwartości na świat. Możemy dzisiaj powiedzieć, że coraz piękniejszy Elbląg jest znacznie bliżej Europy niż niegdyś.

Elbląski samorząd spełnia podwójną rolę, miasto jest bowiem zarówno gminą, a jednocześnie także powiatem „grodzkiem“. Wynika z tego ogrom szczegółowych zadań, wśród których są zadania własne gminy, zadania własne powiatu, a także ustawowo zlecone zadania z zakresu administracji rządowej. Realizacja wszystkich tych zadań służy zaspokajaniu potrzeb mieszkańców miasta. Nowo powstałe struktury, jakimi są powiaty samorządowe w Polsce, to czerpanie z najcenniejszych doświadczeń, dobrych wzorców i rozwiązań z pożytkiem dla mieszkańców. Z chwilą powstania powiatów to właśnie one przejęły istotną rolę pobudzania lokalnej społeczności do aktywnego budowania III Rzeczypospolitej.

Samorząd elbląski charakteryzuje się dużym stopniem uspołecznienia sprawowania władzy. Istotne dla miasta i jego mieszkańców przedsięwzięcia są szeroko uzgadniane i konsultowane z przedstawicielami środowisk zawodowych, związkowych, organizacji pozarządowych, stowarzyszeń. Konstruktywnie i partnersko układa się współdziałanie zarówno z wojewódzką administracją rządową, jak i wojewódzkim sejmikiem samorządowym.

Należy zaznaczyć, iż Elbląg jest drugim co do wielkości miastem w Województwie Warmińsko-Mazurskim i spełnia subregionalne funkcje w stosunku do okolicznych terenów.

Reforma terytorialnej organizacji kraju oraz równoległe, zasadnicze zmiany kompetencyjne terenowych organów administracji publicznej, szczególnie w obszarze rozwoju społeczno-ekonomicznego stworzyły podstawy i potrzebę rozpoczęcia prac nad nową generacją dokumentów planowania strategicznego, również na szczeblu lokalnym. Ważnym wymogiem, który uwzględnia się na etapie budowy strategii gminy jest przygotowanie dokumentów planistycznych, w kontekście wymagań wynikających z akcesji Polski do Unii Europejskiej.

Fundamentalne znaczenie dla przyszłości naszego miasta miało opracowanie i przyjęcie w 1996 roku „Strategii rozwoju miasta w latach 2001-2010“. Określa ona politykę gminy, jej preferencje i planowanie inwestycyjne a także jest wyjściowym dokumentem, na podstawie którego miasto ubiega się o środki finansowe z budżetu państwa i województwa a także z Unii Europejskiej. W tym roku w wyniku wielu zmian i uwarunkowań zewnętrznych (w tym także w kontekście integracji z Unią Europejską) dokonano nowelizacji „Strategii ...“ rozszerzając horyzont jej obowiązywania do 2015 roku.

W ramach tego programu zaproponowano przyjęcie trzech głównych, równoległych celów, a mianowicie: stały wzrost znaczenia miasta w gospodarczym rozwoju kraju oraz Europy Bałtyckiej, przeciwdziałanie mogącym się pojawić procesom dalszego osłabienia pozycji miasta i całego subregionu oraz zrównoważenie procesu rozwoju ekonomicznego ze społecznym, ekologicznym i przestrzennym, jako niezbędny warunek utrzymania trwałości rozwoju, zgodnie ze światowymi standardami. Realizacja celu głównego w strategii oparta będzie na wykorzystaniu szans i możliwości zewnętrznych, ale uwzględniając głównie wewnętrzny potencjał gospodarczo-ekonomiczny i społeczny miasta.

Na realizację celu głównego składają się następujące cele bezpośrednie: podniesienie konkurencyjności miasta, restrukturyzacja i rozwój obszarów miejskich, wysoko rozwinięta przedsiębiorczość, edukacja, rozwój zasobów ludzkich, rozwój turystyki, ochrona środowiska, rozwiązywanie problemów mieszkaniowych oraz rozwój mieszkalnictwa, ochrona i rozwój dziedzictwa kulturowego.

Największą uwagę samorząd lokalny przywiązuje do realizacji inwestycji w mieście. Nakłady inwestycyjne koncentrowały się przede wszystkim na zadaniach z zakresu: ochrony środowiska, gospodarki komunalnej, rozbudowy i modernizacji sieci transportowych, opieki społecznej i ochrony zdrowia. Najwięcej środków finansowych przeznaczają się na realizację inwestycji infrastrukturalnych. Zapewnienie zrównoważonego rozwoju miasta wymaga wysokiego poziomu inwestowania ze środków własnych, a także znacznego zaangażowania finansowego ze źródeł zewnętrznych. Dlatego też miasto podjęło szereg działań w kierunku pozyskania środków finansowych w ramach programów przedakcesyjnych z Unii Europejskiej (Phare'99, Phare'2000, Phare'2001, ISPA), a także w ramach kontraktu wojewódzkiego.

Przedstawione przedsięwzięcia planistyczne umożliwiają realizację konkretnych zadań niezwykle istotnych, wręcz warunkujących funkcjonowanie miasta.

W 1998 roku w Rubnie Wlk. k/Elbląga uruchomiony został nowoczesny Zakład Utylizacji Odpadów. Nowoczesna technologia utylizacji odpadów wykorzystuje powstający tam biogaz do produkcji energii elektrycznej, która zasila pobliską oczyszczalnię ścieków.

Znaczącą rolę samorząd lokalny przywiązuje do stanu technicznego dróg. Corocznie wiele ulic jest remontowanych przy jednoczesnej modernizacji systemu oświetlenia ulic. W ramach kompleksowej modernizacji oświetlenia wdrożony jest energooszczędny system oświetleniowy. Zakres robót i koszt całego przedsięwzięcia wymaga realizowania go etapami zgodnie z wieloletnim harmonogramem.

Samorząd elbląski, dla zmniejszenia deficytu mieszkań, prowadząc lokalną politykę mieszkaniową, powołał do życia Elbląskie Towarzystwo Budownictwa Społecznego Spółkę z o.o. ETBS realizuje budownictwo czynszowe. W jego zasobach znajdują się 133 lokale mieszkalne.

Zadaniem o istotnym znaczeniu dla miasta było reaktywowanie Portu Morskiego. Od zakończenia II wojny światowej do połowy 1994 roku port w Elblągu praktycznie nie był wykorzystywany. Dziś obsługuje on zalewową i bałtycką żeglugę przybrzeżną, towarową i pasażersko-turystyczną. Jego atutami są: położenie geograficzne stwarzające dogodne warunki do współpracy z Obwodem Kaliningradzkim, republikami nadbałtyckimi i krajami skandynawskimi, przejście graniczne i celne z możliwością wykonania badań fitosanitarnych. Powołano Zarząd Portu Morskiego Elbląg Sp. z o.o., która zgodnie z ustawą o portach i przystaniach morskich administruje i zarządza nieruchomościami, będącymi w jego posiadaniu.

Jednym z priorytetów przyjętych w „Strategii ...“ jest edukacja młodzieży. W ramach Elbląskiego Programu Edukacyjnego miasto finansuje dodatkowe zajęcia lekcyjne dzieci i młodzieży, wspiera informatyzację szkół oraz umożliwia uczniom dostęp do szeroko rozumianej bazy sportowo-rekreacyjnej. Systematycznie i dynamicznie rozwija się w mieście szkolnictwo wyższe. Elbląskie uczelnie rozbudowują własną bazę, a władze samorządowe aktywnie wspierają te działania. Funkcjonują tu obecnie cztery wyższe uczelnie, w których kształcą się ponad 5,5 tysiąca studentów. Najnowszym osiągnięciem w tym zakresie jest powołanie w b.r. w ramach Państwowej Wyższej Szkoły Zawodowej Instytutu Informatyki Stosowanej.

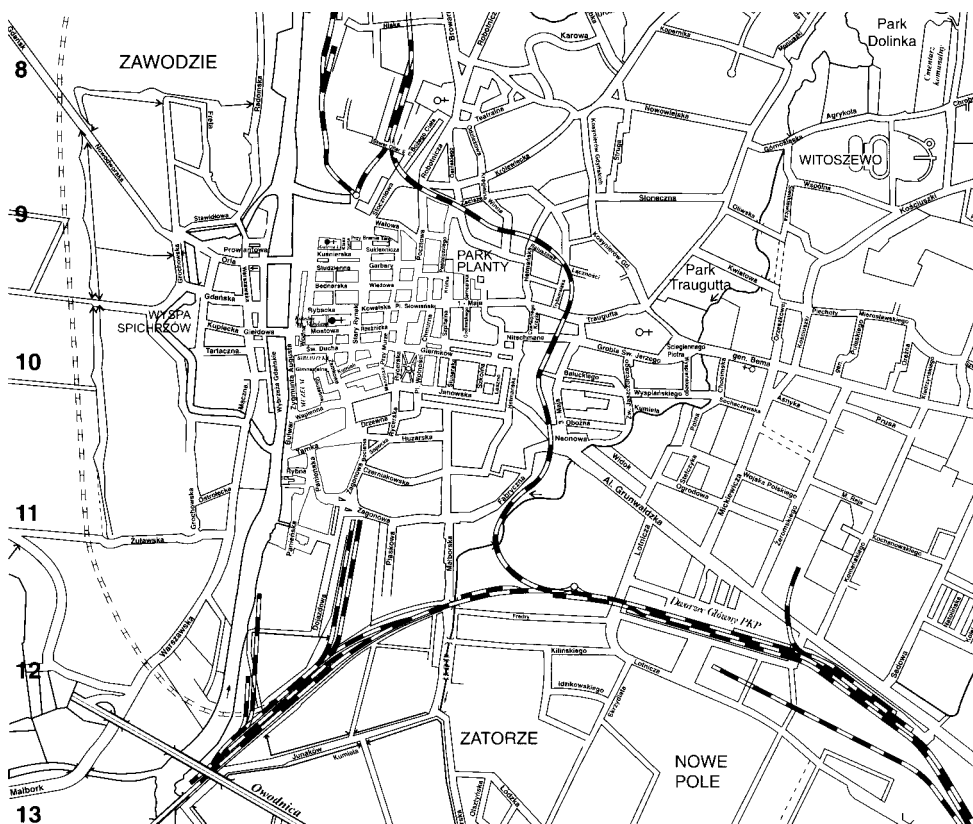
Już w 1982 roku rozpoczęto działania związane z odbudową Starego Miasta. Jest to jedno z nielicznych miejsc w Europie, gdzie od wielu lat prowadzone są badania archeologiczne na tak dużym obszarze. Na odsłoniętych fragmentach dawnych kamieniczek powstają nowe obiekty. W ramach rekonstrukcji Starówki odbudowano Bibliotekę Elbląską do której obecnie wraca unikalny „Księgozбір Elbląski“ zawierający starodruki zdeponowane od 50-ciu lat w bibliotece Uniwersytetu Toruńskiego. Zamiarem władz miasta jest doprowadzenie do możliwie pełnej rekonstrukcji Starego Miasta, które w przyszłości winno stać się centrum kulturalnym i towarzyskim Elbląga.

Problemem dla władz lokalnych jest rosnące bezrobocie. Począwszy od 1999 roku następuje likwidacja kolejnych miejsc pracy, zarówno w dziedzinach bezpośrednio powiązanych z administracją województwa, jak również w handlu, turystyce, instytucjach finansowych, a także w zakładach produkcyjnych. Narastanie niekorzystnych zjawisk na rynku pracy spowodowało przyjęcie i zatwierdzenie w 1999 roku przez Radę Miejską „Programu łagodzenia problemu bezrobocia“. Określono w nim pakiet różnych spójnych przedsięwzięć służących poprawie sytuacji bezrobotnych i aktywizujących przedsiębiorczość. Podjęto nową, pilotażową w skali kraju inicjatywę, utworzenia Centrum Pracy i Pomocy w celu zintegrowania wszystkich działań na rzecz skutecznej walki z bezrobociem. Centrum organizuje warunki dla aktywizacji bezrobotnych poprzez system doradztwa i szkoleń, bezpośrednio tworzącego miejsca pracy, a także udzielającego pomocy w tym zakresie osobom objętym opieką społeczną. Z budżetu miasta wydzielono środki finansowe na aktywne formy przeciwdziałaniu bezrobociu, w tym na organizację robót publicznych. Podejmowanie w systemie robót publicznych inwestycji infrastrukturalnych, finansowanych z udziałem dotacji z rezerwy budżetu państwa, umożliwiło utworzenie sezonowych miejsc pracy. Rada Miejska wprowadziła ulgi i zwolnienia w podatku od nieruchomości oraz szereg innych preferencji dla podmiotów gospodarczych tworzących nowe miejsca pracy.

Miasto stara się utrzymywać wysoką aktywność zewnętrzną. Tutaj został reaktywowany z początkiem lat 90-tych związek Miast Polskich – organizacja zrzeszająca większość miast Rzeczypospolitej. Z inicjatywy władz samorządowych Elbląga powstał związek gmin Euroregion Bałtyk. Skupia ponad 80 gmin polskich z Województw Pomorskiego i Warmińsko-Mazurskiego oraz Kaliningrad i Bałtyjsk (Rosja), Liepaję (Łotwa), Kłajpedę (Litwa), okręg Blekinge w Szwecji i duńską wyspę Bornholm. Siedziba sekretariatu Euroregionu mieści się w Elblągu. Efektywność działań Euroregionu powinna podnieść obecnie opracowywana strategia jego rozwoju. Miasto na mocy zawartych porozumień utrzymuje również kontakty międzynarodowe z 12 miastami partnerskimi: Leer (Niemcy), Ronneby (Szwecja), Kaliningrad i Bałtyjsk (Obwód Kaliningradzki – Rosja), Nowogródek (Białoruś), Liepaja (Łotwa), Tarnopol (Ukraina), Towbrigde (Anglia), Coquimbo (Chile), Baoji (Chiny), Compiegne (Francja). Mają one służyć promowaniu miasta poza granicami naszego kraju, wymianie gospodarczej, kulturalnej i sportowej.

Władze miasta w minionym okresie konsekwentnie realizowały cele, zadania i przedsięwzięcia przyjęte w „Strategii rozwoju Elbląga w latach 1996 – 2010“. Ma to pozytywny wpływ na poprawę poziomu i jakości życia w mieście. Poziom prac, oryginalność zastosowanych rozwiązań i osiągnięcie w stosunkowo krótkim czasie standardów europejskich w niektórych sferach życia miasta potwierdzają międzynarodowe i krajowe nagrody przyznane Elblągowi, w tym m.in. nagroda Unii Europejskiej za osiągnięcia w dziedzinie ochrony środowiska, a także Flaga Unii Europejskiej.

Kończąc swoje wystąpienie wyrażam nadzieję na kontynuację naszej współpracy, na rozszerzenie jej zakresu. Niech budowany w ten sposób most porozumień dobrze służy wspólnej sympatii do naszego miasta, do jego historii, tradycji a także przyszłości. Liczymy na Wasze współdziałanie w kreowaniu dalszego jego rozwoju. Służyć temu będzie niewątpliwie – mam nadzieję – szybkie włączenie Polski w strukturę Unii Europejskiej. Zwracam się do Państwa z apelem abyście wspierali nasze dążenia w tym zakresie. Proszę bądźcie naszymi „ambasadorami“ w tej sprawie.



*Auszug aus Stadtplan der Stadt Elbing*

# Hans Jürgen Schuch

**Stellvertretender Bundessprecher der Landsmannschaft Westpreußen  
Heimatkreisvertreter der Stadt Elbing  
Zastępa rzecznika federalnego Ziomkostwa Prus Zachodnich  
Przedstawiciel regionu powiatowego Elbląg-Miasto**

## Die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Treue zur Heimat

Mein Auftrag ist es, über ein Thema zu sprechen, das keine spezifisch kommunalen Aufgaben betrifft. Es geht also nicht z.B. um Straßen und Schulen, um Wohnungsbau, Theater oder Drogenprobleme. Es geht auch nicht um Arbeitsplätze, wohl aber auch um Europa, die Europäische Union, wenn auch dabei um ganz andere als die bisher hier und sonst allgemein behandelten Anliegen, Sorgen, Hoffnungen und Wünsche. Es geht um die Menschen, die in den nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von Polen verwalteten preußischen Ostprovinzen gelebt haben, zu Hause sind, und um ihre Einstellung zur Heimat.

Mein Thema lautet: „*Die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Treue zur Heimat*“. Bei der Nennung dieser Themenformulierung fallen sofort die darin enthaltenen drei Begriffe auf: Deutsche Heimatvertriebenen – Treue - Heimat

Ich möchte nicht lange bei diesen Begriffen verweilen, sie aber doch kurz vorstellen, weil mir dies zum Verständnis meiner Ausführungen wichtig erscheint.

Zuvor gestatten Sie mir bitte folgende Feststellung:

Es ist ein großer Fortschritt, dass wir heute in fast allen Ländern und Gebieten, die bis 1989/90 zum sogenannten Ostblock gehörten, über dieses oder ähnliche Themen sprechen können. Und dies Auge in Auge und in dem Bewusstsein, dass der Gesprächspartner – gleich welchem Volk er angehört – ähnliches erlebt, erlitten und durchgemacht haben könnte. Wir reden miteinander und wir hören zu. Das ist – so meine ich – Zukunft.

Das ist ein gewaltiger Fortschritt in unseren Beziehungen, vielleicht treffender gesagt im Miteinander unserer Völker. Und liegt auf dem Weg nach Europa !

Zum besseren Verständnis des in Deutschland benutzten Begriffes *Vertreibung* darf ich folgendes erklären:

Die Begriffe *Vertriebene* und *Heimatvertriebene* sind Bestandteil der deutschen Gesetzgebung. Sie kommen nicht nur im Bundesvertriebenengesetz sondern auch in anderen Gesetzen vor und haben dort jeweils ihre Bedeutung. Sie gehören zu unserem Leben in der Bundesrepublik Deutschland.

Der deutsche *Vertriebene* in Deutschland ist ein Bürger, der zwangsweise irgend einen Ort verlassen musste, am dem er sich bei Kriegsende aufgehalten hatte oder den er aus Angst vor den kämpfenden Truppen und den Folgen des Kampfes freiwillig verließ, in ihn aber nach dem Schweigen der Waffen nicht zurückkehren durfte.

Das trifft auch auf den *Heimatvertriebenen* zu. Dabei handelt es sich um Bürger, die ihren ständigen Wohnsitz – nämlich ihre Heimat – zwangsweise verlassen mussten oder denen es nach dem 08. Mai 1945 versagt blieb, an ihren ständigen – vielleicht seit Generationen ständigen Wohnsitz zurückzu-

kehren. Als Heimatvertriebener gilt z.B. auch derjenige, der sich nach Kriegsende um eine sogenannte Ausreise aus der Heimat bemühte, weil er es zu Hause nicht mehr aushielt, weil die Heimat ihm zur Fremde geworden war, und er für sich keine Überlebenschance sah.

Es gehört nicht zu meinem Thema, auf Einzelheiten der Vertreibung, ihre Voraussetzungen und Folgen einzugehen. Auch greife ich nicht die Protokolle von Potsdam und auch nicht die gegenwärtig gerne aufgeworfene Frage auf, ob die Vertreibung z.B. ein *Kriegsziel* der Gegner Deutschland oder eine *Kriegsfolge* war. Den von der Vertreibung betroffenen Menschen war und ist es übrigens gleich, weil sich die Vertreibung von Menschen, Volksgruppen und ganzen Völkern nirgendwo auf der Welt rechtfertigen läßt. Das war 1945 nicht anders als im Jahre 2001 auf dem Balkan, in Afghanistan oder beispielsweise in Arabien und Afrika.

In Polen waren Begriffe wie Vertreibung bis 1989 tabu. Seitdem wird es allmählich anders. In persönlichen Gesprächen aber auch im wissenschaftlichen Bereich gibt es Kenntnis von diesem Begriff. Auch der Journalismus gebraucht ihn. Die bisher übliche Umschreibung wie *Aussiedlung* oder *Umsiedlung* wird noch immer, aber nicht mehr ausschließlich verwendet. Diese Begriffe gehörten z.B. in Polen nach 1945 zum Vokabular der Inhaber der staatlichen Macht. Ganz unbekannt war der Begriff *Vertreibung* damals dennoch nicht. Im Anhang zum Protokoll der Sitzung des Politbüros der Polnischen Arbeiterpartei vom 06. Oktober 1945 wird als einer der Hauptziele der Politik *die Vertreibung der Deutschen hinter die Oder und Neiße* genannt. Der Redner, der *Vertreibung* sagte, war: Wladyslaw Gomulka.

Die *Treue*, das ist meine Meinung, ist ein hoher sittlicher Wert. Treue drückt immer Haltung aus und bedeutet Bindung. *Treue* wird nicht nur vom Untertan oder den Soldaten verlangt. Jeder Staatsbürger hat *treu zu sein* gegenüber seinem Volk, seinem Vaterland und seiner Heimat. Jeder Einzelne sollte sich selber *treu* sein und bleiben. Jeder sollte den Menschen gegenüber Treue bewahren, die umgekehrt ihm Treue entgegenbringen.

*Heimat*, der dritte Begriff aus meinem Vortragsthema, ist schlicht der Ort, wo man zu Hause ist. Es kann der Geburtsort sein, der ständige freigewählte Wohnort, das Ursprungs- oder Herkunftsland. In Deutschland sind über den Inhalt des Begriffes Heimat viele Bücher von Schriftstellern, Historikern, Politologen aber auch von Juristen geschrieben worden. Die Heimat bedeutet den Menschen überall ungeheuer viel.

Es gibt jedoch auch Menschen, die mit dem Begriff Heimat nichts anzufangen wissen, denen ein guter Job Heimat ist. Das wäre allerdings eine vom Arbeitsmarkt abhängige Heimat, die mit der Erreichung des Rentenalters aufhören würde zu existieren. Die Heimat wird von den meisten Menschen besonders stark empfunden und sofort vermisst, wenn sie nicht mehr erreichbar ist, verloren ging, vor allem, wenn sie gegen den eigenen Willen verloren ging. Das trifft für die deutschen Heimatvertriebenen aus den ehemaligen preußischen Ostprovinzen aber auch für alle zu, die außerhalb Deutschlands seit Jahrhunderten zu Hause waren wie im Baltikum, in Russland, z.B. in Siebenbürgen oder anderswo auf dem Balkan.

Gegen den Begriff *Heimat* wird gelegentlich angeführt, andere Sprachen würden ihn nicht kennen. Er würde sich nicht oder nur schwer in andere Sprachen übersetzen lassen. Das trifft jedoch nur bedingt zu. Was Heimat ist, empfindet jeder Mensch, ganz gleich wie er es nennt.

Ich habe mir sagen lassen, in Polen würde man gerne vom *Kleinen Vaterland* sprechen, wenn die engere Heimat gemeint ist. Für alle, denen das Vaterland viel bedeutet, ist es wohl eine sehr treffende Beschreibung anstelle des von uns Deutschen gebrauchten Begriffes Heimat. Vielleicht hat das Kleine Vaterland in besonderen Situationen sogar eine noch größere Bedeutung als das schlichte Wort *Heimat*.

Ein Teil der deutschen Heimatvertriebenen fand 1945 und in den darauf folgenden Jahren Zuflucht in der sowjetischen Besatzungszone, der weitaus größere Teil in den westlichen Besatzungszonen der Briten, Amerikaner und später auch der Franzosen. Es war das Gebiet, auf dem 1949 die Bundesrepublik Deutschland entstand. Dieses war ein vom Zweiten Weltkrieg zerstörtes Land. Die großen Städte waren fast alle stark zerstört, selbst die dort beheimatete Bevölkerung musste anderswo eine Bleibe suchen. In einzelnen Gegenden – auf dem Land – lebten plötzlich mehr Heimatvertriebene aus dem Osten und Evakuierte aus den zerbombten Städten als Einheimische. Der Heimatvertriebene brauchte ein Dach über seinem Kopf, eine warme Stube, ein Bett, Teller, Messer, Gabel, Löffel und Verpflegung. Die meisten hatten nichts. Sie waren auf Barmherzigkeit, auf milde Gaben angewiesen. Viele Familien waren ohne Väter, die Mütter mussten mit ihren Kindern in einer völlig fremden Umgebung zurecht kommen. Fast keiner fand Arbeit. Auf eine Beschäftigung im erlernten Beruf war kaum zu hoffen.

Aber die deutschen Heimatvertriebenen bauten weder Zeltstädte, noch wollten sie auf Dauer in Baracken leben. Sie wollten leben und sich in das Leben in der fremden Umgebung eingliedern, dabei dachten sie dennoch ständig an die verlassene Heimat und an eine Rückkehr nach dort.



*Hans-Jürgen Schuch löst mit seinem Vortrag eine fruchtbare Diskussion zwischen deutschen Kreisvertretern und ihren polnischen Partnern über die Vertreibung aus*



Es sollte ja Frieden sein. Warum ließ man sie nicht nach Hause? Das konnten die meisten nicht verstehen. Die deutsche Diktatur war besiegt. Jetzt sollten Demokratie, Freiheit und vor allem Gerechtigkeit herrschen. Sollten! Die Wirklichkeit wurde anders empfunden, war anders. Das rief Unverständnis, ja Zorn und Wut hervor, aber führte auch zur Auseinandersetzung mit der Schuld der Deutschen und ihres Hitlerregimes.

Im Zentrum aller Gedanken der meisten Heimatvertriebenen stand das eigene Schicksal, die Heimatlosigkeit, die Armut, die Demütigung, die lange Zeit völlig fehlende Zukunftsperspektive. Dazu kam die Suche nach dem nächsten Angehörigen. Immer mehr Menschen wurden als tot, verschleppt oder als in Kriegsgefangenschaft gemeldet. So manch ein Schicksal wurde bis heute nicht aufgeklärt. Und es gibt eine bis in die Gegenwart unbeantwortet gebliebene Frage: Warum ich, warum wir aus dem Osten?

Überall gab es aber auch beherzte Frauen und Männer, die gegen die einsetzende Mutlosigkeit angingen, die andere aufmunterten. Ab 1948 erlaubten die Militärregierungen den Heimatvertriebenen sich zu Vereinigungen zusammen zu schließen. Interessenverbände und die Landsmannschaften entstanden und einige Zeit später sogar eine politische Partei.

Bereits am 05. August 1950 formulierten die Sprecher aller Landsmannschaften und die anderer Verbände die *Charta der deutschen Heimatvertriebenen*. Darin verkündeten sie u.a. folgendes:

Wir Heimatvertriebene verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.

Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinigten Europas gerichtet ist, in dem Völker ohne Furcht und Zwang leben können. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.

Wir hören, es wurde bereits fünf Jahre nach Kriegsende auf jede *Rache und Vergeltung* verzichtet, aber die Bereitschaft zur Mitwirkung am *Wiederaufbau Deutschlands* erklärt und ein *Bekennnis zu einem vereinten Europa* abgelegt.

In der Charta wurde allerdings nicht auf die Heimat und nicht auf Hab und Gut, auf Eigentum, verzichtet. *Heimat* und *Eigentum* haben zunächst nichts mit Grenzen und Staatsangehörigkeit zu tun, sondern um so mehr mit dem Recht und mit der Menschenwürde.

An anderer Stelle der Charta heißt es daher:

„Die Völker müssen erkennen, dass das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.“

Die Bundesrepublik Deutschland half bei der Eingliederung. Soziale Verbände wie das Deutsche Rote Kreuz, die Kirchen, und andere halfen. Aber in erster Linie gliederten sich die Heimatvertriebenen selbst ein. Staat und Kommunen schufen hilfreiche Rahmenbedingungen. Die Arbeit mussten die Heimatvertriebenen selbst leisten. Ja, sie mussten als Fremde mehr arbeiten und besser sein als die Einheimischen.

Letztlich gelang in Westdeutschland das Eingliederungswerk recht gut. Allerdings konnten die Bauern aus dem Osten in ihrer Mehrheit *nie* wieder Bauern sein.

Wer die deutschen Heimatvertriebenen beurteilen, mit ihnen sprechen oder gar streiten will, sollten diesen sehr knapp dargestellten Hintergrund kennen.

Der *Grundsatz* der deutschen Heimatvertriebenen war und ist: Frieden schaffen und bewahren, keine neue *Vertreibung*, keine Rache, keine *Vergeltung*, Verständigung über alle Grenzen hinweg. Ihre Forderung war immer Gerechtigkeit. Ihre Gedanken waren aber sehr, sehr oft in der *Heimat*.

Daher war für sie jede Nachricht und jeder Bericht aus der Heimat wichtig, jeder Kontakt gewünscht. Als die ersten Besuchsreisen z.B. nach Polen 1957/58 möglich wurden, wurde davon Gebrauch gemacht. Das erfolgte anfangs sehr zaghafte. Es gab nur zwei oder drei Reisebüros in Deutschland, die als Vermittler auftraten und in Polen gab es kaum Hotelunterkünfte, in Warschau wohl einige, aber hier in Elbing z.B. überhaupt keine. Diese erste Reismöglichkeit wurde bald wieder eingeeengt, vermutlich, damit die Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ein Druckmittel bekam. Man kannte in Warschau das Bedürfnis der Vertriebenen, ihre Heimat zu besuchen.

Die weitere Entwicklung war sehr mühsam. Ich verzichte darauf, sie hier darzustellen.

Die Reisen waren zunächst nur eingeschränkt möglich. Aber es konnten Verbindungen auf dem Postweg hergestellt und gepflegt werden. Aus der Heimat erhielten die Heimatvertriebenen Briefe von Verwandten und Bekannten. Am Anfang waren es nur wenige Postsachen. Es schrieben sich in erster Linie Familienangehörige, Deutsche, die in der Heimat verblieben waren und andere, die in Westdeutschland lebten. Oft waren es Hilferufe, die mit der Versendung von Paketen beantwortet wurden. Kaffee, Nähgarn, Stoffe und auch Modezeitschriften und Versandhauskataloge waren gefragt. Sie wanderten dann von Hand zu Hand – ohne Rücksicht ob Deutscher oder Pole. Der Paketversand entwickelte sich. Die Adressaten in der Heimat waren überwiegend Deutsche aber auch Polen. Im Laufe der Jahre hatten immer mehr Menschen Angehörige des anderen Volkes geheiratet. Gerade diese Mischehen erwiesen sich als nützliche Mittler und als Brückenbauer. Es gab ferner in der Vertreibung lebende ehemalige Bauern, Gutsbesitzer und Handwerksmeister, die viele Zentner Pakete an ihre in der Heimat lebenden ehemaligen Angestellten und Arbeiter schickten. Als schließlich in Polen Anfang der 80er Jahre besondere Schwierigkeiten einsetzen, waren es besonders Heimatvertriebene, die per LKW Medikamente und andere zum Leben wichtige und gefragte Güter an den Heimatort, an Krankenhäuser und kirchliche Stellen transportierten. Meistens organisierten dies Gliederungen und Landsmannschaften. Das Motiv war, Menschen zu helfen. Doch das wäre auch in Afrika oder Pakistan möglich gewesen. Not gab und gibt es in vielen Teilen der Welt. Man wollte jedoch in der Heimat aktiv sein, den Menschen in der Heimat helfen – ganz gleich, welcher Sprache sie waren.

Ein anderes Beispiel: Seit 1977 besteht eine institutionalisierte Zusammenarbeit der *Historischen Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung* mit polnischen Historikern, einige wurden nach 1990 zu *Korrespondierenden Mitgliedern* berufen. Man begann also bereits vor rund einem Vierteljahrhundert wieder miteinander über gemeinsame Landesgeschichte zu debattieren, die ja auch Bestandteil der europäischen Geschichte ist.

Als langjähriger Herausgeber des Westpreußen-Jahrbuches konnte ich bereits lange vor 1990 Kontakte zu polnischen Bibliotheken und als Direktor des Westpreußischen Landesmuseums später auch zu mehr als 20 polnischen Museen herstellen. Diese Kontakte führten zu einer breiten Zusammenarbeit und bis zur gegenseitigen Beratung und zum Ausstellungsaustausch. Die *Treue zur Heimat* trägt immer dann Früchte, wenn die Praxis keine Einbahnstraße ist, sondern ein Geben und Nehmen.

Als der Direktor des Stadtmuseums in Elbing, Herr mgr. *Arbart*, an die von mir geleitete TRUSO-Vereinigung 1999 die Einladung zur Präsentation einer Ausstellung *Elbing 1901 – 1945*, als ein zeit-

historisches Thema, einlud, konnte ich, nach einstimmigen Beschluss des Vorstandes, aus einer inneren Verantwortung für Elbing heraus und aus Treue zur Heimat zusagen. Die Ausstellung war vom 19. Juni bis zum 30. September 2001 zu besichtigen. Andere Ausstellungen waren dieser voraus gegangen.

Seit 1990 ist sehr viel möglich geworden, was vorher nicht einmal denkbar war. Natürlich gibt es nicht immer Übereinstimmung. Doch wo gibt es so etwas? Wir sind alle Menschen mit eigenen Meinungen. Wir sind aber auch lernfähig. Und es gibt fast immer etwas vom anderen zu lesen.

Am 22. September nahmen auf Einladung der Landsmannschaft Westpreußen zwei Historiker aus Bromberg, *Prof. Dr. Jastrebski* und *Dr. Withold Stanowski*, als Referenten an einem Kulturkongress in Münster teil. Die von ihnen zu behandelnden Themen waren der *Bromberger Blutsonntag 1939* und die *Vertreibung der Deutschen* aus der Bromberger Heimat. Und siehe da: Die Meinungen der polnischen Referenten und die der westpreußischen Teilnehmer aus Deutschland lagen nah beieinander. *Fazit:* Seitdem wir frei und offen miteinander sprechen können, lassen sich auch unangenehme Wahrheiten – eben Wahrheiten – viel leichter aussprechen und diskutieren. Bei dieser Gelegenheit hörten wir den uns keineswegs unbekanntem Ruf, dass sich die polnischen Historiker dringend mehr Gesprächspartner aus und in Deutschland wünschen.

Ich selbst unterhalte vielfältige Verbindungen zu Kultureinrichtungen im Land am Unterlauf der Weichsel, der ehemaligen preußischen Provinz Westpreußen. Das kostet viel Zeit und auch viel Geld, Reisekosten, Hotelaufenthalt und für manches andere. Ich tue diese Arbeit – wie viele andere aus den Reihen der Landsmannschaften – besonders ihrer Heimatkreise – aus Liebe zu dem Land, zu meiner Heimat, ja aus Treue zu diesem Land und besonders zur ehemaligen Ordens- und Hansestadt Elbing.

Vor zwei Tagen war ich eingeladen, einen wirtschaftshistorischen Vortrag vor den Studenten des Pädagogischen Instituts der Fachhochschule Elbing zu halten. Ich vermittelte ein Bild von der Elbinger Zigarrenfabrik Loeser & Wolff, die hier von 1874 bis 1945 existierte und jahrzehntelang die größte Zigarrenfabrik in Europa war. Ich wählte dieses Thema, weil ich jungen Studenten vermitteln wollte, dass in der im 19. Jahrhundert zur Industriestadt gewordenen ehemaligen Handelsstadt Elbing neben den bekannten Schiffen, Lokomotiven und Autos auch anderes produziert wurde, so z.B. zeitweise 195 Millionen Zigarren im Jahr. Und ich stellte immer wieder fest, die verbreiteten Kenntnisse über die Vergangenheit der von Polen 1945 in Verwaltung und Besitz genommenen deutschen Gebiete ist recht gering. Daher gibt es auch viele Fragen zu beantworten. Man will wissen, wie und was früher war, wer die Menschen und ihre Leistungen waren. Ein Beispiel: Vor zwei Jahren erzählte mir der noch recht junge Bürgermeister einer Stadt am Unterlauf der Weichsel, er habe bis 1990 nicht gewusst, dass in seiner Stadt früher Deutsche gelebt hätten.

Unser Herz hängt an der Heimat. Niemand wird sie aus unseren Gefühlen, Köpfen und Herzen verdrängen oder gar vertreiben.

Gerade weil wir die zwischen unseren beiden Republiken geschlossenen Verträge von 1990/91 respektieren, fühlen wir uns in unserer Arbeit für die Heimat – so weit dies möglich ist und gewünscht wird – gefordert. Wir haben inzwischen viele Polen als echte Partner und auch als Freunde gefunden. Die anderen, die anderer oder gegenteiliger Meinung sind, sehen wir auch. Es sind nicht wenige. Vielleicht – so hoffen wir – lassen sie sich eines Tages vom Nutzen eines vernünftigen Miteinander überzeugen.

Mir drängt sich immer wieder der Eindruck auf, dass unsere Regierungen in Berlin und Warschau vieles von dem nicht wahrnehmen oder wahrnehmen wollen, was auf der örtlichen Ebene geschieht

und sich in Richtung Europa entwickelt. Es mag sein, dass ich mich irre. Mein Gefühl und meine Beobachtungen sagten mir, dass es auf der unteren Ebene sehr viel besser funktioniert als ganz oben zwischen Waschau, Berlin und Brüssel. Ich meine die Kontakte, Begegnungen der Menschen untereinander, aber auch zwischen den Gemeinschaften der Heimatvertriebenen und polnischen Städten, Gemeinden, Kreisen und auch Vereinen.

Die kommunalen Partnerschaften sind nicht mehr wegzudenken, obwohl sie längst nicht immer die Vertriebenen in Deutschland und die deutsche Minderheit vor Ort einbinden. Da gibt es noch einiges nachzubessern.

Am 03. Oktober d.J. besuchte der Präsident der Republik Polen Deutschland. Herr *Alexander Kwasniewski* sprach in Mainz zum *Tag der deutschen Einheit* und stellte fest: „Die Steine in Danzig und Kolberg sprechen nicht nur polnisch. Sie sprechen auch deutsch.“ Und er fügte hinzu, dies gelte auch für Breslau und Oppeln, also wohl auch für Allenstein und Elbing. Er sagte, Polen sei sich der deutschen Vergangenheit dieser Städte bewusst und nehme dieses Erbe an. Er verschwieg nicht, dass in diesen Städten auch Polen leben würden, die nach 1945 selber vertrieben worden sind.

Diese Worte ehren den Präsidenten und die Republik Polen. Die darin zum Ausdruck kommende Einstellung fand ich bei meinen zahlreichen Besuchen in meiner Heimat bestätigt und dieses immer wieder auch hier in Elbing und besonders in Gesprächen mit Herrn Stadtpräsident *Henryk Stonina* und seinem Vorgänger im Amt, dem heutigen Sejm-Abgeordneten *Gwintowt Dzielwowski*. Als ein besonderes Zeichen dieser Einstellung gegenüber den früheren Bürgern dieser Stadt werte ich auch das, was wir heute auf dem Friedhof gesehen, gehört und erlebt haben. Dieses Lapidarium ist weit mehr als eine bloße Geste, es ist ein Meilenstein auf dem gemeinsamen Weg nach Europa.

Präsident Kwasniewski stellte in Mainz aber auch zutreffend fest, dass es noch viel Unkenntnis voneinander gebe. Hier haben wir alle noch große Aufgaben vor uns. Die deutschen Heimatvertriebenen sehen sie und sind bereit, auch künftig am Abbau dieser Unkenntnis mitzuarbeiten. Und wenn es um ihre Heimat geht, kann dies kein anderer besser als sie: kein Politiker und kein Wissenschaftler.

Der 1991 zwischen unseren Staaten geschlossene Vertrag über gute Nachbarschaft und Freundschaft hat sich in diesem Jahr automatisch verlängert. In diesem Vertrag wird der deutschen Minderheit in Polen u.a. das Recht eingeräumt, ihre Muttersprache zu gebrauchen und Vereinigungen zu bilden. An anderer Stelle wird die Hoffnung ausgesprochen, dass diese Menschen zur Veränderung und Versöhnung beitragen. Ich kann feststellen, dass unsere hier als Minderheit lebenden Landsleute sich immer wieder als Brückenbauer im Sinne dieses Vertrages bewährt haben. Mit ihrer Hilfe habe ich so manchen Weg zu Gesprächen gefunden. Sie halfen Türen zu öffnen und offen zu halten. Dafür bin ich sehr dankbar.

Die deutschen Heimatvertriebenen sehen ihre vom Schicksal zugewiesenen Aufgaben. An erster Stelle steht für sie die sich entwickelnde Situation in der Heimat, die historische Wahrheit und auch das Streben nach Gerechtigkeit.

Sie wissen, die Verständigung zwischen unseren Völkern und eine fruchtbare Zusammenarbeit auf den Gebieten des menschlichen Miteinanders, der Kultur, Wirtschaft und Politik kann nicht allein auf diplomatischen und deshalb manchmal verschlungenen Wegen verwirklicht werden. Die Völkerverständigung lebt von der täglichen Mitwirkung des Einzelnen: am Alltag wie am Sonntag.

Ich persönlich will in diesem Sinne meine Arbeit fortsetzen. Ich bin sicher, dabei von meinen durch Vertreibung zu Schicksalsgefährten gewordenen Landsleuten auch künftig Unterstützung zu erhalten.

# Niemcy wypędzeni z ojczyzny i ich wierność ojczyźnie

Moim zadaniem jest mówić na temat, który nie dotyczy żadnych specyficznych zadań komunalnych. Nie chodzi tu więc np. o ulice i szkoły, o budownictwo mieszkaniowe, teatr czy problemy z narkomanią. Nie chodzi też o miejsca pracy, ani o Europę, Unię Europejską, ani też o inne niż omawiane tu dotychczas ogólne sprawy, wyrażane troski, nadzieje i życzenia. Chodzi o ludzi, którzy żyli w pruskich prowincjach wschodnich zarządzanych po zakończeniu drugiej wojny światowej przez Polskę, którzy są tutaj w swoim domu, i o ich stosunku do ojczyzny.

Mój temat brzmi: „*Niemcy wypędzeni z ojczyzny i ich wierność ojczyźnie*”. Prezentując takie sformułowanie tematu zwracają natychmiast uwagę zawarte w nim trzy pojęcia:

Wypędzeni Niemcy – Wierność - Ojczyzna

Nie chciałbym na dłużej zatrzymywać się przy tych pojęciach, mimo to przedstawię je pokrótce, ponieważ wydaje mi się, że dzięki temu będzie można lepiej zrozumieć moje wywody.

Na wstępie pozwólcie mi Państwo na następujące stwierdzenie:

To wielki postęp, że dzisiaj w niemal wszystkich krajach i na niemal wszystkich obszarach, które do 1989/90 roku należały do tak zwanego bloku wschodniego, możemy rozmawiać na ten i podobne tematy. Możemy to robić patrząc sobie bezpośrednio w twarz i ze świadomością, że nasz rozmówca – niezależnie od tego, do jakiego narodu należy – mógł przeżyć, wycierpieć i przejść podobne wydarzenia. Rozmawiamy ze sobą i przysłuchujemy się sobie. Myślę, że to jest właściwa droga do przyszłości.

Jest to ogromny postęp w naszych stosunkach, być może trafniej mówiąc, w obcowaniu naszych narodów. A wszystko to na drodze ku Europie!

Dla lepszego zrozumienia stosowanego w Niemczech pojęcia „*wypędzenie*”, niech mi będzie wolno wyjaśnić co następuje:

Pojęcia „*wypędzeni*” i „*wypędzeni z ojczyzny*” są elementami składowymi niemieckiego prawodawstwa. Występują one nie tylko w treści federalnej ustawy o wypędzonych, lecz także w innych ustawach i mają tam swoje stosowne znaczenie. Są one elementem składowym naszego życia w Republice Federalnej Niemiec.

Niemieckim „*wypędzonym*” w Niemczech jest obywatel, który był zmuszony do opuszczenia miejsca, w którym przebywał w chwili zakończenia wojny lub które, z obawy przed walczącymi wojskami i następstwami walk, dobrowolnie opuścił, i do którego nie było mu wolno powrócić, mimo że zamilkły działa.

To samo dotyczy „*wypędzonych z ojczyzny*”. W tym przypadku chodzi o obywateli, którzy przymusowo musieli opuścić swoje stałe miejsce zamieszkania – czyli swoją ojczyznę – lub którym po 08 maja 1945 roku odmówiono powrotu do swojego stałego miejsca zamieszkania, w którym zamieszkiwali, być może, od pokoleń. Za wypędzonego z ojczyzny uważa się np. także i tego, kto po zakończeniu wojny ubiegał się o tak zwany wyjazd z ojczyzny, ponieważ nie był już on w stanie dłużej wytrzymać w swoim domu, gdyż ojczyzna stała mu się obczyzną i w związku z tym nie widział dla siebie żadnych szans przeżycia.

Omawiając ten temat nie chcę wdawać się w szczegóły dotyczące wypędzenia, jego przesłanek i skutków. Nie będę podejmował także spraw związanych z Protokółem Poczdamskim, ani też stawianego aktualnie często pytania, czy wypędzenie było np. *celem wojennym* przeciwników Niemiec czy też

*następstwem wojny*. Człowiekowi dotkniętemu wypędzeniem było i jest właściwie obojętnym, czy wypędzenie ludzi, grup narodowościowych i całych narodów da się gdziekolwiek na świecie usprawiedliwić. W roku 1945 nie było wcale inaczej, niż w roku 2001 na Bałkanach, w Afganistanie lub przykładowo w krajach arabskich i Afryce.

W Polsce takie pojęcia, jak wypędzenie, były do 1989 roku tabu. Od tego czasu stopniowo ulega to zmianie. W osobistych rozmowach, ale też i w sferze gospodarczej istnieje pewna wiedza na ten temat. Także i dziennikarze posługują się tą terminologią. Stosowana dotychczas zazwyczaj forma opisowa, jak „wysiedlenie” czy „przesiedlenie”, nadal jest jeszcze stosowana, ale już nie wyłącznie. Pojęcia te należały np. w Polsce po 1945 roku do zasobu słownikowego, jakim posługiwali się przedstawiciele władzy państwowej. Mimo to termin „wypędzenie” nie był tak zupełnie nieznanym. W załączniku do protokołu z posiedzenia Biura Politycznego Polskiej Partii Robotniczej z 06 października 1945 roku wymienia się jako jeden z głównych celów „wypędzenie Niemców za Odrę i Nysę”. Mówcą, który posłużył się terminem „wypędzenie”, był Władysław Gomułka.

„Wierność”, to, moim zdaniem, wielka wartość etyczna. „Wierność” wyraża zawsze określone stanowisko i oznacza pewien rodzaj przywiązania. Wierność jest wymagana nie tylko od poddanego czy żołnierza. Każdy obywatel jest *zobowiązany być wiernym* w stosunku do swojego narodu, swojej ojcowizny i swojej ojczyzny. Każdy z osobna powinien być i pozostać wiernym samemu sobie. Każdy powinien okazywać wierność innym ludziom, którzy na zasadzie wzajemności powinni być wierni jemu.

„Ojczyzna”, trzecie z pojęć zawartych w temacie mojego wykładu, jest po prostu miejscem, gdzie jest się w domu. Może to być miejsce urodzenia, stałe, dowolnie wybrane miejsce zamieszkania, kraj pochodzenia lub kraj rodzinny. W Niemczech pisarze, historycy, politolodzy a także prawnicy napisali wiele książek na temat treści pojęcia ojczyzna. Ojczyzna oznacza dla ludzi wszędzie niesamowicie dużo.

Są jednak także ludzie, którzy nie wiedzą co począć z pojęciem ojczyzna, ludzie, dla których ojczyzna oznacza dobry zawód. Jest to zapewne ojczyzna, która zależy od rynku pracy, która przestałaby istnieć wraz z osiągnięciem wieku emerytalnego. Ojczyzna jest odczuwana przez większość ludzi szczególnie mocno, ale też i natychmiast się o niej zapomina, gdy nie można jej osiągnąć, gdy ją się zagubi, a przede wszystkim gdy traci się ją wbrew własnej woli. Dotyczy to obywateli niemieckich wypędzonych z ojczyzny w byłych pruskich prowincjach wschodnich, ale także wszystkich tych, którzy przez wieki byli w swoim domu poza Niemcami, jak np. w krajach bałtyckich, w Rosji, czy też w Siedmiogrodzie lub gdziekolwiek na Bałkanach.

Jako zarzut przeciwko pojęciu „ojczyzna” przytacza się czasami fakt, że inne języki go nie znają, że w ogóle lub z trudem da się go przetłumaczyć na inne języki. Jest to słuszne jednak tylko pod pewnymi warunkami. To, czym jest ojczyzna, czuje każdy człowiek, niezależnie od tego, jak będzie ją nazywał.

Mówiono mi, że w Polsce chętnie mówi się o „Małej Ojcowiznie”, gdy ma się na myśli ojczyznę w węższym pojęciu. Dla wszystkich, dla których ojcowizna znaczy wiele, jest to z pewnością bardzo trafne określenie zamiast używanego przez Niemców pojęcia ojczyzny. Być może „Mała Ojcowizna” w szczególnych sytuacjach ma nawet jeszcze większe znaczenie niż zwykłe słowo „ojczyzna”.

Część Niemców wypędzonych z ojczyzny po 1945 roku znalazła schronienie w radzieckiej strefie okupacyjnej, o wiele większa część w zachodnich strefach okupacyjnych Brytyjczyków, Amerykanów a później także Francuzów. Był to obszar, na którym w 1949 roku powstała Republika Federalna Niemiec. Był to kraj zniszczony przez Drugą Wojnę Światową. Niemal wszystkie wielkie miasta były mocno zniszczone, nawet osiadła tam społeczność musiała szukać innego miejsca pobytu. W poszczególnych regionach – na wsi – zamieszkało nagle więcej wypędzonych z ojczyzny ze Wschodu

i ludności ewakuowanej ze zbombardowanych miast, niż było ludności miejscowej. Wypędzony z ojczyzny potrzebował dachu nad głową, ciepłej izby, łóżka, talerza, noża, widelca, łyżki i żywności. Większość nie miała niczego. Byli oni zdani na miłosierdzie, na jałmużnę. W wielu rodzinach brak było ojców, matki same musiały sobie radzić ze swoimi dziećmi, kiedy znaleźli się w całkowicie obcym otoczeniu. Mało komu udało się znaleźć pracę. Nie można było praktycznie liczyć na zatrudnienie w wyuczonym zawodzie.

Ale Niemcy wypędzeni z ojczyzny nie budowali ani miasteczek namiotowych, ani też nie chcieli na stałe mieszkać w barakach. Chcieli żyć i włączyć się w życie w obcym otoczeniu, myśląc przy tym stale o opuszczonej ojczyźnie i o powrocie do niej.

Miał panować przecież pokój. Dlaczego nie kazano im udać się do domu? Większość nie mogła tego zrozumieć. Dyktatura niemiecka została pokonana. Teraz miały panować demokracja, wolność i przede wszystkim sprawiedliwość. Miały! Rzeczywistość była odbierana inaczej, była inna. To wywoływało brak zrozumienia, nawet gniew i wściekłość, ale prowadziło także do dyskusji nad winą Niemców i ich hitlerowskiego reżimu.

W centrum uwagi większości wypędzonych był własny los, bezdomność, bieda, poniżenie, długotrwały brak perspektyw na przyszłość. Do tego doszło poszukiwanie najbliższych. Docierało oraz więcej informacji o zabitych, uprowadzonych lub wziętych do niewoli wojennej. Do dzisiaj nie jest wyjaśnionych wiele przypadków. Do dzisiaj pozostaje brak odpowiedzi na pytanie: dlaczego ja, dlaczego my ze Wschodu?

Wszędzie byli jednak odważni ludzie, kobiety i mężczyźni, którzy wychodzili naprzeciw zagnieżdżającemu się zniechęceniu, którzy podnosili na duchu innych. Od roku 1948 rządy wojskowe zezwoliły wypędzonym na zrzeszanie się w związki. Powstawały wspólnoty interesów i ziomkostwa, a w późniejszym czasie nawet partie polityczne.

Już 05 sierpnia 1950 roku rzecznicy wszystkich ziomkostw i innych związków sformułowali Kartę Niemców wypędzonych z ojczyzny. Głosili oni w niej m.in. co następuje:

My wypędzeni z ojczyzny rezygnujemy z zemsty i odwetu. Decyzję tę podejmujemy w powadze i świętości myśli o nieskończonym cierpieniu, jakie przyniosło ludzkości szczególnie ostatnie dziesięciolecie.

Wszelkimi siłami będziemy wspierać każdy początek tego, co jest skierowane na stworzenie zjednoczonej Europy, w której narody będą mogły żyć bez obawy i przymusu.

Ciężką, wytrwałą pracą będziemy brać udział w odbudowie Niemiec i Europy.

Dowiadujemy się więc, że już pięć lat po zakończeniu wojny zrezygnowano z jakiegokolwiek zemsty i jakiegokolwiek odwetu, zgłoszono natomiast gotowość do współdziałania nad odbudową Niemiec oraz opowiedziano się za zjednoczoną Europą.

W Kartce nie zrezygnowano jednak z ojczyzny i z całego majątku, z własności. Ojczyzna i własność nie mają bowiem nic wspólnego z granicami i przynależnością państwową, lecz są powiązane bardziej z prawem i godnością ludzką.

W innym miejscu Karty czytamy w związku z tym:

„Narody muszą dostrzec, że los Niemców wypędzonych z ojczyzny, tak jak wszystkich uciekinierów, jest problemem o zasięgu światowym, którego rozwiązanie wymaga najwyższej odpowiedzialności moralnej i zobowiązania do ponoszenia ogromnych świadczeń.”

Republika Federalna Niemiec pomagała w procesie jednoczenia. Z pomocą pospieszyły organizacje społeczne, takie jak Niemiecki Czerwony Krzyż, Kościoły i inne. Ale w pierwszym rządzie to sami wypędzeni włączali się w ten proces. Państwo i gminy stworzyły im pomocne warunki ramowe. Prace musieli wykonać sami wypędzeni. Tak, jako obcy musieli oni więcej pracować i okazać się lepszymi niż miejscowi.

W efekcie końcowym dzieło włączania w Niemczech Zachodnich powiodło się, aczkolwiek chłopci ze Wschodu w większości nie mogli znowu stać się chłopami.

Kto chce oceniać Niemców wypędzonych z ojczyzny, rozmawiać lub wręcz spierać się z nimi, powinien znać to przedstawione pokrótce tło zdarzeń.

Podstawową zasadą Niemców wypędzonych z ojczyzny było i jest dążenie do tworzenia i zachowania pokoju. Żadnego kolejnego wypędzenia, żadnej zemsty, żadnego odwetu, porozumienie ponad wszelkimi granicami. Zawsze domagali się oni sprawiedliwości. Ich myśli były jednak bardzo często w ojczyźnie.

Stąd też każda wiadomość i każda informacja z ojczyzny były dla nich ważne, pożądany był każdy kontakt. Gdy tylko możliwe były pierwsze podróże w celu odwiedzin, np. do Polski w latach 1957/58, natychmiast z tego skorzystali. Początkowo przebiegało to w bardzo nieśmiały sposób. Były tylko dwa czy trzy biura turystyczne w Niemczech, które występowały jako pośrednicy, a w Polsce niemal nie było żadnych miejsc hotelowych, jeśli już to kilka w Warszawie, ale np. tu w Elblągu w ogóle żadnego. Ta pierwsza możliwość podróżowania została wkrótce ponownie zawężona, prawdopodobnie po to, aby polityka w stosunku do Republiki Federalnej Niemiec mogła stać się środkiem nacisku. W Warszawie znana była potrzeba wypędzonych do odwiedzania swojej ojczyzny.

Dalszy rozwój wypadków był bardzo mozolny. Zrezygnuję z przedstawiania go.

Początkowo podróżowanie było możliwe tylko w ograniczonym zakresie. Można było jednak nawiązywać i utrzymywać łączność poprzez korespondencję pocztową. Wypędzeni otrzymywali z ojczyzny listy od krewnych i znajomych. Na początku przesyłek było niewiele. W pierwszym rządzie pisali do siebie członkowie rodzin, Niemcy, którzy pozostali w ojczyźnie i inni, którzy mieszkali w Niemczech Zachodnich. Często były to wołania o pomoc, na które odpowiadano wysyłaniem paczek. Popularnością cieszyły się kawa, nici, materiały a także czasopisma z modą i katalogi domów wysyłkowych. Przedmioty te wędrowały następnie z rąk do rąk – bez względu na to, czy był to Niemiec czy Polak. Wysyłanie paczek nasilało się. Adresatami w ojczyźnie byli przeważnie Niemcy, ale także i Polacy. Z biegiem czasu coraz więcej osób zawierało małżeństwo z osobami należącymi do drugiego narodu. I właśnie te mieszane małżeństwa okazały się pożytecznymi pośrednikami, jak również budowniczymi mostów. Na wygnaniu żyli ponadto dawni chłopci, właściciele ziemscy i rzemieślnicy, którzy swoim byłym zatrudnionym i robotnikom żyjącym w ojczyźnie wysyłali cenną paczek. Kiedy wreszcie w Polsce na początku lat 80 nastąpiły szczególnie trudne czasy, to właśnie wypędzeni byli tymi, którzy transportowali do rodzinnych miejscowości, szpitali i instytucji kościelnych samochodami ciężarowymi lekarstwa i inne ważne dla życia i poszukiwane dobra. Z reguły organizowały je struktury ziemiaków. Motywem była chęć niesienia pomocy dla innych ludzi. Jednak taka postawa mogłaby być możliwa także i w Afryce lub w Pakistanie. Bieda istniała i jest w wielu częściach świata. Jednak istniała chęć bycia aktywnym w ojczyźnie, pomagania ludziom w ojczyźnie – bez względu na to, jakim językiem oni się tam posługiwali.

Inny przykład: od 1977 roku istnieje zinstytucjonalizowana współpraca Komisji Historycznej ds. Badań Prus Wschodnich i Zachodnich (Historische Kommission für Ost- und Westpreussische Landesforschung) z historykami polskimi, niektórzy zostali powołani po 1990 roku na Członków-



Korespondentów. Przed około ćwierćwieczem rozpoczęto więc ponownie debatować między sobą na temat wspólnej historii krajów, która jest przecież także częścią składową historii europejskiej.

Jako długoletni wydawca Rocznika Zachodniopruskiego, na długo przed rokiem 1990, miałem okazję nawiązać kontakty z bibliotekami polskimi, a jako dyrektor Zachodniopruskiego Muzeum Krajowego, w późniejszym czasie, z ponad 20 polskimi muzeami. Kontakty te doprowadziły do szerokiej współpracy oraz do wzajemnego doradztwa i wymiany wystaw. Wierność ojczyźnie przynosi zawsze owoce, jeśli praktyka nie wiedzie drogą w jednym kierunku, lecz gdy istnieje zarówno dawanie jak i branie.

Gdy dyrektor Muzeum Miejskiego w Elblągu, pan mgr Arbart przysłał w roku 1999 zaproszenie do kierowanego przez mnie zrzeczenia TRUSO, z propozycją prezentacji wystawy Elbląg 1901 – 1945, a więc wystawy poświęconej tematowi historycznemu, mogłem mu udzielić odpowiedzi twierdzącej. Nastąpiło to po podjęciu jednogłośnie uchwały zarządu, w poczuciu wewnętrznej odpowiedzialności za Elbląg i w duchu wierności do ojczyzny. Wystawę można było zwiedzać od 19 czerwca do 30 września 2001 roku. Przed tą wystawą odbyły się także inne wystawy.

Od roku 1990 bardzo wiele spraw stało się możliwych, o których przedtem nie można było nawet pomyśleć. Oczywiście nie we wszystkich przypadkach istnieje zgoda. No, bo gdzie to jest możliwe? Wszyscy jesteśmy ludźmi mającymi swoje zdanie. Potrafimy jednak się też uczyć. A niemal zawsze jest coś, czego można się nauczyć od innych.

22 września na zaproszenie Ziomkostwa Prus Zachodnich dwóch historyków z Bydgoszczy, prof. dr Jastrebski i dr Witold Stanowski, wzięli udział jako referenci w Kongresie Kultury w Münster. Tematy; którymi się zajęli to Bydgoska Krwawa Niedziela 1939 i Wypędzenie Niemców z bydgoskiej ojczyzny. I popatrzmy: opinie polskich referentów i zachodniopruskich uczestników z Niemiec były zbieżne. Reasumując: od kiedy możemy swobodnie i otwarcie ze sobą rozmawiać, o wiele łatwiej można wypowiadać się i dyskutować także o niemiłych prawdach – właśnie prawdach. Przy tej okazji słyszeliśmy wcale nie nieznaną zawołanie, że polscy historycy pilnie życzyliby sobie więcej rozmówców z Niemcami i w Niemczech.

Sam utrzymuję różnorodne kontakty z instytucjami kulturalnymi w kraju, który leży w dolnym biegu Wisły, byłej pruskiej prowincji Prusach Zachodnich. To kosztuje wiele czasu a także dużo pieniędzy, kosztów związanych z podróżą, pobytami w hotelach i wiele innych spraw. Wykonuję tę pracę – jak wiele innych osób wywodzących się z szeregów ziomkostw – szczególnie ich okręgów rodzinnych – z miłości do tego kraju, do mojej ojczyzny, a także z wierności do tego kraju, a szczególnie do byłego miasta Zakonu i Hanzy -Elbląga.

Przed dwoma dniami byłem zaproszony do wygłoszenia wykładu o problematyce ekonomiczno-historycznej dla studentów Instytutu Pedagogiki Wyższej Szkoły w Elblągu. Naszkicowałem obraz Elbląskiej Fabryki Cygar Loeser & Wolff, która istniała tu od 1874 do 1945 roku i przez dziesięciolecia była największą fabryką cygar w Europie. Wybrałem ten temat, ponieważ chciałem przekazać młodym studentom, że w Elblągu, byłym mieście hanzeatyckim, które w XIX wieku stało się miastem przemysłowym, znanego z tego, że obok statków, lokomotyw i samochodów produkowano także inne wyroby, jak np. w pewnym okresie czasu 195 milionów cygar rocznie. Ciągle stwierdzałem, że rozpowszechnione wiadomości na temat przeszłości terenów niemieckich, przejętych przez Polaków w roku 1945 pod administrację i w posiadanie, są naprawdę niewielkie. Stąd też jest wiele pytań, które wymagają odpowiedzi. Istnieje potrzeba, aby wiedzieć, jak i co dawniej było, kim byli ludzie i jakie były ich osiągnięcia. Przykład: przed dwoma laty opowiadał mi pewien stosunkowo młody burmistrz jednego z miast leżącego w dolnym biegu Wisły, że do 1990 roku nie wiedział, że w jego mieście żyli dawniej Niemcy.

Nasze serce lgnie do ojczyzny. Nikt nie wyprze ani nie wyruguje jej z naszych uczuć, umysłów i serc.

Ponieważ respektujemy zawarte przez nasze obydwie republiki układy z 1990/91 roku, mamy w wykonywaniu naszej pracy na rzecz ojczyzny poczucie wyzwania – tak dalece jak jest to możliwe i oczekiwane. W międzyczasie poznaliśmy wielu Polaków jako prawdziwych partnerów a także jako przyjaciół. Innych, którzy mają inne lub przeciwne zdanie, dostrzegamy również. Nie jest ich mało. Być może – taką mamy nadzieję – uda się ich pewnego dnia przekonać o korzyściach płynących z rozsądnego obcowania ze sobą.

Nieustannie odnoszę wrażenie, że nasze rządy w Bonn i Warszawie nie przyjmują lub nie chcą przyjąć do wiadomości wielu z tych spraw, które zachodzą na płaszczyźnie lokalnej i rozwijają się w kierunku jednoczącej się Europy. Być może myłę się. Moje uczucia i obserwacje mówią mi, że na niższym szczeblu wiele spraw funkcjonuje lepiej niż na samej górze między Warszawą, Berlinem i Brukselą. Mam na myśli kontakty, spotkania między ludźmi, ale też między wspólnotami wypędzonych i polskimi miastami, gminami, powiatami a także związkami.

Partnerstwa komunalne nie mogą być niezauważone, chociaż od dawna nie zawsze obejmują one wypędzonych w Niemczech i miejscową mniejszość niemiecką. W tej dziedzinie jest jeszcze trochę do ulepszenia.

03 października tego roku prezydent Rzeczypospolitej Polski odwiedził Niemcy. Pan Aleksander Kwaśniewski przemawiał w Moguncji z okazji Dnia Niemieckiej Jedności i stwierdził: „Kamienie w Gdańsku i Kołobrzegu mówią nie tylko po polsku. One mówią także po niemiecku.” I dodał, że to samo dotyczy Wrocławia i Opola, a więc zapewne także i Olsztyna i Elbląga. Powiedział, że Polska zdaje sobie sprawę z niemieckiej przeszłości tych miast i przejmuje to dziedzictwo. Nie przemilczał, że w tych miastach żyją także Polacy, którzy po roku 1945 sami zostali wypędzeni.

Te słowa przynoszą zaszczyt prezydentowi i Rzeczypospolitej Polski. Wyrażona wtedy postawa znajdowała potwierdzenie podczas moich licznych wizyt w mojej ojczyźnie, za każdym razem tu w Elblągu, a w szczególności podczas rozmów z panem Prezydentem Miasta Henrykiem Słoniną i jego poprzednikiem na urzędzie, dzisiejszym posłem na Sejm panem Gwintowt Dziewałtowskim. Jako szczególną oznakę tej postawy wobec dawnych obywateli tego miasta oceniam także to, co widzieliśmy, słyszeliśmy i przeżyliśmy dzisiaj na cmentarzu. Znajdujące się tam lapidarium jest czymś o wiele większym, niż tylko zwykłym gestem, jest to kamień milowy na wspólnej drodze ku Europie.

Prezydent Kwaśniewski trafnie stwierdził w Moguncji, że jest jeszcze wiele niewiedzy o sobie nawzajem. W tej kwestii stoją jeszcze przed nami duże zadania. Niemcy wypędzeni z ojczyzny dostrzegają je i są gotowi także w przyszłości współpracować nad likwidowaniem tej niewiedzy. A jeśli chodzi o ich ojczyznę, to nikt nie potrafi zrobić tego lepiej niż oni; żaden polityk i żaden naukowiec.

Zawarty w roku 1991 między naszymi państwami układ o dobrym sąsiedztwie i przyjaźni uległ w tym roku automatycznemu przedłużeniu. W umowie tej przynajmniej się mniejszości niemieckiej w Polsce m.in. prawo do posługiwania się ich językiem ojczystym oraz do tworzenia związków. W innym miejscu jest wyrażona nadzieja, że ludzie ci będą przyczyniać się do porozumienia i pojednania. Mogę stwierdzić, że nasi krajanie żyjący tutaj jako mniejszość stale sprawdzali się jako budowniczość mostów w duchu tego układu. Dzięki ich pomocy nie raz udało mi się znaleźć drogę do rozmów. Pomagali otwierać drzwi i przytrzymywać je otwarte. Za to jestem im bardzo wdzięczny.

Wypędzeni z ojczyzny Niemcy dostrzegają zadania postawione im przez los. Najważniejszą sprawą dla nich jest rozwój sytuacji w ich ojczyźnie, prawda historyczna oraz dążenie do sprawiedliwości.

Wiecie Państwo, że porozumienie między naszymi narodami i owocna współpraca w dziedzinach związanych z obcowaniem ludzi ze sobą, kulturą, gospodarką i polityką nie może być urzeczywistnione tylko na drodze dyplomatycznej, czasami nieco poplątanej. Porozumienie między narodami bierze się z codziennego współdziałania poszczególnych osób, tak w dzień powszedni, jak i od święta.

Osobiście chcę kontynuować moją w pracę w tym duchu. Jestem pewien, że także w przyszłości będę przy tym otrzymywał wsparcie od moich krajan, którzy wskutek wypędzenia stali się moimi towarzyszami doli i niedoli.



*Die wichtige Diskussion zur Vertreibung wird auch in den Pausen fortgesetzt.*

# Witold Gintowt-Dziewaltowski

**Abgeordneter des polnischen Parlaments, Stellvertreter der parlamentarischen Kommission für territoriale Selbstverwaltung und Regionalpolitik  
Poseł na Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Wiceprzewodniczący Sejmowej Komisji  
Samorządu Terytorialnego i Polityki Rwegionalnej**

## **Die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen für die EU-Osterweiterung**

Innerhalb der wichtigen politischen Ziele, die - unabhängig von der Parteizugehörigkeit - durch die nachfolgenden Regierungen nach 1989 realisiert wurden, bleibt das Streben zur Einführung Polens in die Europäische Gemeinschaft unveränderlich.

In der Vorstellung der polnischen Unterhändler ist der Vorbereitungsverlauf konsequent realisiert und in den letzten Jahren beschleunigt worden, was dazu führen könnte, dass Polen bis 2004 Mitglied der EU ist. In Polen sieht man in dem September-Wahlsieg der SLD-Partei, die das Streben zur EU zur Priorität ihrer Außenpolitik machte, die Bestätigung. Das Bündnis ist der Meinung, dass das Ziel der Regierung und des Parlamentes ein Hauptziel darstellt, zu dessen Erreichung das Zusammenwirken aller politischen Kräfte erforderlich ist. Diese Aufgabe ist Grundbedingung für die Festigung der polnischen Reformen, die Sicherheit im Lande zu verbessern und weitere Entwicklungen im wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich zu gewährleisten. Wir sind sicher, dass die Mitgliedschaft Polens in der EU sowohl dem polnischen Volk als auch den 15 Ländern der EU Gewinn bringen wird. Polen als das größte und bevölkerungsreichste Land Mittelosteuropas kann eine bedeutende Rolle bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Osteuropa übernehmen.

Wir sind uns bewusst, dass sowohl in Polen als auch in manchen Mitgliedsstaaten der EU der Beitritt Polens in die EU nicht die zufriedenstellende Bewilligung erfährt. Viele geschichtsbedingte Wunden und Narben sind für immer im Gedächtnis der Mitbürger, Unrecht und krankhafte Furcht wurden über viele Jahre gehegt. Die polnische Regierung und andere Institutionen haben hier eine schwierige Aufgabe, aber das ist unser polnisches Problem. Wir sind davon überzeugt, dass eine Befragung der polnischen Bevölkerung zum Beitritt Polens in die EU eine völlige Zustimmung erbringen wird.

Ohne Zweifel sind die bisherigen Kontakte und die Mitarbeit in internationalen Selbstverwaltungen für Polen eine „Lehre über Europa“. Diese Lehre beinhaltet Partnerschaft, Erfahrungen, Entdeckung gemeinsamer Traditionen im Kulturbereich, einander zu verstehen und Freundschaften zu schließen, nicht nur unter wichtigen Persönlichkeiten.

Die bisherigen Erfahrungen sind sehr positiv. Die wichtigsten Partner in der internationalen Zusammenarbeit sind die deutschen Selbstverwaltungen. Ich behaupte, es sind die treuesten Verbündeten auf dem polnischen Weg in das vereinte Europa. In Ihrer Anwesenheit fühle ich mich verpflichtet Ihnen etwas Wichtiges mitzuteilen. Wie Sie wissen, war ich vor einigen Jahren Präsident von Elbląg. Ich denke, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Selbstverwaltung Elbląg und dem Verband ehemaliger Bürger der Stadt Elbląg, die in Deutschland leben, sind als Erfolg zu bewerten. Die heutigen Bewohner Elblągs, eingeschlossen die, die seit über 50 Jahren hier wohnen sehen es nicht anders. Alle sind Bürger dieser Stadt. Zusammen fällt es uns leichter etwas Gutes für die Stadt zu erreichen. Als wir das Fest -750 Jahre Stadtrechte- feierten, war im Ehrenkomitee auch der Vorsitzende des Verbandes früherer Elbinger, Herr Hans-Jürgen Schuh, der auch heute unter uns weilt, vertreten. Ist das nicht eine Vorwegnahme der Rechte und Gewohnheiten eines gemeinsamen Europas? Wir sind uns bewusst, dass viele Gruppierungen in den Mitgliedstaaten von der Zweckdienlichkeit

des Beitritts Polens in die Union nicht überzeugt sind. Das ist das Ergebnis von Vorurteilen und der Feindlichkeit gegenüber Polen aber auch die Furcht im Zusammenhang mit dem zukünftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schicksal und der Sicherheit. Man kann nicht verheimlichen, dass im Vergleich zu zukünftigen Staaten der Union das Lebensniveau, die Sicherheit und der Zukunftsglaube für uns ungünstiger ist. Aber ich glaube, es gibt keinen anderen Weg für Polen und Europa. Genau so wie die Vorurteile gegenüber Spanien und Griechenland aus dem Weg geräumt wurden, erwarten es auch die Polen für sich, natürlich unter gleichzeitiger Erfüllung aller Auflagen. Allerdings brauchen wir Hilfe und Unterstützung von außen. Ich sage nichts Neues, wenn ich in Erinnerung bringe, dass wir mit der Unterstützung Deutschlands rechnen. Unsere beiden Länder, oft in tragischer Zeit der Geschichte Europas zusammen, haben, wie ich folgere, endlich die Gelegenheit ihre Zukunft und die gemeinsamen Anstrengungen für eine EG mit Polen neu zu gestalten. Wir rechnen damit, dass Deutschland unser bester Partner und wichtigster Botschafter in allen Aspekten sein wird und uns unterstützt. Das ist sicherlich die beste Lösung für Polen und Deutsche und bestimmt auch für unsere Kinder und Enkel.  
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

\* \* \*



*Der Sejmabgeordnete  
Witold Gintowt-  
Dziewaltowski wirbt für  
die EU-Osterweiterung*

# Niemiecko-polskie znaczenie dla rozszerzenia EU- Wschodniej

Wśród głównych celów polityki realizowanej przez kolejne polskie rządy po 1989r. – niezależnie od ich barw politycznych – niezmiennym pozostaje dążenie do wprowadzenia Polski do Unii Europejskiej. W oczekiwaniu polskich negocjatorów proces przygotowawczy, konsekwentnie realizowany i nabierający w ostatnich latach zdecydowanego przyspieszenia może doprowadzić do tego, że do końca 2004 roku Polska znajdzie się wśród państw członkowskich Unii. Ze strony polskiej niewiarygodniem tych działań było zwycięstwo we wrześniowych wyborach Sojuszu Lewicy Demokratycznej, który konsekwentnie wprowadzenie Polski do Unii uznaje za absolutny priorytet swojej polityki zagranicznej. Sojusz uważa, że ten cel będzie traktowany przez rząd polski i parlament za zadanie nadrzędne i cel ogólnonarodowy wymagający zgodnego współdziałania wszystkich głównych sił politycznych kraju. Zadanie to będzie traktowane jako jeden z warunków uzmacniania polskich reform, podnoszenia bezpieczeństwa Polski oraz przyspieszenia rozwoju gospodarczego, społecznego i cywilizacyjnego. Jesteśmy przeświadczeni, że członkostwo w Unii oprócz niekwestionowanych korzyści dla Polski i Polaków, nieść będzie za sobą również wymierne korzyści dla państw piętnastki. Co istotne Polska, największe i najludniejsze z państw Europy środkowo-wschodniej, może stać się bardzo ważnym elementem katalizującym dobrą współpracę ze Wschodem Europy.

Mamy świadomość, że tak w Polsce jak i w jeszcze większym stopniu przynajmniej w części państw Unii stopień aprobaty dla członkostwa Polski jest wciąż w wysokim stopniu niezadawalający. Mamy świadomość wielu ran i blizn, które na trwałe zostawiła historia w pamięci moich rodaków. Mamy świadomość krzywd nie naprawionych ale też i fobii, które także na tym nie były hodowane przez wiele lat. Rząd polski i instytucje współpracujące z nim nad uświadomieniem wartości unijnych mają trudne zadanie, ale to przede wszystkim nasze zmartwienie. Jesteśmy przekonani, że przyszłoroczne referendum, gdzie społeczeństwo zostanie zapytane czy aprobuje akcesję do Unii, przyniesie zdecydowanie pozytywne rozstrzygnięcie.

Bez wątplenia dla Polaków ważnym elementem „nauki o Europie” są dotychczasowe kontakty i współpraca międzynarodowa samorządów terytorialnych. To nauka partnerstwa, poznawanie doświadczeń, odkrywanie wspólnych tradycji kulturowych, poznawanie siebie wzajemnie i zawieranie przyjaźni. Nie tylko między VIP-ami.

Dotychczasowe doświadczenia są bardzo pozytywne, a należy podkreślić, że najważniejszym partnerem w tej międzynarodowej samorządowej współpracy pozostają samorzady niemieckie. Ja twierdziłem, że jest to być może nasz najwierniejszy sojusznik na polskiej drodze do Wspólnej Europy. Znajdując się dziś wśród Państwa, czuję się zobowiązany zwrócić uwagę na coś moim zdaniem bardzo ważnego. Jak wiecie jeszcze parę lat temu byłem Prezydentem Elbląga. Wydaje mi się, że mogę uznać za sukces nawiązanie przyjaznych stosunków między samorządem elbląskim, a Związkiem Byłych Elblążan. Dzisiejsi Elblążanie i mieszkający w Elblągu przed 50 laty uznaliśmy wspólnie, że nie musimy się różnić, że wszyscy możemy być obywatelami współczesnego Elbląga. Że być może razem łatwiej nam będzie zrobić coś dobrego dla naszego miasta. I gdy świętowaliśmy 750 lat nadania praw miejskich Elblągowi, to w Komitecie Honorowym był także Przewodniczący Związku Byłych Elblążan Pan Hans Jürgen Schuch. Zresztą obecny dziś wśród nas. Czy to nie była antycypacja praw i obyczajów Wspólnoty Europejskiej?

Mamy świadomość, że liczne grupy społeczne w państwach członkowskich nie są przekonane o celowości przyjęcia Polski do Unii. Jest to owoc uprzedzeń, fobii antypolskich ale także obaw związanych z przyszłym losem ekonomicznym, socjalnym, z bezpieczeństwem. Nie da się ukryć, że poziom życia, stopień bezpieczeństwa, zaufania dla przyszłości – jego porównanie z warunkami państw kandydackich wskazuje wyraźnie na ich niekorzyść. Ale przecież wydaje się, że innej drogi ani dla Polski ani dla Europy nie ma. Tak jak niwelowano obawy przed przyjęciem Hiszpani czy Grecji – tego też i oczekują Polacy. Oczywiście przy pełnej świadomości spełnienia warunków preakcesyjnych. Ale i tak potrzebna

jest nam pomoc i wsparcie przychodzących z zewnątrz. I nie powiem nic nowego gdy przypomnę, że liczymy w tym dziele na wspomaganie naszych wysiłków przez rząd i społeczeństwo niemieckie. Akurat oba nasze państwa, tak często występujące na najtragiczniejszych kartach historii Europy razem, wreszcie w zupełnie inny sposób budują swoją przyszłość i wspólne działanie na rzecz Wspólnoty Europejskiej z Polską dla mnie jest oczekiwaną konsekwencją. Liczymy na to, że Republika Federalna będzie naszym najlepszym partnerem w kontraktach samorządowych, gospodarczych i kulturalnych ale jednocześnie ważnym ambasadorem i mentorem popierającym nasze starania. Bo to chyba najlepsze rozwiązanie dla Polaków i Niemców, a zwłaszcza naszych dzieci i wnuków. Dziękuję za uwagę.



*Elbings OB Slonina entschuldigt sich für polnische Aggressionen in Elbing in der Nachkriegszeit.*

# **Gedenkakt auf dem Elbinger LAPIDARIUM**

## **Akt pamiątkowy na Elblągowym Lapidarium**

**Henryk Slonina**

**Stadtpräsident der Stadt Elbing / Westpreußen**  
**Prezes miasta –Elbląg/prusy wschodnie**

Sehr verehrte Damen und Herren,

der Platz, wo wir uns gerade befinden, hat eine besondere Bedeutung. Hier wurde 1910 ein Friedhof angelegt, auf dem die damaligen Bewohner der Stadt beigesetzt wurden. 1953 wurde dieser Friedhof geschlossen und im Jahre 1994 unter Denkmalschutz gestellt.

Die 760-jährige Geschichte von Elbing ist kompliziert. Ich würde gern erwähnen, daß in unserer Stadt viele Jahrhunderte lang Menschen verschiedener Nationen in Frieden und Wohlstand lebten und ihren Beitrag zur Weiterentwicklung der Stadt Elbing leisteten. Im 2. Weltkrieg wurde die Stadt zur Hälfte zerstört, ihr ältester und bedeutendster Teil – das Zentrum – wurde dabei sogar völlig zerstört. Dabei wurden auch Friedhöfe vernichtet. Während vieler Jahre nach dem Krieg wurden einige der alten Friedhöfe als Plätze nationaler Erinnerung sowohl in unserer Stadt, als auch im gesamten Land, vernachlässigt. Dafür wollen wir uns entschuldigen.

Seit etwa 10 Jahren hat sich diese Situation gravierend verändert. In den Jahren 1996 bis 1998 hat die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Verband TRUSO die ehemaligen Friedhöfe wieder in Erinnerung gebracht und Gedächtnistafeln in polnischer – und deutscher Sprache angebracht.

Sehr verehrte Damen und Herren, 1997 haben die Arbeiten zur Umgestaltung des ehemaligen Friedhofs zum Park, wo wir uns gerade befinden, und zum Bau des Lapidariums als Würdigung des ehemaligen Friedhofs begonnen. In diesem Jahr wurde der 1. Bauabschnitt beendet. Wir stellen dort restaurierte Grabsteine mit historischer und künstlerischer Bedeutung aus.

Dieses Lapidarium hat offenen Charakter und wird immer wieder durch neu gefundene und restaurierte Stücke ergänzt. Auf der Erinnerungstafel für diesen alten Friedhof steht ein Text in beiden Sprachen: „Lapidarium zum Gedenken an die Verstorbenen der Stadt Elbing bis 1945“.

Sehr verehrte Damen und Herren, die Bewohner der Stadt Elbing bauen ihre Stadt wieder auf – für die künftigen Generationen. Wir sind sicher, daß Elbing im Europa ohne Grenzen eine Stadt voller Toleranz und offen für Menschen anderer Nationen sein wird.

Die heutige Veranstaltung auf dem Lapidarium anlässlich des 2. Kongresses der regionalpolitischen Verwaltungen Westpreußens ehrt alle ehemaligen Bewohner Elbings, die hier leben und für die Entwicklung der Stadt arbeiteten.

Das Gedenken an die Verstorbenen ist Zeugnis für die Kultur des Volkes, es ist moralische Verpflichtung gegenüber vergangenen Generationen.

Kurz vor dem Gedenktag zu „Allerheiligen“ befinden wir uns damit in polnischer Tradition.

Zum Abschluß darf ich erwähnen, daß unter den Bewohnern unserer Stadt ganz besonders auch die Jugend den Verstorbenen Ehre erweist, indem nicht nur der nahen Verwandten und verstorbenen Freunde mit angezündeten Kerzen auf den Gräbern gedacht wird, sondern auch der unbekanntenen Gräber auf deutschen und russischen Friedhöfen.

\* \* \*



## Szanowni Państwo !

Miejsce, w którym znajdujemy się, posiada znaczenie szczególne.

Tu bowiem w 1910 r. został utworzony cmentarz, na którym chowano ówczesnych mieszkańców miasta. W 1953r. cmentarz został zamknięty, a w 1994r. wpisany do rejestru zabytków.

Historia ponad 760-letniego Elbląga jest skomplikowana.

Chciałbym przypomnieć, że w naszym mieście przez wieki zgodnie i dostatnio potrafili żyć przedstawiciele różnych narodowości, które wniosły swój wkład w rozwój Elbląga.

W okresie II wojny światowej miasto zostało zniszczone w ok. 50%, a najstarsza i najbogatsza jego część – śródmieście, doznało zniszczeń sięgających 100%.

Poważnemu zniszczeniu uległy również elbląskie cmentarze.

Przez wiele powojennych lat sprawa opieki nad byłymi cmentarzami - jako miejscami pamięci narodowej, zarówno w naszym mieście jak i kraju, nie była właściwie traktowana.

Przepraszamy za te lata niepamięci.

Zmiany w tym zakresie nastąpiły w ciągu ostatnich 10 lat. W latach 1996 – 1998 władze samorządowe, we współdziałaniu ze Stowarzyszeniem Truso upamiętniły miejsca, w których były cmentarze poprzez umieszczenie na nich tablic z napisami w języku polskim i niemieckim.

Szanowni Państwo !

Prace konserwatorskie związane z przekształceniem zdewastowanego cmentarza, na którym obecnie znajdujemy się, w teren o charakterze parkowym oraz upamiętnienie tego cmentarza poprzez budowę lapidarium rozpoczęto w 1997r.

W bieżącym roku zakończono I etap prowadzonych tu prac. W lapidarium eksponowane są odzyskane z uporządkowanej części dawnego cmentarza płyty nagrobne, przedstawiające wartość artystyczną bądź historyczną. Lapidarium ma charakter otwarty i będzie sukcesywnie uzupełniane o odzyskiwane i przenoszone tu płyty.

Na tablicy upamiętniającej miejsce po dawnym cmentarzu widnieją napisy w języku polskim i niemieckim o treści:

„Lapidarium pamięci mieszkańców miasta Elbląga pochowanych do 1945 roku”.

Szanowni Państwo !

Obecni mieszkańcy Elbląga budują i odbudowują nasze miasto dla przyszłych pokoleń.

Jesteśmy przekonani, że w Europie bez granic Elbląg będzie miastem tolerancyjnym i otwartym dla innych narodowości.

Dzisiejsza uroczystość w lapidarium, połączona z Kongresem Polityków Samorządowych - Stowarzyszenia Prus Wschodnich jest wyrazem hołdu składanym wszystkim mieszkańcom Elbląga, którzy żyli w tym mieście i pracowali na jego rozwój.

Pamięć o zmarłych jest świadectwem kultury narodu, jest moralnym obowiązkiem wobec przemijających pokoleń.

W okresie poprzedzającym Święto Zmarłych dzisiejsza uroczystość nawiązuje do tradycji narodowej Polaków.

Na zakończenie chciałbym powiedzieć, że niezwykle pociesającym zjawiskiem jest to, iż mieszkańcy naszego miasta, w tym młodzież, oddają cześć zmarłym, zapalając znicze nie tylko na grobach swych najbliższych, lecz także na bezimiennych mogiłach i cmentarzach niemieckich oraz rosyjskich.

Prezydent kończy wystąpienie zapalając znicz i stawia go przed tablicą.

## Teilnehmerliste - Lista Uczestników

Abercron, Dr. Gisbert v.	Geschf. Bundesvorstand des Lazarus-Hilfswerks in Deutschland e.V.
Antochowski, Jan	Przewodniczący Zarządu Federalnego Lazarus-Hilfswerks w Niemcz.
Bandilla, Gerd	Mitglied des Sejm und Landrat des Kreises Osterode
Blitek, Henryk	Członek Sejmu i starosta powiatu Ostróda
Block-Schlesier, Dr. Andreas v.	Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Lyck
Chabowski, Zbigniew	Powiatowy przedstawiciel regionalnej wspólnoty powiatowej Elk
Cnotka, Dr. Hans-Günter	Bürgermeister der Stadt Mohrungen / Burmistrz miasta Morąg
Dąbrowski, Janusz	Generalbevollmächtigter der JUH in Brüssel
Dreher, Siegfried	Główny pełnomocnik Johanniter-Unfall-Hilfe w Brüssel
Gaber, Bogdan	Landrat des Kreises Greifenberg/ Starosta powiatu Gryfice
Giszszinski, Marek	Stellv. Präsident des Pommerschen Kreis- und Städtetages
Grigat, Stephan	Pełnomocnik prezydenta Urzędu Miasta i Powiatu Pomorskiego
Grunwald, Ernst	Landrat des Kreises Bartenstein / Starosta powiatu Bartoszyce
Haedge, Marion	Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil
Helbrecht, Andrzej	Przedstawiciel regionalnej wspólnoty powiatowej Mamonowo
Hinz, Bernd	Bürgermeister der Gemeinde Landsberg
Hoch, Henryk	Burmistrz gminy Górowo Iławeckie
Jeziński, Sławomir	Stellv. Oberbürgermeister der Stadt Elbing
Jurczak, Alojzy	Pełnomocnik prezydenta miasta Elbląg
Kawłath, Erhard	Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Goldap
Kempinski, Andrzej	Przedstawiciel regionalnej wspólnoty powiatowej Goldap
Knapstein, Bernhard	Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Rößel
Konopka, Marek	Przedstawiciel regionalnej wspólnoty powiatowej Reszel
Kowalewski, Tadeusz	Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Neidenburg
Krause, Siegfried	Przedstawicielka regionalnej wspólnoty powiatowej Nidzica
Krause, Willi	Bürgermeister Stadt Landsberg / Burmistrz miasta Górowo Iławeckie
Kulis, Mirosław	Stellv. Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Kreisvertreter
Ledebuhr, Anita	der Kreisgemeinschaft Preuß. Holland / Pełnomocnik
Michalski, Leo	mówcy ziomkostwa Prusy Wschodnie i przedstawiciel regionalnej
Mordasiewicz, Tadeusz	wspólnoty powiatowej Pasłęk/Prusy Wschodnie
Mozejko, Mgr. Tomasz	Ratsherr der Stadt Osterode (Ostpr.) und Vorsitzender des
Mrozinski, Mgr. Henryk	Deutschen Vereins in Osterode / Radca miasta Ostróda i
Muhsal, Heinz	Przewodniczący Związku Niemieckiego w Ostródzie
Nadolny, Siegbert	Landrat des Kreises Elbing / Starosta powiatu Elbląg
Nowakowski, Janusz	Landrat des Kreises Treuburg / Starosta powiatu Olecko
	Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Lötzen
	Przedstawiciel regionalnej wspólnoty powiatowej Giżycko
	Elbinger Stadtratsvorsitzender / Przewodniczący Rady Miasta Elbląg
	Pressereferent der Landsmannschaft Ostpreußen
	Referent Prasowy Ziomkostwa Prus Wschodnich
	Landrat des Kreises Johannisburg / Starosta powiatu Pisz
	Rastenburger Stadtratsvorsitzender
	Przewodniczący Rady Miasta Kętrzyn
	Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Mohrungen
	Przedstawiciel regionalnej wspólnoty powiatowej Morąg
	Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Usedom-Wollin
	Przedstawiciel regionalnej wspólnoty powiatowej Uznam-Wolin
	Bürgermeister der Stadt Wartenburg / Burmistrz miasta Barzewo
	Lazarus-Hilfswerk in Deutschland e.V. / w Niemczech e.V.
	Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land
	Przedstawiciel regionalnej wspólnoty powiatowej Olsztyn-Land
	Bürgermeister der Stadt Rastenburg / Burmistrz miasta Kętrzyn
	Stellv. Bürgermeister d. Stadt Schwiebus
	Przedstawiciel burmistrza miasta Świebodzin
	Bürgermeister d. Gemeinde Braunsberg / Burmistrz gminy Braniewo
	Kreisvertreter des Heimatkreises Neustadt (Westpr.)
	Przedstawiciel powiatu regionalnego Prudnik
	Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Sensburg
	Przedstawiciel regionalnej wspólnoty powiatowej Sensburg
	Landrat des Kreises Lyck / Starosta powiatu Elk

Obiala, Inge	Vorsitzende des Deutschen Vereins in Preuß. Holland
Olszewski, Zdzisław	Przewodniczący Niemieckiego Związku w Pasłęku
Oprzynska, Helena	Stellv. Stadtratsvorsitzender der Stadt Elbing
Ossowski, Kazimierz	Wiceprzewodniczący Rady Miasta Elbląg/Prusy Zachodnie
Parfinowicz, Antoni	Vorsitzende des Deutschen Vereins in Rastenburg
Papiel, Stanisław	Przewodniczący Związku Niemieckiego w Kętrzynie
Pruszk, Marek	Stadtverwaltung Elbing / Zarząd Miasta Elbląg
Przedpelski, Jerzy	Bürgermeister der Stadt Bischofsburg / Burmistrz miasta Biskupin
Puchalski, Janusz	Bürgermeister d. Gemeinde Lichtenfeld / Burmistrz gminy Mamonowo
Romanowski, Maciej	Stellv. Stadtratsvorsitzender der Stadt Elbing
Ruhnau, Manfred	Wiceprzewodniczący Rady Miasta miasta Elbląg
Rynski, Andrzej	Stadtratsvorsitzender der Stadt Preuß. Holland
Schlegel, Margrit	Przewodniczący Rady Miasta miasta Pasłęk
Schuch, Hans-Jürgen	Bürgermeister der Stadt Johannisburg / Burmistrz miasta Pisz
Sierzputowski, Adam	Bürgermeister der Stadt Preuß. Holland / Burmistrz miasta Pasłęk
Skurzinski, Andrzej	Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Braunsberg
Slonina, Henryk	Przedstawiciel regionalnej wspólnoty powiatowej Braniewo
Soroko, Ryszard	Marschall der Wojewodschaft Ermland und Masuren
Sucharski, Hilda	Marszałek Województwa Warmii i Mazur
Strazewicz, Wacław	Präsidentin des Pommerschen Kreis- und Städtetages und Kreisvertreterin
Trinker, Paul	des Heimatkreises Naugard / Prezydent Okręgu Pomorskiego i Urzędu Miasta
Troszynski, Paweł	i przedstawicielka regionu powiatowego Naugard
Wagner-Rybinska, Anna	Stellv. Bundessprecher der Landsmannschaft Westpreußen und Kreisvertreter
Wangnick, Hans-Joachim	des Heimatkreises Elbing-Stadt / Pełnomocnik rzecznika ziomkostwa Prusy
Wasilewski, Dr. Jan	Zachodnie i przedstawiciel regionu powiatowego Elbląg-Miasto
Wenzel, Peter	Landrat des Kreises Allenstein / Starosta powiatu Olsztyn
Wolf, Albrecht	Bürgermeister der Stadt Braunsberg / Burmistrz miasta Braniewo
Wunsch, Horst	Oberbürgermeister der Stadt Elbing / Prezydent miasta Elbląg
Zak, Dr. Witold	Landrat des Kreises Sensburg / Starosta powiatu Mrągowo
Zieseler, Alfred	Vorsitzende des Deutschen Vereins in Elbing
Zuchowski, Henryk	Przewodniczący Związku Niemieckiego w Elblągu
	Landrat des Kreises Lötzen / Starosta powiatu Giżycko
	Archivar der Kreisgemeinschaft Lötzen
	Archiwariusz regionalnej wspólnoty powiatowej Giżycko
	Ratsherr der Stadt Preuß. Holland / Radny miasta Pasłęk
	Abgeordnete des Kreistages Allenstein
	Delegat Urzędu Powiatowego Olsztyn
	Bundessprecher der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg
	Rzecznik ziomkostwa Berlin-Mark Brandenburg
	Bürgermeister der Stadt Osterode / Burmistrz miasta Ostróda
	Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen
	Departament Handlu Wewnętrzznego Ziomkostwa Prusy Wschodnie
	Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau
	Przedstawiciel regionalnej wspólnoty powiatowej Bagrationowsk
	Kreisvertreter des Heimatkreises Thorn Stadt und Land
	Kreistagsvorsitzender des Kreises Elbing
	Przewodniczący Urzędu Powiatowego w Elblągu
	Stellv. Kreisvertreter des Heimatkreises Rosenberg
	Pełnomocnik przedstawiciela powiatu regionalnego Olesno
	Bürgermeister der Stadt Ortelsburg / Burmistrz miasta Szczytno



Landsmannschaft Ostpreußen  
Parkallee 84/86  
20144 Hamburg  
[www.ostpreussenblatt.de](http://www.ostpreussenblatt.de)